

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karlsruhe

PROGRAMM

Kommunalwahl 2024



**Reine
Textfassung**
beschlossen am 31.1.2024

Inhaltsverzeichnis

FÜR NACHHALTIGE ENERGIE	4
ENERGIEWENDE	4
ENERGIEBEDARF	5
REGENERATIVE ENERGIEVERSORGUNG	6
WÄRMEVERSORGUNG	8
FÜR GRÜNE STADTENTWICKLUNG	10
STADTPLANUNG	10
KLIMAFOLGENANPASSUNG	11
ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)	14
RADVERKEHR	15
FUßVERKEHR	16
MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR	17
PARKEN	18
SHARING	19
NATURSCHUTZ	20
UMWELTSCHUTZ	21
TIERSCHUTZ	23
ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT UND KOMMUNALE ERNÄHRUNGSSTRATEGIE	24
DASEINSVORSORGE	25
FINANZEN UND HAUSHALT	26
FÜR CHANCENGERECHTIGKEIT	28
ARMUTSBEKÄMPFUNG	28
FAMILIEN, KINDER, JUGEND	29
FRÜHKINDLICHE ERZIEHUNG UND KINDERBETREUUNG	31
SCHULEN FÜR DIE ZUKUNFT	33
BERUFSBILDUNG, WEITERBILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN	34
GESUNDHEIT	35
LEBEN IM ALTER	37
WOHNEN	39
SICHERHEIT UND ORDNUNG	41
FÜR TEILHABE UND MITWIRKUNG	42
VIELFÄLTIGES, BUNTES KARLSRUHE	42
MIGRATION UND INTEGRATION	44
FRAUEN* UND GLEICHSTELLUNG	45
BÜRGER*INNENBETEILIGUNG	46
SPORT	48
KULTUR	49
ERINNERUNGSKULTUR	50
FÜR INNOVATION UND ZUKUNFT	52
ZUKUNFTSORIENTIERTE VERWALTUNG	52
DIGITALISIERUNG	53
NACHHALTIGE BESCHAFFUNG	54

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	55
ARBEITSMARKTFÖRDERUNG.....	56
WISSENSCHAFT	57
TOURISMUS UND STADTMARKETING.....	58
REGIONALES UND INTERNATIONALES.....	59

Für nachhaltige Energie

Die Stadt Karlsruhe hat sich in den letzten Jahren zu einer Vorreiterin in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz entwickelt. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcenknappheit wollen wir zum Schutz unserer Lebensgrundlagen noch mehr erreichen. Wir stehen für den schnellen Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und den konsequenten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Gemeinsam mit den Bürger*innen, der Wirtschaft und anderen Akteur*innen wollen wir eine grüne, saubere und klimafreundliche Energieversorgung für Karlsruhe gestalten. Denn Klimaschutz wird nicht nur im Bund entschieden, sondern ist ein Thema für alle Ebenen. Daher wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, die uns im kommunalen Bereich zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt, das ist spätestens seit der Zunahme von Extremwetterereignissen in den letzten Jahren unabweisbar. Deswegen wollen und müssen wir hier mit aller Kraft und Konsequenz vorangehen. So nutzen wir unsere Chance, einen echten Unterschied zu bewirken und einen Wandel einzuläuten, um unsere Stadt für die Zukunft zu rüsten.

Energiewende

Die erfolgreiche Energiewende wird einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Karlsruhe zur klimaneutralen Stadt zu machen. Dabei ist es nicht nur wichtig, die Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umzustellen, sondern in allen Sektoren Klimaneutralität zu erreichen, zum Beispiel auch bei der Wärmeversorgung und im Verkehrsbereich. Wir setzen uns daher vehement dafür ein, die Energiewende voranzutreiben und die besonderen Stärken unserer Stadt, vor allem die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK), für innovative Lösungen zu nutzen. Die enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Karlsruhe ist unerlässlich, um die Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Stadt erfolgreich voranzutreiben. Unsere Vision umfasst die Förderung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Solarthermie sowie die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Durch ressourcenschonendes Bauen und einen Vorrang von Sanierung gegenüber Neubauten streben wir an, den CO₂-Fußabdruck der Stadt nachhaltig zu reduzieren und die Energiewende zu einem Gewinn für alle Bürger*innen zu machen.

Klimaschutzkonzept 2030 einhalten. Mit der Verabschiedung des Klimaschutzkonzepts 2030 und dem Ziel, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden, hat die Stadt Karlsruhe den Weg zur Einhaltung eines angemessenen Emissionsbudgets geebnet. Wir GRÜNE möchten die Energiewende in Karlsruhe so gestalten, dass diese Ziele verlässlich erreicht werden. Karlsruhe ist eine Stadt der Wissenschaft und Innovation. Mit dem KIT, der Hochschule Karlsruhe und Forschungsinstituten wie den Fraunhofer-Instituten sind herausragende Einrichtungen der Energieforschung in unserer Stadt tätig. Karlsruhe hat eine aktive Gründer*innenszene, eine vielfältige Industrie- und Gewerbelandschaft und ein lebendiges Handwerk. Wir möchten dieses Potenzial nutzen, um die Energiewende lösungsorientiert und erfolgreich zu gestalten und sie zu einem Gewinn für die Bürger*innen zu machen.

Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur stärken. Wir wollen die Energiewende gemeinsam mit den Bürger*innen verwirklichen. Die notwendigen Veränderungen sollen so gestaltet werden, dass alle auf dem Weg mitgenommen werden. Die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) spielt eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung der Chancen, die die Energiewende bietet. Sie unterstützt die Bürger*innen dabei, gute Lösungen und Angebote zu finden. Wir planen, die KEK zu stärken, damit sie ihre Schlüsselrolle als Dienstleisterin für alle Bürger*innen noch besser wahrnehmen kann. Die Stadtwerke Karlsruhe sind ein weiterer wichtiger Baustein für die Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Stadt Karlsruhe. Ohne die Stadtwerke als wesentliche Akteurin der Daseinsvorsorge gelingt die Energiewende nicht. Wir planen, den Beitrag der Stadtwerke Karlsruhe zur erneuerbaren Energieversorgung zu erhöhen. Dies umfasst die Beteiligung an Solar- und Windparks sowie einen großflächigen Ausbau und die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes.

Energieeffizient bauen und erneuerbare Energien ausbauen. Wir wollen in Karlsruhe das vorhandene Potenzial erneuerbarer Energien nutzen. Dazu gehören insbesondere Photovoltaik und Solarthermie auf Dächern, Geothermie und Windenergie an geeigneten Standorten. Fossile Energieträger sollen schnell und umfassend durch erneuerbare Energien sowie den Einsatz von Strom und Fernwärme ersetzt werden. Wir streben eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz an, insbesondere bei Gebäuden. Das Bauen soll zukünftig genauer auf den Bedarf abgestimmt werden, um den Ressourcenverbrauch bei der Errichtung und den Energiebedarf in der Nutzung so gering wie möglich zu halten. Zudem soll verstärkt ein Augenmerk auf Sanierungen statt Neubauten gelegt werden. Bei der Auswahl der Baumaterialien muss deren CO₂-Fußabdruck berücksichtigt werden.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Erneuerbare Energien im Stadtgebiet ausbauen*
- *Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur stärken*
- *Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden durch Sanierungen und Neubauten*

Energiebedarf

Klimaschutz bedeutet auch, den Energiebedarf zu senken und die genutzte Energie effizient einzusetzen. Hier haben wir im Winter 2022/2023 viel gelernt. Aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde das immer noch flächendeckend genutzte Erdgas knapp und teuer. Viele Menschen haben ihren Energiebedarf konsequent gemindert, zum Beispiel indem sie die Temperatur in der Wohnung im Vergleich zu früher leicht abgesenkt haben. Das hat uns vor Augen geführt, was kleine Beiträge bewirken können, wenn alle sich beteiligen und zusammen an einem Strang ziehen. An solche Erfolge wollen wir anknüpfen und bauen auch künftig auf die Mitwirkung der ganzen Stadtgesellschaft. Unter anderem können wir so selbstbestimmt dafür sorgen, dass etwaige äußere Einwirkungen nicht mehr zu fossilen Krisen werden. Eine suffizientere und effizientere Energienutzung kann uns allen ökonomische, ökologische und soziale Vorteile bieten – diese wollen wir allen Bürger*innen und Unternehmen ermöglichen.

Energie effizient nutzen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den Energiebedarf stetig zu senken und dabei gleichzeitig gute Lebensverhältnisse für alle Menschen zu erhalten. Für uns steht dabei die Erhöhung der Energieeffizienz an erster Stelle. Im Bereich Gebäude sind Wärmedämmung und energieeffiziente Gebäudetechnik am wichtigsten. Wir möchten erreichen, dass bei Sanierungen an städtischen Gebäuden auch immer gleichzeitig die Energieeffizienz gesteigert wird.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe die Beratung zu Fragen der Energieeffizienz und Sanierungen durch die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) verstärkt. Die Angebote der KEK sollen möglichst bei allen größeren Umbau- und Sanierungsmaßnahmen genutzt werden. Die erfolgreiche Beratung bei den Bürger*innen zuhause durch die KEK möchten wir ausbauen. Darüber hinaus soll die KEK weiterhin regelmäßig im Austausch mit den Praktiker*innen wie Handwerksbetrieben oder Architekturbüros stehen. So wollen wir noch mehr Multiplikator*innen für das energieeffiziente und klimaneutrale Sanieren gewinnen und deren Erfahrung für eine pragmatische Umsetzung der anspruchsvollen Ziele nutzen.

Energiebedarf absenken. Wenn wir weniger Energie in Form von Strom oder Wärme verbrauchen, werden die CO₂-Emissionen automatisch gesenkt. Kleine Maßnahmen wie eine moderatere Klimatisierung öffentlicher Gebäude im Sommer wie im Winter können dazu beitragen. Ebenso wollen wir bereits erfolgreich eingesetzte Methoden passiver Gebäudekühlung bei Neubauten und umfangreichen Sanierungen anwenden. Es sollte ebenso das Ziel sein, die Beleuchtung öffentlicher Gebäude in den Nachtstunden auf das Notwendigste zu beschränken. Darüber hinaus unterstützen wir die Stadtwerke bei

weiteren öffentlichkeitswirksamen Kampagnen zur Energieeinsparung, um Bürger*innen und Unternehmen zu sensibilisieren.

Flächennutzung optimieren. Energieeinsparungen können auch durch eine bessere Ausnutzung von Flächen erreicht werden. Je nach Lebensphase benötigen Menschen weniger oder mehr Wohnraum für sich und ihre Familie. Wir streben an, dass die städtischen Akteur*innen und insbesondere die Volkswohnung dafür durch Wohnungstauschkonzepte attraktive Anreize setzen. Uns sind freiwillige und finanziell tragfähige Lösungen wichtig, denn nur so werden solche Angebote akzeptiert und können erfolgreich sein. So möchten wir auch die Chance nutzen, lebendige Wohnviertel im Bestand zu fördern und den Bedarf an neu zu bauenden Wohnungen zu begrenzen, der mit einem Mehrverbrauch an Ressourcen und Energie verbunden wäre. Auch in der Stadtverwaltung sowie in städtischen Einrichtungen bemühen wir uns um weitere Flächeneffizienz.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Steigerung der Energieeffizienz bei jeder Sanierung städtischer Gebäude*
- *Beratung von Bürger*innen zur Energieeffizienz bei Umbau- und Sanierungsmaßnahmen*
- *Freiwilligen Wohnungstausch unterstützen*

Regenerative Energieversorgung

Der Ausbau erneuerbarer Energien spielt eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2040. Eine erhöhte Stromerzeugung auf kommunaler Ebene ist unabdingbar für die weitere Elektrifizierung großer Sektoren wie Verkehr und energieintensive Industrie. Daher wollen wir auch hier in Karlsruhe unseren Beitrag für die Erzeugung von mehr grünem Strom leisten.

Wir begrüßen und unterstützen den von EnBW geplanten Kohleausstieg bis 2028. Dieser Schritt ist notwendig, um die nationalen und globalen Klimaziele zu erreichen und trägt wesentlich zur Reduzierung der Bedeutung fossiler Strukturen bei. Gleichzeitig erkennen wir die Notwendigkeit an, die saisonalen und tageszeitlichen Schwankungen bei der Erzeugung von grünem Strom ausgleichen zu können. Sollten dafür notwendige Kraftwerksumrüstungen zukünftig den Standort Karlsruhe betreffen, werden wir entsprechende Vorschläge konstruktiv und kritisch begleiten. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sollte jedoch stets Vorrang haben und die Betriebszeit von beispielsweise mit Wasserstoff betriebenen Gaskraftwerken möglichst gering gehalten werden.

Solarenergieausbau vorantreiben. Mit dem Förderprogramm „KlimaBonus Karlsruhe“ existiert bereits ein geeignetes Instrument zur Förderung privater Photovoltaik-Anlagen. Wir setzen uns dafür ein, die Förderung attraktiver zu gestalten und den Prozess von Antragstellung, Bearbeitung und Prüfung zu vereinfachen und zu verkürzen. Darüber hinaus sehen wir die Nutzung von Balkonkraftwerken als geeignetes Mittel an, das auch Privatpersonen ohne Eigenheim die Teilhabe an der Energiewende ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe bestimmte finanziell benachteiligte Personengruppen bei der Anschaffung und Installation von Balkonkraftwerken unterstützt, sofern es, wie beispielsweise in Wohnheimen oder bei der Volkswohnung, praktikabel durchführbar ist.

Wir wollen die Energiewende gemeinsam mit lokalen Gewerbetreibenden anpacken. Unser Ziel ist es, Dachflächen von Gewerbebetrieben verstärkt mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Hierzu soll die Stadt in Zusammenarbeit mit der KEK die bestehenden Beratungs- und Fördermöglichkeiten weiterentwickeln. Auch das Potenzial von Agri-Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen) sehen wir als wichtigen Faktor. Wir wollen Anreize schaffen, solche Anlagen auf gepachteten städtischen Flächen zu realisieren.

Was wir für private Flächen erreichen wollen, gilt natürlich umso mehr auch für städtische Gebäude: Wir haben es in der Hand, den Ausbau von Photovoltaik selbst zu beschleunigen. Wir setzen uns das Ziel, in der kommenden Ratsperiode alle geeigneten städtischen Dachflächen mit Solaranlagen auszustatten bzw. dafür vorzubereiten. Eine Kooperation mit Bürger*innenenergiegenossenschaften wird angestrebt.

Regionalverband bei der Planung von Windkraftanlagen unterstützen. Der Ausbau von Solarenergie steht in Karlsruhe aufgrund der Standortbedingungen im Vordergrund. Die Nutzung von Windenergie ist im Stadtgebiet nur vereinzelt möglich. Dennoch begrüßen wir die Pläne zur Prüfung potenzieller Windkraftanlagen sowohl in Karlsruhe als auch in der Region und setzen uns auf der Ebene unseres Regionalverbands für eine schnelle Teilfortschreibung des Regionalplans zum Windkraftausbau ein.

Erneuerbare Energiequellen ausbauen. Die Stadtwerke sind ein wichtiger Partner auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir streben an, dass die Stadtwerke bis 2040 zu 100 % Energie aus erneuerbaren Quellen bereitstellen. Die Stadtwerke müssen auf dem Weg dorthin ihr Angebot an Strom aus erneuerbaren Energiequellen kontinuierlich ausbauen. Hierfür sollen in der kommenden Ratsperiode konkrete Zwischenziele definiert werden. Im Bereich der Stromversorgung der städtischen Gebäude und der städtischen Gesellschaften konnten wir bereits eine Umstellung auf Ökostrom erreichen. Auch bei der Wärme- und sonstigen Energieversorgung streben wir eine Umstellung auf regenerative Energieträger an. Darüber hinaus ist es wichtig, vorhandene nachhaltige Quellen bestmöglich zu nutzen. Das gilt zum Beispiel für Biomasse aus Abfällen wie Biomüll, Restholz oder Material aus der Landschaftspflege. Diese Reststoffe können stofflich oder energetisch in Biogasanlagen verwertet werden. Wir wollen uns für eine nachhaltige Nutzung dieser Potenziale einsetzen.

Bürger*innenenergiegenossenschaften stärken. Mit der Gründung einer Karlsruher Bürger*innenenergiegenossenschaft (BEG) steht eine weitere Partnerin bei der Entwicklung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zur Verfügung. Das Konzept der BEG ermöglicht eine direkte Beteiligung der Karlsruher Bürger*innen an der Energiewende und stärkt somit auch die Akzeptanz vor Ort. Die Stadt soll weiterhin Anreize schaffen und Hürden abbauen, damit mehr Menschen an der Energiewende mitwirken können. Ein erstes Projekt auf städtischer Fläche durch die BEG konnte bereits mit einer geplanten Photovoltaik-Anlage auf der Begegnungsstätte Grötzingen angestoßen werden. Wir wollen auch weitere städtische Dachflächen zur Verfügung stellen und Karlsruher Haus- und Dacheigentümer*innen motivieren, mit einer BEG zusammenzuarbeiten.

Verteilnetze ausbauen. Neben Erzeugungsanlagen dürfen wir auch die Verteilnetze nicht aus dem Blick verlieren. Die zunehmende Einspeisung auf Nieder- und Mittelspannungsebene durch eine stärker diversifizierte Landschaft kleinerer Erzeugungsanlagen sowie der allgemein steigende Stromverbrauch stellt die Netze vor neue Herausforderungen. Hierfür sind erhebliche finanzielle Investitionen erforderlich, um den reibungslosen Betrieb unter veränderten Ausgangsbedingungen gewährleisten zu können. Wir wollen daher Forschungsk Kooperationen zur Betrachtung neuer Laststeuerungskonzepte mit Partner*innen aus der Region fördern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir das beschlossene Gesetz zum Neustart der Digitalisierung in der Energiewende, das einen Einbau von Smart-Metern bis 2030 vorsieht. Über städtische Beratungsangebote wollen wir Verbraucher*innen über die daraus resultierenden Vorteile aufklären.

Innovationen begleiten. Pläne zur Entwicklung von Wasserstoffinfrastruktur werden wir konstruktiv begleiten. Allerdings sind wir uns bewusst, dass bei vielen Anwendungen mit Wasserstoff durch zusätzliche Wandlungsschritte Energieverluste entstehen. Zudem bleibt Wasserstoff auf absehbare Zeit knapp und teuer. Für uns ist daher entscheidend, dass Wasserstoff nur für Prozesse verwendet wird, deren Elektrifizierung schwer umsetzbar ist. Wir stehen Innovationen zur Bindung und Entfernung nicht vermeidbarer CO₂-Emissionen positiv gegenüber und wollen solche Projekte in der Region Karlsruhe fördern. Projekte zur Abscheidung und Speicherung von CO₂-Emissionen (CCS) können dort sinnvoll sein, wo keine besseren Alternativen in Sicht sind.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Förderung privater Solaranlagen vereinfachen und erhöhen*
- *Anreize für Photovoltaikanlagen auf Gewerbebetrieben schaffen*
- *Bürger*innenenergiegenossenschaften stärken*

Wärmeversorgung

Wir befürworten und unterstützen die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), die einen nachhaltigen Einstieg in die Wärmeversorgung unserer Gebäude ermöglicht. Unser Ziel ist es, die Wärmeplanung in Karlsruhe voranzutreiben und dabei die Karlsruher Bevölkerung einzubeziehen. Wichtig für die Karlsruher*innen sind belastbare Planungs- und Umsetzungszeiträume für ihre zukünftige Wärmeversorgung. Karlsruhe hat mit der abgeschlossenen Bestandsanalyse bereits das erste Element der Wärmeplanung umgesetzt. Dank der Potenzialanalyse liegen nun Informationen zu möglichen Wärmequellen für alle Karlsruher Haushalte vor. Nun gilt es, auf Grundlage dieser Erkenntnisse die nächsten Schritte zu gehen.

Fernwärmenetz ausbauen. Das Fernwärmenetz bildet das Rückgrat der Wärmeversorgung in Karlsruhe und versorgt bereits heute große Teile des Stadtgebiets. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke in den kommenden Jahren ihre personellen und finanziellen Ressourcen auf den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes konzentrieren, um so den schnellen Anschluss aller potenziell geeigneten Haushalte zu ermöglichen. Derzeit wird das Fernwärmenetz hauptsächlich durch industrielle Abwärme gespeist, die allerdings größtenteils auf fossiler Energie beruht. Angesichts der energiepolitischen Entwicklungen auf Bundesebene ist die Zukunft dieser Wärmequellen jedoch ungewiss, weshalb eine frühzeitige Suche nach und Entwicklung von alternativen Wärmequellen unerlässlich ist. Dies betrifft große Arbeitgeber*innen und Partner*innen der Karlsruher Stadtwerke in der Fernwärmeversorgung. Grundlegende Weichenstellungen für neue Geschäftsmodelle werden noch in diesem Jahrzehnt erfolgen. Dabei bestehen herausfordernde Interessens- und Zielkonflikte, die mit Blick auf ihre gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen abgewogen werden müssen. Diesen Prozess wollen wir aktiv begleiten. Ein Festhalten an fossilen Strukturen ohne klare Transformationsperspektive lehnen wir allerdings ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Karlsruher Fernwärmeversorgung strategisch dekarbonisiert wird. Hierfür sollen neue Quellen zur Deckung der Grund-, Mittel- und Spitzenlast ermittelt werden. Neben Wärmespeichern, der Prozesswärme aus Kläranlagen und der koordinierten Nutzung von Industrieabwärme, z.B. von Rechenzentren, unterstützen wir innovative Möglichkeiten zur CO₂-freien Gewinnung von Wärme.

In Bezug auf die zukünftige Wärmeversorgung beobachten wir mit Interesse die Installation der Flusswärmepumpe im Rhein bei Mannheim zur Speisung des dortigen Wärmenetzes, da dies auch für Karlsruhe eine Option sein könnte. Wir streben eine frühzeitige Prüfung an, ob die Wassernutzungsrechte der Kohlekraftwerke hierfür umgewidmet werden könnten und welche Maßnahmen zur Einhaltung der aktuellen ökologischen Standards erforderlich wären, beispielsweise zum Schutz von Fischen an der Wasserentnahmestelle.

Geothermie nutzen. Die Nutzung der Potenziale der Tiefen- und Oberflächengeothermie im Oberrheingraben ist aus unserer Sicht erforderlich, um die Wärmeversorgung in Karlsruhe langfristig sicherzustellen. Wir schlagen vor, diese Frage durch einen repräsentativ zusammengesetzten Bürger*innenrat zu begleiten.

Nahwärmenetz entwickeln. Nahwärmenetze bieten eine Möglichkeit zur nachhaltigen Versorgung von Gebieten, die aufgrund ihrer Lage im Stadtgebiet nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen werden

können. Im Rahmen der von der KEK koordinierten Energiequartiere möchten wir Nahwärmenetze entwickeln und rechtzeitig über potenziell geeignete Gebiete informieren.

Die Klimakrise und der daraus resultierende Transformationsbedarf unserer Gesellschaft setzen fossile Geschäftsmodelle zunehmend unter Druck. Daher möchten wir die im Karlsruher Klimaschutzkonzept vorgesehene und 2022 gegründete Klimaallianz mit Karlsruher Unternehmen weiterentwickeln. Neben der Umstellung auf erneuerbare Energieträger soll die Wirtschaftsförderung die Unternehmen zusätzlich dabei unterstützen, ihr Portfolio auf klimaneutrale Dienstleistungen und Produkte umzustellen. Nur wenn wir uns als Gesellschaft dieser Transformation stellen, können wir den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in Karlsruhe erhalten und neue Potenziale erschließen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Fernwärmenetz schnell ausbauen*
- *CO₂-freie Wärmegewinnung für das Fernwärmenetz*
- *Nahwärmenetze aufbauen*

Für grüne Stadtentwicklung

Unsere Stadt soll auch in Zukunft lebenswert bleiben und noch lebenswerter werden. Dafür setzen wir uns ein. Eine lebenswerte Stadt bietet viele Grünflächen, ein gutes Kultur- und Unterhaltungsangebot, kurze Wege, stellt Mensch, Natur und Tiere in den Mittelpunkt und gibt dem Radfahren und dem Zufußgehen höhere Prioritäten. In einer solchen Stadt gibt es Orte für alle Menschen, an denen sie sich gerne aufhalten und zusammenkommen können.

Die Klimakrise stellt auch die Kommunen vor enorme Herausforderungen. Damit wir weiter gut in unseren Städten leben können, sind weitgehende Maßnahmen nötig, um uns so gut wie möglich an die Folgen der Klimakrise anzupassen.

Und selbstverständlich möchten wir alles dafür tun, was uns möglich ist, um die Pariser Klimaziele einzuhalten und die Erderhitzung zu begrenzen.

Stadtplanung

Fläche ist eine begrenzte Ressource. Im Gegensatz zu Produktionsgütern können wir den Boden nicht vermehren. Daher ist es eine richtungsweisende Entscheidung, wie wir die vorhandenen Flächen in Karlsruhe verteilen und nutzen. Es ist eine grundlegende kommunale Aufgabe und politische Prioritätensetzung zu entscheiden, welche und wie viele Flächen für Wohnraum, Gewerbe und Industrie oder Freizeit und Erholung bebaut werden dürfen oder unversiegelt bleiben sollen. Dabei müssen wir mit unseren verbliebenen Flächen so sparsam wie möglich umgehen und wollen daher auf Flächenausweisungen im Außenbereich möglichst verzichten. Stattdessen setzen wir auf eine mit Begrünungsmaßnahmen verbundene Innenentwicklung.

Am Netto-Null-Ziel festhalten. Wir lehnen eine Neuausweisung von Flächen nicht grundsätzlich ab, halten aber am Ziel der Netto-Null beim Flächenverbrauch fest. Dieses Ziel wollen wir über Flächentausch erreichen: Wenn ein neues Gebiet für Gewerbe- oder Wohnraumentwicklung besser geeignet ist als ein bisher vorgesehene Gebiet, dann können diese Gebiete getauscht werden. Eine Neuausweisung geht somit immer mit einer Herausnahme einher. Karlsruhe ist dabei nicht allein, sondern hat sich mit den umliegenden Gemeinden zusammengetan. So wollen wir durch gemeinsam geplante Siedlungsflächen das Ziel der Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

Höhenentwicklungskonzept nutzen. In Karlsruhe stehen wir vor der Herausforderung, zwei miteinander konkurrierende Ziele in Ausgleich zu bringen: Einerseits gilt es, bestehende Innenbereiche zu schützen, die wertvolles Stadtgrün enthalten, und andererseits müssen die ebenso wichtigen Naturräume im Außenbereich bewahrt werden. In Karlsruhe benötigen wir jedoch mehr Wohnraum und Gewerbeflächen. Für einen zukunftsorientierten Ansatz ist daher ein intensiver Dialogprozess notwendig.

Uns geht es dabei nicht um unbegrenztes Wachstum, sondern darum, den Karlsruher*innen und den hier ansässigen Unternehmen eine gute Existenzgrundlage zu sichern. Ein Lösungsansatz, um die Ressource Boden zu schützen und gleichzeitig Flächen für Wohnen und Gewerbe zu schaffen, ist die Höhenentwicklung zur effizienten Flächennutzung. Mit dem Höhenentwicklungskonzept gibt es eine gute Richtlinie, die festlegt, wie hoch gebaut werden darf, auch unter Berücksichtigung bestehender Stadtstrukturen. Wir wollen in diesem Zusammenhang eine innovative Gewerbeflächenentwicklung in die Höhe erreichen.

Baulücken füllen. Große brachliegende Konversionsflächen haben wir nicht mehr. Es gibt jedoch eine Übersicht von Baulücken und untergenutzten Grundstücken. Das sind ungenutzte Grundstücke oder sehr niedrige Gebäude in direkter Nachbarschaft zu höheren Gebäuden im selben Block. Wir wollen, dass diese Potenziale vor allem für den Wohnraum genutzt werden, da in solchen Fällen oft kein neues Planrecht

notwendig ist und alle Infrastrukturen und Einrichtungen des täglichen Bedarfs bereits in der Nachbarschaft vorhanden sind.

Superblocks entwickeln. Die Entwicklung von Wohnraum rund um bestehende Strukturen entspricht auch den Zielen einer 15-Minuten-Stadt, in der alle Orte des täglichen Bedarfs in 15 Minuten fußläufig zu erreichen sind. Diese Mischung von Funktionen im Quartier und die damit verbundene gute Nahversorgung sollte auch im Außenbereich und bei neuen Baugebieten sichergestellt werden. Die Idee der 15-Minuten-Stadt lässt sich ideal mit Konzepten wie Superblocks kombinieren: Innerhalb des verkehrsberuhigten Quartiers sind alle Einrichtungen und Ziele des täglichen Bedarfs mit dem Rad oder zu Fuß erreichbar. Ein guter öffentlicher Nahverkehr sorgt für die Erreichbarkeit von weiter entfernten Zielen. So kann der Bedarf für Mobilität mit dem Auto deutlich gesenkt werden.

Grünflächen schützen. Im bebauten Innenbereich ist es nach dem derzeit geltenden Baugesetzbuch fast immer möglich, dichter zu bauen und mehr Flächen zu versiegeln. In Kombination mit der geltenden Landesbauordnung kommt durch die notwendigen PkwStellplätze eine zusätzliche Versiegelung hinzu. Mit zwei kommunalen Instrumenten, einer Grünsatzung und einer Stellplatzsatzung, wollen wir GRÜNE diese Innenentwicklung schonender gestalten. Eine Grünsatzung kann stadtweit bestehende Grünflächen schützen und Vorgaben für neue Gebäude, z.B. für Fassadenbegrünung, machen. Eine Stellplatzsatzung kann für das gesamte Stadtgebiet festlegen, wo aufgrund guter Radwegeverbindungen oder ÖPNV-Anbindung weniger Parkplätze errichtet werden müssen.

Quartiersplanung vorantreiben. Aus unserer Sicht sollte Stadtplanung vor allem Quartiersplanung beinhalten. In einer Großstadt sind es die Stadtteile oder teilweise noch kleinere Gebiete, in denen die Menschen sich begegnen und austauschen. Die Quartiere sollten den Menschen auch die Möglichkeiten dafür bieten. Mit dem Fuß- und Radentscheid haben die Karlsruher*innen mehr Quartiersplätze gefordert. Diese Forderung unterstützen wir. Wir wollen, dass solche Quartiersplätze entstehen, an denen Gastronomieangebote vorhanden sind, aber gleichzeitig auch ein konsumfreier Aufenthalt möglich ist. Auch Trinkwasserbrunnen und öffentliche Toiletten sollten in der Nähe solcher Plätze zu finden sein.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Stadtentwicklung ist Quartiersentwicklung: hin zur 15-Minuten-Stadt*
- *Neuversiegelung mit der Entsiegelung und Begrünung anderer Flächen verbinden*
- *Innerstädtische Potenziale nutzen, um Freiflächen zu schützen*

Klimafolgenanpassung

Menschengemachter Klimawandel stellt uns vor die Herausforderung, das städtische Leben bei zunehmender extremer Hitze, Trockenheit und Starkregenereignissen erträglich zu gestalten. Karlsruhe ist eine der wenigen Städte, die bereits eine professionelle kommunale Klimaanpassungsstrategie entwickelt hat. Diese Strategie muss konsequent umgesetzt, kontinuierlich überprüft und fortgeschrieben und stärker nach dem Prinzip der Schwammstadt ausgerichtet werden.

Wälder schützen. Der Klimawandel setzt den Wäldern enorm zu. Die von uns angestoßene Klimaanpassung des Stadtwalds muss konsequent fortgesetzt werden. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Bäume. Dazu gehören die standorttypische Baumartenzusammensetzung und die natürliche Waldverjüngung. Eine größere Baumartenvielfalt, lichte Strukturen und Waldränder sollen die Biodiversität stärken, unter anderem auch für seltene Schmetterlingsarten. Zur Stärkung der Regenerationskraft der Wälder wollen wir erreichen, dass mehr Bannwälder eingerichtet werden.

Wir setzen uns für die Pflege und den Erhalt von Altbäumen ein, die für die Biodiversität besonders wichtig sind, beispielsweise für den stark bedrohten Heldbockkäfer und Fledermäuse.

Die Funktion des Waldes als Erholungswald kann nur erhalten bleiben, wenn das Forstamt in der Lage ist, die zunehmende Aufgabe der Verkehrssicherungspflichten an den zentralen Waldwegen zu erfüllen. Wir setzen uns dafür ein, dass die personelle Ausstattung des Forstamts bedarfsgerecht erhöht wird, sodass sowohl die Pflege des Waldes als auch die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht erfüllt werden können.

Stadtbaumbestand ausweiten und seine Resilienz stärken. Stadtbäume sind von unschätzbarem Wert. Ihre wichtigste Funktion ist die Regulierung des Mikroklimas. Sie spenden Schatten, filtern Emissionen aus der Luft und dem Boden und bieten Lebensraum für viele stadttypische Vogel- und Insektenarten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anzahl der Stadtbäume erhöht wird und dazu Flächen entsiegelt werden. Wir wollen in der Innenstadt sogenannte Pocketparks oder Miniwälder anlegen. Hierfür müssen gezielt Standorte gesucht und genutzt werden.

Die Pflege der Jungbäume muss ausgeweitet werden, da sie nun fünf statt wie früher nur drei Jahre bewässert werden und die Anzahl der Jungbäume steigt. Das Gartenbauamt ist der zentrale Akteur zur Kontrolle und Pflege städtischer Grünstrukturen, einer Arbeit, die immer intensiver wird, zum Beispiel um die Bewässerung zu gewährleisten. Daher wollen wir das Gartenbauamt personell und materiell stärken.

Bei der Zusammensetzung der Baumarten sollen verstärkt unterschiedliche einheimische bzw. europäische Zukunftsbäume berücksichtigt werden.

Grünsatzung beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die aktuell eingeleitete Grünsatzung in der Innenstadt endlich umgesetzt und das gleiche Instrument für weitere Stadtteile angewendet wird. Bisher ist die Klimaanpassung lediglich ein Ziel der kommunalen Bauleitplanung. Das Baugesetzbuch macht jedoch keine ausreichenden Vorgaben für private Bauvorhaben im bebauten Innenbereich, wenn kein moderner Bebauungsplan vorhanden ist. Die Grünsatzung ist für uns daher ein wesentliches Instrument zum Schutz von begrünten Hinterhöfen bei Bauvorhaben der Innenentwicklung.

Fassadenbegrünung vorantreiben. Bodengebundene Fassadenbegrünung und andere Gebäudebegrünungen tragen erheblich zur Klimaanpassung bei. In Karlsruhe gibt es seit vielen Jahren das Förderprogramm zur Begrünung von Dächern, Fassaden und versiegelten Freiflächen. Im letzten Doppelhaushalt haben wir eine Aufstockung der Mittel erreicht. Auch der Rückbau der gesetzlich verbotenen Schottergärten und die Begrünung von deren Fläche wird durch das Programm gefördert.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Förderprogramm bedarfsgerecht weiter aufgestockt wird. Die Fassadenbegrünung soll in der gesamten Innenstadt zügig vorangetrieben werden. Dazu soll die Stadt Pilotprojekte an städtischen Gebäuden umsetzen und bei Unternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften, städtischen Gesellschaften sowie Hauseigentümer*innen um Unterstützung werben.

Entsiegelungskonzept für Begrünungsmaßnahmen erstellen. Unsere gesamte Innenstadt ist stark versiegelt. Daher staut sich die Hitze an heißen Tagen. Bislang hat die Stadtverwaltung erklärt, dass sie nur im Zusammenhang mit geplanten Baumaßnahmen Entsiegelungspotenziale prüfen möchte. Das reicht angesichts der Zunahme von Hitze und Trockenheit nicht. Wir haben erreicht, dass erstmalig ein Entsiegelungskonzept erstellt und umgesetzt werden soll. Nun können alle Flächenpotenziale für urbane Grünflächen ermittelt werden, um proaktive Entsiegelungsmaßnahmen anzugehen. Dieses Konzept soll auch bereits mögliche Arten der Begrünung am jeweiligen Standort benennen. Dabei ist es besonders wichtig, den Baumbestand auszubauen. Die Mittel für Entsiegelungsmaßnahmen sollen kontinuierlich aufgestockt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Friedrichsplatz als „grüne Oase“ in der zentralen Innenstadt gestaltet wird. Er soll künftig komplett frei von Veranstaltungen wie auch dem Weihnachtsmarkt bleiben. Der neu

gestaltete Marktplatz und die Kaiserstraße sind als Veranstaltungsorte für die vielfältigen Anlässe sehr gut geeignet.

Dürre- und Hochwasserschutz gewährleisten. Bei Starkregenereignissen ist es dringend notwendig, dass die Wassermassen schnell versickern und im Untergrund so weit wie möglich gespeichert werden können (Prinzip Schwammstadt). Darüber hinaus müssen ausreichende Abflussmöglichkeiten geschaffen werden, um die Siedlungsflächen vor Überflutungen zu schützen. In neuen Bebauungsplänen werden diese Anforderungen bereits berücksichtigt, im Bestand müssen sie geplant und umgesetzt werden.

Wir müssen Bevölkerung, Natur und Wirtschaft vor den Folgen von Dürre und Starkregen schützen und das weitere Austrocknen der Landschaft verhindern. Dafür braucht es mehr als verstreute Einzelmaßnahmen. Wir wollen daher veranlassen, dass die Stadt Karlsruhe ein integriertes Wassermanagement- und Dürreschutzkonzept entwickelt und umsetzt. Das Konzept soll ein ganzheitliches Problemverständnis schaffen, Daten erheben, Schutzziele definieren und Maßnahmen ableiten. Um eine bessere Koordination zwischen den verstreuten wasserbezogenen Zuständigkeiten in der Verwaltung zu gewährleisten, wollen wir ressortübergreifende Strukturen, wie eine Wasser-Arbeitsgruppe, einrichten.

Wichtige Maßnahmen zum Dürre- und Hochwasserschutz werden bereits in den Biodiversitäts- und Klimaschutzkonzepten genannt. Dazu gehören die Rücknahme von Entwässerungen (Gräben etc.) und Wiedervernässungen zum Schutz von Nasswiesen, Feuchtwäldern, Feuchtbiotopen und Moorböden. Ferner die Renaturierung von Bächen und Flüssen mit Zulassung natürlicher Gewässerdynamiken und die Anwendung des „Schwammstadt“-Prinzips in der Stadtentwicklung. Bei der Vergabe von Pachten wollen wir die Wiedervernässung von historischen Nass- und Wasserwiesen berücksichtigen. Diese und die weiteren im Biodiversitätskonzept genannten Maßnahmen werden wir verstärkt angehen und die Verwaltung auf ihre Umsetzung verpflichten. Der Hochwasserschutz zielt darauf ab, das Wasser möglichst in der Landschaft zu halten und zu speichern, etwa durch die weitere Schaffung von Rückhaltebecken und Entsiegelung von Flächen (Schwammprinzip).

Trinkbrunnen ausweiten und sanieren. Frisches Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Besonders in Zeiten von Hitze ist es wichtig, allen Bürger*innen leichten Zugang zu kostenlosem, sauberem Trinkwasser zu ermöglichen. Ältere Menschen, chronisch Kranke, Kinder und Jugendliche sind für Hitze und staubige Luft besonders anfällig. Trinkbrunnen sind daher in hochverdichteten Innenstädten von großer Bedeutung. Besondere Bedürfnisse für öffentlichen Zugang zum Leitungswassernetz ergeben sich auch für den Freizeitsport, z.B. bei Radtouren sowie bei Großveranstaltungen (Konzerte, Stadtfest, Freiluftkino). Auch an Schulen soll jeweils ein zentraler Trinkwasserbrunnen eingerichtet werden, wie das teilweise bereits von den Stadtwerken durchgeführt wird.

Im Trinkbrunnenkonzept wird daher die Sanierung und Erweiterung von Trinkbrunnen im Stadtgebiet empfohlen. Derzeit sind rund ein Drittel der bestehenden Trinkbrunnen wegen eines hohen Sanierungsbedarfs außer Betrieb.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Trinkbrunnen sanieren und neue Abkühlungsmöglichkeiten in der Stadt installieren*
- *Mehr Stadtgrün durch Gebäudebegrünung und Stärkung der Stadtbäume*
- *Weiterentwicklung der Grünsatzung und Ausweitung auf stadtklimatisch belastete Stadtteile*

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Nur mit einem guten ÖPNV als noch stärkerem Rückgrat der Mobilität wird es uns gelingen, klimaneutral unterwegs zu sein und allen Menschen eine soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Sicherstellung der Finanzierung und des Ausbaus. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist das Rückgrat der Mobilität und muss für alle Menschen zugänglich sein. Ein mangelndes oder schlechtes ÖPNV-Angebot zwingt die Bürger*innen einer Gemeinde zur Abhängigkeit vom Auto, was allen Klimazielen widerspricht. Daher setzen wir GRÜNE uns für die Sicherstellung und den Ausbau von Bus- und Straßenbahnangeboten ein. Unser Ziel ist es, die Fahrgastzahlen im ÖPNV gemäß der Landesstrategie bis 2030 zu verdoppeln. Im Hinblick auf die Finanzierung und den Ausbau möchten wir einen Bürger*innenrat zur Zukunft des ÖPNV in Karlsruhe einrichten.

Barrierefreien Ausbau voranbringen. Um den ÖPNV für alle zugänglich zu machen, ist der barrierefreie Ausbau unerlässlich und gesetzlich vorgeschrieben. Im Jahr 2021 hat der Gemeinderat den Zeitplan für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschlossen. Bis 2026 werden fast alle Straßenbahnhaltestellen und der Großteil der Bushaltestellen barrierefrei sein. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, diesen Zeitplan einzuhalten und zu beschleunigen, wo es möglich ist. Es ist wichtig, dass ganze Linien auf einmal ausgebaut werden.

Fahrgastinformationen für alle. Zur Barrierefreiheit gehört nicht nur der stufenlose Zugang zu Bus und Bahn, sondern auch gut verständliche Ansagen und einfache grafische oder symbolische Hinweise. Insbesondere bei der U-Strab besteht Nachholbedarf, ebenso an manchen großen Haltestellen. Den standortspezifischen Gegebenheiten und daraus bestehenden Barrieren muss Rechnung getragen werden. Auch die digitalen Fahrgastinformationssysteme sollen weiter verbessert werden.

Dem ÖPNV Bevorrechtigungen erteilen. Bevorrechtigungen an Kreuzungen sind ein bekanntes Instrument, um den ÖPNV zu beschleunigen und attraktiver zu machen. In Karlsruhe wird dies jedoch nicht konsequent umgesetzt. Hier liegen Potenziale für eine Verbesserung des Angebots. Darüber hinaus ermöglicht dies eine energiesparendere Fahrweise von Bus und Bahn.

Nachtverkehr ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch unter der Woche ein Angebot gibt, um mit dem ÖPNV spätnachts nach Hause zu kommen. Für Karlsruhe als Stadt mit vielen Student*innen ist es offensichtlich, dass hier ein Angebot fehlt, das andere Unistädte vorweisen können. Genauso ist ein Nachtverkehr auch für Berufstätige in Schichtarbeit eine Alternative, die heute fehlt. Ein neuer Nachtverkehr bedeutet nicht automatisch eine Wiederbelebung der Nightliner in ihrer alten Form. Mit neuen Formen der Mobilität wie On-Demand-Verkehren, Sammeltaxis oder in Zukunft autonomen Kleinbussen stehen kostengünstigere Alternativen zur Verfügung.

Straßenbahnnetz erweitern. Wir wollen, dass mittelfristig alle Stadtteile gut an das Straßenbahnnetz angebunden werden und die wichtigen Ziele wie die Innenstadt und der Hauptbahnhof schnell zu erreichen sind.

Dazu gehört auch eine schnelle Verbindung von Neureut zum Hauptbahnhof über die zu reaktivierende Hardtbahn von Mühlburg nach Neureut. Zudem ist die Anbindung von Neureut-Kirchfeld überfällig. Die Verlängerung der Tramlinie 1 muss dabei das neue Wohngebiet Neureut Zentrum III von Beginn an erschließen. Dazu kommen Ausbauprojekte im Süden entlang der Pulverhausstraße für eine bessere Anbindung von Grünwinkel oder der Bau einer Straßenbahnstrecke auf der Stuttgarter Straße. Diese Projekte unterstützen wir vollumfänglich und setzen uns für eine zügige Umsetzung ein.

Wenn Straßenbahnen neu gebaut oder saniert werden, wollen wir überall soweit technisch möglich mit Rasengleisen einen Beitrag für die Klimaanpassung und die Biodiversität leisten.

Öffentlichen Verkehr elektrifizieren. Die Karlsruher Straßenbahnen fahren bereits elektrisch mit Ökostrom und sind damit ein großer Klimaschützer. Wir unterstützen den bereits begonnenen Umstieg der Busflotte

der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) auf elektrische und damit saubere und leisere Fahrzeuge. Sukzessive sollen alle Busse elektrisch betrieben werden. Der Einsatz elektrischer Busse soll zukünftig dann auch für Busverkehre privater Busunternehmen im städtischen Auftrag verpflichtend werden. Darüber hinaus möchten wir, dass bei der Vergabe neuer Taxi- oder Mietwagenlizenzen der Einsatz elektrischer Fahrzeuge zur Bedingung wird.

ÖPNV zugänglicher machen. In den letzten Jahren haben das Deutschlandticket und das JugendticketBW (heute: D-Ticket JugendBW) die Grenzen der Verkehrsverbünde verschwimmen lassen. Beide Angebote sind nahezu für alle bisherigen Nutzer*innen des ÖPNV günstiger als vorherige Abos. Tickets und Tarife stellen nicht nur aus finanzieller Sicht eine Hürde dar, sondern auch in Form von Vielfalt und Komplexität. Wir setzen uns dafür ein, diese Zugangshürde durch Vereinfachung der Tarifstruktur abzubauen.

Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren. Noch immer wird in Deutschland das Fahren ohne Fahrschein als Straftat geahndet. Hiervon sind statistisch betrachtet vor allem die ärmsten Menschen und Menschen in sehr schwierigen Lebenssituationen betroffen. Wir wollen, dass die Karlsruher Verkehrsunternehmen nur noch das sogenannte erhöhte Beförderungsentgelt verlangen, aber keine Strafanzeige mehr stellen, um die Situation der betroffenen Menschen nicht weiter zu verschlimmern.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Ausweitung des Nachtverkehrs*
- *Barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschleunigen*
- *Ausbau des Stadtbahn- und Straßenbahnnetzes nach Neureut-Kirchfeld und Grünwinkel*

Radverkehr

Wir setzen uns für die konsequente Förderung des Radverkehrs in Karlsruhe ein. Seit der Verabschiedung des ersten Radverkehrskonzepts vor fast 20 Jahren hat sich einiges getan. Heute wird fast ein Drittel aller Wege in Karlsruhe mit dem Fahrrad zurückgelegt. Mit dem 2021 beschlossenen Programm für aktive Mobilität haben wir den Grundstein gelegt, um das Radfahren weiter zu verbessern. Dies ist aus klimapolitischer Sicht dringend notwendig. Die Verkehrswende setzt voraus, dass der Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsmittel erfolgt. Dieser Umstieg kann nur gelingen, wenn die Alternativen aus praktischen Gründen wie Flexibilität, Zeit- und Kostenersparnis besser sind.

Standards für Radrouten sicherstellen. Die bestehende Radinfrastruktur stößt aus verschiedenen Gesichtspunkten an ihre Grenzen. Das gestiegene Radverkehrsaufkommen und die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von E-Bikes und Lastenrädern erfordern mehr Platz. Daher fordern wir, dass auf allen Radrouten mindestens die geltenden Standards angewendet werden. Wenn deutlich mehr Radverkehr erwartet wird, ist eine breitere Radinfrastruktur notwendig, selbst wenn dies zu Lasten des Kfz-Verkehrs geht.

Auto-Durchgangsverkehr reduzieren. In Straßen, die hauptsächlich für den Radverkehr vorgesehen sind und für den Autoverkehr nur eine Erschließungsfunktion bieten, sollte der Kfz-Durchgangsverkehr durch modale Filter verhindert werden. Solche modalen Filter können (automatische) Poller oder andere physische Durchfahrtsperren sein. In Karlsruhe existieren solche Lösungen bereits am Zirkel oder in der Humboldtstraße.

Wenn der Durchgangsverkehr reduziert wird, gibt es auch ohne große Umbauten mehr Platz für den Radverkehr. Dies ist eine einfache Lösung zur Verbesserung und Aufwertung von Fahrradstraßen, ebenso wie die konsequente Markierung und Bevorrechtigung.

Sicherheit von Fußgänger*- und Radfahrer*innen erhöhen. Durch das gestiegene Radverkehrsaufkommen treten immer häufiger Konflikte zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen auf. Ein typisches Beispiel ist das Radfahren auf Gehwegen. Dies geschieht oft auf Straßen mit schlechter Radinfrastruktur oder dort, wo die Wegeverbindungen kompliziert oder unvollständig sind. Dies hängt oft mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Radfahrer*innen zusammen. Wenn sie sich auf der Straße unsicher fühlen, weichen sie oft auf Gehwege aus, meist zum Nachteil der Fußgänger*innen. Wir GRÜNE wollen Lösungen finden, die objektiv die Sicherheit erhöhen und das subjektive Sicherheitsempfinden verbessern. Dazu gehören geschützte Radfahrstreifen und Kreuzungen nach niederländischem Vorbild. Mit solchen Maßnahmen verbessern wir gleichzeitig die Situation für Fußgänger*innen.

Bürger*innenwünsche umsetzen. Der Fuß- und Radentscheid hat es geschafft, die Belange von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zusammenzudenken und hat damit große Unterstützung erfahren. Wir wollen die Ziele der Bürger*inneninitiative verfolgen, auch wenn diese formal nicht für zulässig erklärt wurde. Auch regelmäßige Umfragen wie der ADFC-Fahrradklimatetest geben uns Aufschluss darüber, welche Probleme angegangen werden müssen. Unter anderem lernen wir daraus, dass in Sachen Diebstahlsicherheit und Kontrolle von Falschparker*innen auf Radwegen noch viel zu tun ist.

Radverkehrsnetz evaluieren und ausbauen. Neben der kontinuierlichen Verbesserung einzelner Orte wollen wir auch das bestehende Radverkehrsnetz evaluieren. Dazu gehört eine Analyse, wie weit wir mit der Umsetzung gekommen sind, ebenso wie die Berücksichtigung neuer Stadtviertel und wichtiger Ziele, die vor etwa 20 Jahren vielleicht noch weniger wichtig waren. Wir wollen auch die aktuellen, sehr konkreten Pläne für Radschnellwege von Karlsruhe nach Ettlingen bzw. Rastatt in dieses Netz einbeziehen.

Radvorrangrouten schaffen. Die Radschnellwege enden derzeit an der noch nicht existierenden Radringroute, sodass diese für die Karlsruher*innen zunächst nur einen geringen Nutzen haben. Daher fordern wir, dass die Stadt die überörtlichen Planungen aufgreift, um eine Nord-Süd- und eine Ost-West-Route zu entwickeln, die als Radvorrangroute auf dem Standard von Radschnellwegen auch durch das Stadtgebiet führt. Dieser Standard soll auch auf die Radringroute angewendet werden. So werden das Fahrrad und das E-Bike auch auf längeren Strecken im Stadtgebiet zu einer besseren Alternative.

Fahrradparken verbessern. Auch auf unsere Initiativen hin wurden bereits viele Verbesserungen für das Abstellen von Fahrrädern erreicht. Doch weiterhin sind die Bedingungen an vielen Stellen in der Stadt unbefriedigend. Wir setzen uns dafür ein, dass besonders in Wohngebieten, in der Innenstadt und an ÖPNV-Haltestellen sichere und teils überdachte Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Auch für breitere Fahrräder wie Lastenräder sind geeignete Abstellplätze vorzusehen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Mehr echte Fahrradstraßen für eine klare Bevorrechtigung des Radverkehrs*
- *Eigene Karlsruher Standards für gute Radwege etablieren*
- *Radvorrangrouten als übergeordnete und hochwertige Radverbindungen durch die Stadt*

Fußverkehr

Wir gehen jeden Tag zu Fuß, sei es nur der kurze Weg zum Parkplatz oder zur Haltestelle. Unser Ziel ist es, dass Fußwege komfortabel und sicher sind. Wir wollen sichergehen, dass Menschen, die auf Hilfsmittel wie Rollstühle oder Rollatoren angewiesen sind, oder die einen Kinderwagen schieben, überall gut vorankommen. Gute Fußwege sind konfliktfreie und barrierefreie Fußwege.

Bedingungen für Fußverkehr verbessern. 2021 wurde mit dem Karlsruher Programm für Aktive Mobilität erstmals eine Strategie und Zielsetzung für den Fußverkehr beschlossen. Durch den Fuß- und

Radentscheid wurden 2023 über 17.000 gültige Unterschriften gesammelt, was ausreicht für ein Bürger*innenbegehren. Es ist klar, dass sich viele Karlsruher*innen bessere Bedingungen für den Fußverkehr wünschen.

Maßnahmen für besseren Fußverkehr ergreifen. Nach dem Beschluss des Programms für Aktive Mobilität müssen die einzelnen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Für den Fußverkehr bedeutet dies beispielsweise, ausreichend breite Gehwege und regelmäßige Querungsmöglichkeiten zu schaffen. Hier gilt es, einen eigenen Standard zu etablieren, weil für die Häufigkeit von Querungsstellen kein Regelwerk mehr existiert. Dazu sollen die Ampelschaltungen an großen Kreuzungen so optimiert werden, dass Fußgänger*innen und Radfahrer*innen diese zügiger überqueren können. An kleinen Kreuzungen, vor allem in Wohngebieten, wollen wir durch kleine bauliche Maßnahmen wie die Anhebung der Fahrbahn auf das Gehwegniveau (Aufpflasterungen) dafür sorgen, dass Fußgänger*innen einen Vorrang erhalten.

Konflikt- und barrierefreie Fußwege planen. Gute Fußwege sind konfliktfrei und barrierefrei. Häufig werden Gehwege beispielsweise für Verkehrsschilder genutzt, was zulasten des Fußverkehrs geht. Das wollen wir ändern. Auch die Konflikte zwischen Rad- und Fußverkehr wollen wir reduzieren, indem die Wege klar getrennt werden. Auf Schulwegen sind mit Hilfe von Schulwegeplänen die Bedingungen zu verbessern. Hier sind gerade gute Sichtbeziehungen an Kreuzungen und Querungsstellen wichtig.

Aufenthaltsmöglichkeiten schaffen. Entlang der Fußwege wollen wir für mehr Aufenthaltsmöglichkeiten sorgen, die zum Schlendern und Verweilen einladen. Sitzgelegenheiten und Pocketparks oder andere Umnutzungen vor allem von Stellplätzen können einer Straße und damit auch einem Gehweg ein ganz anderes Erscheinungsbild geben. Dies wollen wir durch eine verbesserte Wegweisung für Fußgänger*innen ergänzen.

Alles in allem müssen die Mobilitätsplanung besser koordiniert sowie die neu gesetzten Prioritäten in diese Planung einbezogen werden. Ein Amt für Mobilität kann hier Abhilfe schaffen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Mehr Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen*
- *Fußwegenetz und Aufenthaltsqualität zusammendenken*
- *Verbesserte Ampelschaltungen vor allem an großen Straßen und Kreuzungen für Fußgänger*innen*

Motorisierter Individualverkehr

Die Förderung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) war lange Zeit oberstes Ziel städtischer Verkehrsplanung. Mehrspurige innerstädtische Straßen und überdimensionierte Kreuzungen zeugen immer noch davon, dass die Sicherheit und die Leichtigkeit des Autoverkehrs oberste Planungsprämissen waren. Doch diese Ziele gehören glücklicherweise der Vergangenheit an. Der Karlsruher Gemeinderat hat bereits wesentliche Veränderungen ins Auge gefasst. Dennoch geht die Umsetzung zu zaghaft voran.

Lebensqualität steigern. Planungen für die städtische Mobilität und damit auch den Autoverkehr in Karlsruhe sollen sich zukünftig an übergeordneten Zielen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Verbesserung der Lebensqualität ausrichten. Für uns GRÜNE ist das Auto nur eines von vielen Verkehrsmitteln und nur in den seltensten Fällen ist es die beste oder einzige Alternative. Mit dem Karlsruher Programm für Aktive Mobilität haben wir als Ziele formuliert, dass der Anteil der Wege (Modal Split), die mit dem Auto zurückgelegt werden, von heute über 30 % auf 15 % im Jahr 2035 zurückgehen soll. Dies ist vor allem für die Lebensqualität in der Stadt ein großer Gewinn. Aus Sicht des Klimaschutzes muss nicht nur der Anteil der Wege, sondern auch deren Länge, also insgesamt die Verkehrsleistung betrachtet werden. In dieser Zielgröße soll der Anteil des Autoverkehrs von heute 50 % auf 30 % bis 2030

zurückgehen. Wir GRÜNE unterstützen diese bereits beschlossenen Ziele und wollen diese so früh wie möglich erreichen.

Klimaneutrale Mobilität vorantreiben. Dafür wollen wir einen sogenannten Klimamobilitätsplan erarbeiten. Dies ist ein moderner Verkehrsentwicklungsplan, der den Klimaschutz ernst nimmt. Die Erarbeitung des Plans wird durch das Land Baden-Württemberg gefördert, wenn die Zielszenarien eine klimaneutrale Mobilität in der Stadt vorsehen. In einem solchen Plan werden alle Verkehrsmittel berücksichtigt.

Zweite Rheinbrücke verhindern. Für uns GRÜNE ist klar, dass längst überholte Vorhaben, wie eine zweite Rheinbrücke mit Querspange oder die Südumfahrung Hagsfeld keine Zukunft mehr haben und sich nicht in diesem Klimamobilitätsplan wiederfinden dürfen. Ebenso darf es auch nicht darum gehen, sogenannte Engpässe für den Autoverkehr zu beseitigen, denn dies führt zu mehr Verkehr und damit zu neuen Engpässen. Daher werden wir auch keine weiteren neuen Straßenbauprojekte unterstützen.

Rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen. Neben baulichen Maßnahmen wollen wir zusätzlich administrative und rechtliche Instrumente nutzen, um die Mobilität in Karlsruhe besser zu steuern. Sobald das Land es uns ermöglicht, wollen wir durch Instrumente wie eine Citymaut oder Nahverkehrsabgabe das Autofahren zugunsten des ÖPNV bepreisen. Dies trifft vor allem diejenigen, die mit dem Auto von außerhalb nach Karlsruhe fahren, weil die Karlsruher*innen bereits heute schon viel häufiger nicht mit dem Auto unterwegs sind. Ergänzend wollen wir die Karlsruher*innen vor allem in ihrem Wohnumfeld durch mehr Tempo-30-Zonen besser vor dem Straßenlärm schützen. Karlsruhe hat bereits den Appell der Initiative für „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ unterschrieben und damit den Bund zu weiteren Gesetzesänderungen aufgefordert. Hier wollen wir weiter am Ball bleiben.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Keine Unterstützung neuer Straßenbauprojekte*
- *Klimamobilitätsplan als neue Leitlinie für städtische Infrastrukturprojekte*
- *Mehr Tempo 30 für einen sichereren und leiseren Stadtverkehr*

Parken

Öffentlicher Raum ist begrenzt, und es ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe, über die Verteilung und Nutzung dieses Raumes zu entscheiden. Wir GRÜNE möchten, dass der öffentliche Raum von allen Menschen aktiv genutzt werden kann. Das kostenlose Abstellen von Privateigentum, insbesondere von Autos, die oft auf einer Fläche der Größe eines Kinderzimmers stehen, sollte nicht dazu gehören. Dieser Raum steht dann der Allgemeinheit nicht mehr zur Verfügung.

Parkgebühren ausweiten. Das laufende Projekt für ein stadtweites Parkraummanagement sollte schnell abgeschlossen werden. Ziel ist es, die Parkraumbewirtschaftung schrittweise auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten, beginnend mit den Gebieten mit den größten Flächenkonflikten. Dabei sollte eine Regelung für Anwohner*innen getroffen werden, die ihnen einen ermäßigten Preis im Vergleich zu Stunden- oder Tagestickets bietet. Dies könnte durch Anwohner*innenparken oder, wo dies rechtlich nicht möglich ist, durch ein Jahresticket zum gleichen Preis erreicht werden. Dabei berücksichtigen wir die Interessen aller, wie zum Beispiel von Besucher*innen oder dem Gewerbe.

Parkraum umverteilen. Mit Parkraumbewirtschaftung allein wird der öffentliche Raum jedoch nicht umverteilt. In dicht besiedelten Gebieten könnten Quartiersgaragen errichtet oder Vereinbarungen mit privaten Parkhausbetreiber*innen getroffen werden. Quartiersgaragen sind jedoch nur dann eine Alternative, wenn gleichzeitig Parkplätze am Straßenrand entfallen und eine neue Nutzung wie Fahrradwege oder Grünflächen eingerichtet wird. Preislich müssen Quartiersgaragen wettbewerbsfähig

zum Anwohner*innenparken oder einem Jahresticket sein. Außerdem sollen auf heutigen Parkplätzen Ladezonen entstehen, damit Lieferdienste, Handwerksbetriebe oder Pflegedienste legale Haltemöglichkeiten finden, ohne die Verkehrssicherheit anderer zu beeinträchtigen.

Parkraum begrenzen. Das Parkraummanagement sollte auch ein Ziel enthalten, wie viele (öffentliche) Parkplätze insgesamt noch zur Verfügung stehen sollen. Mit dem Programm für Aktive Mobilität hat der Gemeinderat klare Ziele dafür festgelegt, mit welchen Verkehrsmitteln welcher Prozentsatz der Wege zurückgelegt werden soll (Modal Split). Demnach soll bis 2035 nur noch für etwa 15 % der Wege das Auto genutzt werden, statt derzeit circa. 30 %. Langfristig bedeutet dies, dass auch nur noch die Hälfte der Parkplätze im öffentlichen Raum benötigt wird.

Kontrollen ausweiten. Parkraummanagement kann jedoch nur funktionieren, wenn der Parkraum konsequent kontrolliert wird. Es geht dabei nicht nur um die Gebühren dieser wertvollen städtischen Flächen, sondern auch um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen. Daher hat der Bundesrat vom Bundesverkehrsministerium gefordert, Scan-Fahrzeuge ähnlich wie in anderen europäischen Ländern zu erlauben. Durch diese teilautomatisierte Überwachung des Parkraums können die Mitarbeiter*innen der Verkehrsbehörde effizienter arbeiten. Wir möchten diese Fahrzeuge so bald wie möglich in Karlsruhe einsetzen, idealerweise als vorgezogenes Modellvorhaben.

Stellplatzsatzung umsetzen. Derzeit muss bei den meisten Wohnbauvorhaben mindestens ein Stellplatz pro Wohnung geschaffen werden. Im Rahmen eines Bebauungsplans kann die Anzahl der Stellplätze aufgrund guter ÖPNV-Anbindung oder eines Mobilitätskonzepts für das Baugebiet reduziert werden. Auch die Struktur der Bewohner*innen kann berücksichtigt werden. Bei Neubauvorhaben im Innenbereich ohne neuen Bebauungsplan ist dies jedoch nicht möglich. Daher möchten wir mit einer Stellplatzsatzung alternative Regelungen zur Reduktion der Stellplätze schaffen. Der Verzicht auf Stellplätze in Tiefgaragen führt zu geringeren Baukosten und damit zu niedrigeren Mieten.

E-Ladeinfrastruktur ausbauen. Im Rahmen der Antriebswende sollte für die verbleibenden oberirdischen Stellplätze die E-Ladeinfrastruktur ausgebaut werden, damit sich auch Mieter*innen in Mehrfamilienhäusern ohne Garagen ein E-Auto anschaffen können. Dazu sollte das städtische Konzept für die E-Ladeinfrastruktur um Normalladesäulen in Wohngebieten erweitert werden. Bisher werden vor allem Schnellladeparks an Hauptstraßen betrachtet.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Parkraummanagementkonzept für die gesamte Stadt umsetzen*
- *Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur unter Beachtung der städtebaulichen Struktur*
- *Stellplatzsatzung für eine alternative Regelung von Stellplätzen bei Neubauvorhaben*

Sharing

Geteilte Mobilität bietet viele Vorteile für die Gesellschaft. Wenn Fahrzeuge von mehreren Personen genutzt werden, werden sie effizienter genutzt und stehen weniger herum. Durchschnittlich werden Autos weniger als eine Stunde am Tag genutzt, den Rest der Zeit nehmen sie oft öffentlichen Raum ein. Carsharing reduziert den Platzbedarf für den Autoverkehr und macht Flächen für andere Verkehrsmittel oder Grünflächen frei. Zudem ermöglicht Carsharing die Auswahl des passenden Fahrzeugs für den jeweiligen Einsatz, wie beispielsweise ein anderes Fahrzeug für einen Baumarkteinkauf als für einen Wochenendausflug. Damit bietet Carsharing sogar eine größere Flexibilität als ein privates Auto.

Ausbau von Carsharing-Stellplätzen. Wir haben in der letzten Ratsperiode darauf hingewirkt, dass die Verwaltung die neue rechtliche Möglichkeit zur Ausweisung von expliziten Carsharing-Stellplätzen nutzt. Dies erleichtert das Finden von Parkplätzen für Carsharing-Autos und bevorzugt diese. Nun muss die

Weiterentwicklung folgen, bei der Carsharing-Stellplätze für einzelne Anbieter, in Karlsruhe fast ausschließlich Stadtmobil, ausgewiesen werden können. Dies erhöht die Sichtbarkeit und reduziert das häufige Falschparken auf diesen Parkplätzen. In diesem Zusammenhang sollen ausgewiesene Carsharing-Stellplätze verstärkt mit E-Ladesäulen ausgestattet werden, um die Energiewende auch im Carsharing voranzutreiben.

E-Scooter-Konzept erarbeiten. Elektrokleinfahrzeuge, besser bekannt als E-Scooter, stellen eine neue Herausforderung dar. Sie bieten neue Nutzungsmöglichkeiten und erleichtern für einige Menschen den Umstieg auf den ÖPNV, da der Weg zur Haltestelle verkürzt wird. Allerdings wurden diese neuen Verkehrsmittel oft ohne Plan in den öffentlichen Raum eingeführt. E-Scooter stellen oft Stolperfallen auf Gehwegen dar. Hier besteht Handlungsbedarf, der nur im Dialog mit den E-Scooter-Anbieter*innen angegangen werden kann.

Radsharing ausweiten. Die KVV.nextbike-Fahrräder werden häufig genutzt. Daher halten wir eine Ausweitung des Angebots für sinnvoll. Dies sollte durch eine kontinuierliche Erweiterung der Abstellzonen und die Einführung eines Angebots an Lastenfahrrädern in Karlsruhe erreicht werden.

Die Verknüpfung von verschiedenen Mobilitätslösungen, beispielsweise über die KVV.regiomove-App, soll weiter ausgebaut und verbessert werden.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- Anzahl an Carsharing-Stellplätzen erweitern
- E-Scooter-Konzept für sicheres Abstellen erarbeiten
- Angebot für Leihlastenräder einführen

Naturschutz

Karlsruhe ist eine grüne Stadt mit einer außerordentlich hohen Vielfalt an Biotopen. Wir tragen daher eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Stärkung der Natur. Diese Aufgabe wollen wir mit vielfältigen, innovativen Ansätzen angehen und dabei die Bürger*innen miteinbeziehen.

Mit dem von uns beantragten Biodiversitätskonzept erfolgte 2019 eine umfassende Bestandsanalyse der Artenvielfalt in unserer Stadt sowie eine Darstellung ihrer Gefährdungen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, diese Gefährdungen zu überwinden und uns an den konkreten Handlungsempfehlungen des Biodiversitätskonzepts zu orientieren.

Bürger*innen für Naturschutz und Biodiversität gewinnen. Wir wollen die positive Einstellung vieler Menschen zur Artenvielfalt und Begrünung in der Stadt nutzen, um sie für eine aktive Beteiligung am Naturschutz und Stadtgrün zu gewinnen. Dazu sollten mehr Workshops und Exkursionen zur Wissensvermittlung angeboten werden.

Das Angebot für Baum-, Wiesen-, Streuobst- sowie Bachpat*innen, Pat*innen für die Pflege von Gehölzbeständen und Biodiversitätsbotschafter*innen soll ausgeweitet werden. Es sollen auch mehr Informationen über „alte Sorten“ im Gemüseanbau über die Kleingärten erfolgen, um den Rückgang der alten, resistenten Arten aufzuhalten und zur Erhöhung der Artenvielfalt beizutragen.

Naturnahe Mahd ausweiten. Karlsruhe hat sich zunehmend zu einem Refugium für Insekten entwickelt, da auf unseren Grünflächen keine Pestizide eingesetzt werden und der naturnahe, insektenfreundliche Rückschnitt in den letzten Jahren auf Initiative von uns GRÜNEN ausgeweitet wurde. Diese Entwicklung wollen wir weiter fördern.

Stadtbiotopkartierung und Biotopvernetzung erreichen. Das Ziel eines Biotopverbundsystems von den Bergdörfern bis zum Rhein ist immer noch nicht erreicht. Vor allem fehlt noch die im Biodiversitätskonzept geforderte Stadtbiotopkartierung, mit der Trittsteine für die Artenvielfalt von Flora und Fauna gesichert werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass die überfällige Stadtbiotopkartierung in der nächsten Ratsperiode durchgeführt wird.

Schulgärten für Kitas und Schulen ausbauen. Wir wollen erreichen, dass alle städtischen Kitas und Schulen einen Schulgarten oder Biodiversitätsprojekte einrichten können. Dazu sollen sie ein Starterbudget für Pflanzen und Geräte sowie eine fachpädagogische Beratung erhalten. Niedrigschwellige Projekte wie Biodiversitäts-Trockenmauern sollen ebenfalls berücksichtigt werden.

Urban Gardening ausweiten. Nicht alle Bürger*innen besitzen einen Garten oder einen großen Balkon. Die Flächen der Kleingärten reichen nicht aus, um allen interessierten Bürger*innen einen Zugang zum Gärtnern zu ermöglichen. Es gibt bereits gute Beispiele in Karlsruhe für gemeinschaftliches Gärtnern auf öffentlichen Flächen, wie z.B. die Fächergärten in der Oststadt oder der Mitmach-Garten in Rüppurr. Wir setzen uns dafür ein, dass Urban Gardening auf öffentlichen Flächen, auch temporären, ausgeweitet wird. Die Stadt sollte proaktiv Flächen anbieten und nicht nur auf Nachfrage reagieren.

Pilotprojekt „Essbare Stadt“ starten. Wir halten die Idee der „Essbaren Stadt“, wonach der Stadtraum auch für den Anbau von Lebensmitteln genutzt wird, für gut geeignet, um Bürger*innen wohnortnah die Möglichkeit zum Gärtnern zu geben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Pilotprojekte auf Nachfrage von Bürger*innen, die ein Konzept dafür vorlegen, zulässt. Sie sollte dafür auch bei den großen Wohnbaugesellschaften werben.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- Schulgärten für Kitas und Schulen ausbauen
- Insektenfreundliche Mahd ausweiten
- Garten- und Grünflächen für alle Bürger*innen schaffen

Umweltschutz

In einer Zeit, in der die ökologischen Herausforderungen immer drängender werden, stehen wir für einen konsequenten Umweltschutz ein. Mit einem klaren Blick auf die Zukunft möchten wir gemeinsam mit den Bürger*innen, Unternehmen und anderen Akteur*innen eine lebenswerte, nachhaltige Stadt schaffen, in der Umweltschutz nicht nur ein Wort ist, sondern gelebte Verantwortung für kommende Generationen bedeutet.

Luft sauber halten. Saubere Luft ist eine Voraussetzung für gesundes Leben von Mensch und Umwelt. Um die Lebensqualität weiterhin konsequent zu verbessern, setzen wir uns für eine Reduktion der Luftverschmutzung in und um Karlsruhe ein. Dazu zählt, flächendeckend die EU- und WHO-Grenzwerte einzuhalten. In Karlsruhe liegt auch die Immissionskonzentration von Stickstoffdioxid mittlerweile im Jahresdurchschnitt deutlich unter dem EU-Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$, wodurch die Rechtsgrundlage für eine Umweltzone entfallen ist. Daher sehen wir hier die Notwendigkeit, dass die Grenzwerte auf EU-Ebene an die WHO-Empfehlung von $10\mu\text{g}/\text{m}^3$ angepasst werden.

Die Luftqualität kann im Allgemeinen in Karlsruhe als gut betrachtet werden und die Luftqualität hat sich durch den Luftreinhalte-Aktionsplan und weitere Maßnahmen, wie z.B. schärfere EU-Abgasrichtlinien für den motorisierten Verkehr, stetig verbessert. Doch sind die Feinstaubbelastungen an stark befahrenen Straßen vereinzelt immer noch zu hoch.

Während die Lage von Karlsruhe im Rheintal den Luftaustausch durch die Inversionswetterlagen erschwert, sind es hauptsächlich der motorisierte Verkehr und industrielle Großemittenten im Karlsruher Westen, die zur Luftbelastung beitragen. Deswegen setzen wir uns für eine konsequente Verkehrswende ein, die das Ziel hat, den motorisierten innerstädtischen Straßenverkehr zu reduzieren (siehe dazu Kapitel Verkehr). Darüber hinaus wird auch die ortsansässige Industrie ihren Beitrag leisten müssen, insbesondere dadurch, dass sie die technischen Möglichkeiten zur Reinigung ihrer Emissionen ausschöpft und künftige technische Entwicklungen frühzeitig antizipiert. Denn Engagement für Luftreinhaltung darf trotz der damit verbundenen, notwendigen Investitionen nicht nachlassen. Eine Verpflichtung von Unternehmen, kommunalen Verantwortungsträgern und Aufsichtsbehörden im Land würde der Industrie die notwendige Planungssicherheit geben und gleichzeitig den langfristigen Schutz der Luft gewährleisten.

Lärm reduzieren. Stille ist ein kostbares Gut, denn zu viel Lärm macht krank. Die Stressbelastung durch Lärm kann erheblichen Einfluss auf die Gesundheit von Mensch und Tier haben. Deswegen ist Lärmschutz, vor allem zu den Nachtzeiten, besonders wichtig.

Hauptverursacher sind meist der Pkw- und Lkw-Verkehr. Durch die angestrebte Verkehrswende, den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs sowie die Reduzierung des Autoverkehrs, hin zur Aktiven Mobilität in der Stadt wird Verkehrslärm weiter reduziert. Maßnahmen wie die Ausweitung von Tempo 30 im kompletten Stadtgebiet und von Fahrradstraßen sorgen auch für einen leiseren Verkehr. An großen Verkehrsachsen und in unmittelbarer Nähe des Schienenverkehrs kann die Situation durch aktive (zum Beispiel Lärmschutzwände oder Flüsterasphalt) und passive (z.B. Schallschutzfenster) Lärmschutzmaßnahmen punktuell verbessert werden. Auch Straßenbahnen erzeugen Lärm und Erschütterungen. Bei neuen Strecken und bei Sanierungen bestehender Strecken in der Nähe von Wohnhäusern setzen wir uns für lärm- und erschütterungsreduzierende Bauweisen nach dem neuesten Stand der Technik ein.

Mit dem Lärmaktionsplan hat Karlsruhe bereits ein gutes Instrument, um unter Einbindung der Bevölkerung den Lärm in Karlsruhe wirksam zu verringern. Die bisher im Lärmaktionsplan festgelegten Ziele sind uns aber noch nicht ambitioniert genug – die Schwelle für Eingriffe muss schrittweise gesenkt werden. Auch die Deutsche Bahn ist in die Pflicht zu nehmen. Die in den letzten Jahren gebauten Lärmschutzwände waren ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt. Bei zunehmendem Zugverkehr durch den Ausbau der Schieneninfrastruktur zwischen Mannheim und Karlsruhe muss auch der Lärmschutz verbessert werden. Es ist für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen, dass in einem so dicht besiedelten Raum die Bevölkerung durch übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen geschützt wird. Nur so kann ein für einen nachhaltigen Güterverkehr enorm wichtiges Projekt konstruktiv weiter geplant werden.

Bodenschutz und Erhaltung. Boden erfüllt eine Vielzahl wichtiger Funktionen: von der Speicherung klimaschädlicher Gase bis zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln. Er trägt zum Hochwasserschutz bei und schützt das Grundwasser vor Schadstoffen. In seiner Vielfalt dient er als Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere. Der sparsame Umgang mit Grund und Boden ist daher eine wichtige Leitlinie grüner Politik.

Moorböden schützen. Wir wollen die natürlichen Funktionen und die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten und fördern. Denn Humus bindet Treibhausgase in hohem Maße. Humusanreicherung ist somit ein Beitrag zum Klimaschutz. Das gilt auch für die noch vorhandenen Moorböden im Stadtgebiet (zum Beispiel das Weingartener Moor, die Moorflächen bei Neureut, der Elfmorgenbruch), die neben ihrem Wert als naturnaher Lebensraum als Treibhausgasspeicher geschützt werden müssen.

Nachverdichtung verstärkt nutzen. Einmal versiegelte Flächen gehen dem Naturhaushalt meist unwiederbringlich verloren. Das wiederum hat Auswirkungen auf das städtische Klima. Flächensparende Bauweisen, stadtklimaverträgliche Innenentwicklung und Verzicht auf flächenintensive Straßenbau- und Infrastruktur-Maßnahmen tragen deshalb zum Bodenerhalt bei. Neue Bauprojekte sollen verstärkt auf Nachverdichtung und die Nutzung bereits versiegelter, aber brachliegender Flächen setzen.

Nachhaltige Anbaumethoden fördern. Bei der Bodenbewirtschaftung treten wir für eine schonende und umweltverträgliche Land- und Waldwirtschaft ein. Deshalb unterstützen wir Landwirt*innen bei der Umstellung auf ökologische und nachhaltige Anbaumethoden, um den Boden vor Erosion und Übernutzung zu schützen.

Altlasten sanieren. In Karlsruhe wissen wir schon heute von über 2.000 Fällen von Bodenbelastungen durch Altlasten. Um Gesundheitsgefahren für Mensch und Tier wirksam ausschließen zu können, ist das Wissen um das Bestehen solcher Bodenbelastungen eine Voraussetzung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Altlastenkataster weiterhin systematisch überprüft und aktualisiert wird, um sicherzustellen, dass flächendeckend alle relevanten Altlasten erfasst sind.

Bewusstsein schaffen. Neben konkreten Maßnahmen in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz sehen wir es als kommunale Aufgabe, das Bewusstsein der Bürger*innen für den Wert von Umwelt und Natur im Stadtgebiet zu stärken. Dazu müssen Informationen über die Umweltsituation in Karlsruhe leicht zugänglich und gut verständlich verfügbar sein. Daran anknüpfend sollte die Stadt die Bürger*innen verstärkt über individuelle Handlungsmöglichkeiten informieren und aufzeigen, wie im Haushalt, bei der Gebäudesanierung, beim Konsum sowie bei der Freizeit- und Urlaubsgestaltung Energie gespart werden kann.

Ehrenamtlichen Umweltschutz stärken. In Fragen des Umweltschutzes, der Umweltinformation und auch der Verbraucher*innenberatung leisten viele Umweltgruppen und -verbände in Karlsruhe unverzichtbare Arbeit. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Stadt ihre finanzielle und materielle Unterstützung für Gruppierungen, die im Umweltschutz tätig sind, aufstockt. Diese arbeiten überwiegend ehrenamtlich. Wie auch im Klimaschutz setzen wir uns für den Austausch und die Vernetzung der lokalen Verbände und Initiativen ein.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Luftqualität weiter verbessern*
- *Weniger Lärm durch Verkehrswende*
- *Bodenschutz durch sparsamen Umgang mit Flächen*

Tierschutz

Wir GRÜNE stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Tieren und einen starken Tierschutz. Denn auch in der Stadt sind viele Tiere zu Hause, die gerade aufgrund des besonderen städtischen Lebensumfelds unseren Schutz brauchen. Die kommunale Ebene bietet sich für konkrete, leicht vermittelbare Tierschutzarbeit besonders gut an, denn das Verständnis für einen fairen Umgang mit Tieren entsteht vor allem im unmittelbaren Kontakt mit Tieren.

Gutes Leben für Haus- und Heimtiere. Es ist uns wichtig, dass Haustiere in unserer Stadt artgerecht gehalten werden. Auch auf kommunaler Ebene kann dieses Ziel unterstützt werden. Wir GRÜNE haben uns beispielsweise erfolgreich für die Einrichtung eines kommunalen Tierschutzfonds eingesetzt. Dieser unterstützt die Arbeit von Tierschutzvereinen und Gnadenhöfen. Der ehrenamtlich organisierte Karlsruher Tierschutzverein mit seinem Tierheim spielt als städtischer Kooperationspartner eine herausragende Rolle im Tierschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass die bewährte Kooperation beibehalten und das Tierheim weiter angemessen von der Stadt finanziell unterstützt wird. Das Gleiche gilt für die vielen kleineren Vereine, die Fundtiere aufnehmen und Tierauffangstationen betreiben.

Hunde und Katzen im Blick haben. Im Juli 2023 wurde die Umsetzung der Katzenschutzverordnung auf unsere Initiative hin im Karlsruher Gemeinderat beschlossen. Die Bechippung und Kastration von Streunerkatzen reduzieren die Population und damit auch Krankheiten und Elend. Mit wesentlicher

grüner Unterstützung wurde außerdem die umzäunte Hundeauslauffläche in der Günther-Klotz-Anlage eingerichtet. Auf dieser Fläche können Hunde in einem geschützten Bereich gefahrlos miteinander spielen und sozial interagieren. Wir wollen, dass im westlichen Stadtgebiet eine weitere umzäunte Hundeauslauffläche eingerichtet wird.

Tierschutzrelevante Themen erweitern. Auf grüne Initiative wurde der Runde Tisch Tierschutz und die Stelle einer*eines ehrenamtliche*n kommunalen Tierschutzbeauftragte*n geschaffen. Damit gibt es seit Ende 2023 eine Ansprechperson für die Verwaltung sowie für Bürger*innen und auch für die zahlreichen Tierschutzvereine in Karlsruhe. Durch diese Stelle wollen wir in der kommenden Gemeinderatsperiode prüfen, ob die bisherige Tätigkeit um weitere tierschutzrelevante Themen erweitert werden sollte.

Stadttaubenkonzept umsetzen. Wir GRÜNE wollen eine tierschutzgerechte Regulierung der Stadttaubenpopulation. Es ist ein grüner Erfolg, dass das seit vielen Jahren gut funktionierende Stadttaubenkonzept weiterentwickelt und um weitere betreute Taubenschläge ergänzt wurde. Dort werden die Tauben gefüttert und das Gelege ausgetauscht, sodass die Population reguliert werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass an weiteren geeigneten Orten mit hoher Taubenpopulation Taubenschläge errichtet werden, z.B. im Sanierungsgebiet Kaiserstraße-West.

Artenschutzzentrum des Zoos Karlsruhe unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass im Karlsruher Zoo der Artenschutz weiter vorangetrieben wird. Der Zoo soll auch den Fortbestand einheimischer Wildtierarten sichern. Das Zookonzept sollte hinsichtlich der Haltung von Menschenaffen unter Berücksichtigung finanzieller und ethischer Einwände, insbesondere zur artgerechten Haltung, überarbeitet und weiterentwickelt werden.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Ehrenamtlichen Tierschutz stärken und unterstützen*
- *Weitere Flächen für Hundeauslauf schaffen*
- *Tierfreundliche Regulierung der Taubenpopulation*

Ökologische Landwirtschaft und kommunale Ernährungsstrategie

Wir haben uns bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass bis 2030 mindestens 30 bis 40 % der landwirtschaftlichen Betriebe auf ökologische Bewirtschaftung umstellen und dass freiwerdende städtische Pachtflächen prioritär an Biobetriebe verpachtet werden.

Ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe fördern. Wir wollen die gewachsene Kulturlandschaft mit Bauernhöfen in Karlsruhe erhalten. Dies ermöglicht einen Beitrag für eine wohnortnahe, regionale Versorgung unserer Bürger*innen mit Lebensmitteln. Wir wollen, dass ökologisch bewirtschaftete Flächen von der Stadt nicht für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Sollte dies in Ausnahmefällen unvermeidlich sein, sollen diese Betriebe Ersatzflächen bekommen.

Streuobstwiesen erhalten. Wir machen uns dafür stark, dass die Streuobstwiesen in unserer Region erhalten bleiben. Auch dabei müssen regionale Kooperationen gestärkt werden. Für Schulen, Familien, Betriebe und Vereine sowie Freundeskreise sollten Anreize gesetzt werden, die Pflege und Ernte zu übernehmen, damit das wertvolle Obst genutzt wird. Dazu zählt unter anderem der Zugang zu Leihgerätschaften und Saftpressen. Besitzer von Streuobstbäumen können motiviert werden, ihre Bäume durch ein Schild zur Ernte freizugeben, wenn sie selbst keinen Bedarf oder keine Kapazitäten zur Ernte haben.

Klimaschutz und Ernährung. Wir setzen uns ein für die Förderung einer gesünderen, ressourcenschonenden und pflanzenbetonten Ernährung, die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und die Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der Region.

Kommunale Ernährungsstrategie umsetzen. Als Stadt tragen wir die Verantwortung für Tausende von Schülern und Essen in den Kantinen der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften. Diesen Einfluss können wir nutzen. Wir setzen uns für eine kommunale Ernährungsstrategie ein. Diese hat das Ziel, allen Menschen in unserer Stadt eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu ermöglichen.

Bioanteil erhöhen. Mit den städtischen Kantinen wollen wir Zielvereinbarungen für die stufenweise Erhöhung des Bioanteils, die verbindliche Orientierung an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sowie die Einleitung der DGE-Zertifizierung abschließen.

Auf vegetarische und vegane Essensversorgung umstellen. Wir haben bereits erreicht, dass an den Grund- und weiterführenden Schulen eine gesunde, nachhaltige und weitgehend vegetarische Essensversorgung angeboten wird. Darüber hinaus soll es Grund- und weiterführenden Schulen sowie Kitas ermöglicht werden, auf eine vollständig vegetarische Essensversorgung umzustellen. Auch vegane Angebote sollen an den Schulen bei Bedarf angeboten werden.

Regionale Ausschreibungen testen. Derzeit besteht die Notwendigkeit, die Schulverpflegung EU-weit auszuschreiben. Dadurch kann nur wenig Einfluss auf regionale und saisonale Produkte sowie Qualität genommen werden. Wir setzen uns deshalb für Pilotprojekte an einzelnen Schulen ein, die eine Eigenbewirtschaftung bei der Schulverpflegung wünschen, um Kooperationen mit regionalen Unternehmen zu erproben.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Gesünderes und nachhaltigeres Essen in öffentlichen Kantinen durch eine kommunale Ernährungsstrategie*
- *Transportwege in öffentlichen Ausschreibungen ehrlich bepreisen, um regionale Unternehmen zu stärken*
- *Bei der Vergabe landwirtschaftlicher Pachtflächen ökologische Betriebe bevorzugen*

Daseinsvorsorge

Es gehört zu unseren Überzeugungen, dass die öffentliche Infrastruktur zuverlässig, zugänglich und erschwinglich sein sollte. Daher muss sie in öffentlicher Hand bleiben. Dies beinhaltet für uns GRÜNE die Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Energie- und Wärmeversorgung, digitale Infrastruktur, städtische Verwaltung, den ÖPNV, Schwimmbäder, Sportanlagen, Schulen, Kindergärten, Kitas sowie weitere soziale und kulturelle öffentliche Einrichtungen, welche wichtige Grundbedürfnisse erfüllen.

Digitale Infrastruktur ausbauen. Eine verlässliche digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Stadt. Kernprojekte der Digitalisierung sind für uns der Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes im Stadtgebiet, die Vernetzung von Akteur*innen der Digitalwirtschaft und der Ausbau von freiem und gut funktionierendem WLAN in Karlsruhe.

Zugang zu ausreichend sauberem Wasser gewährleisten. Zugang zu sauberem Wasser ist essenziell für Mensch, Wirtschaft und Natur und spielt eine zentrale Rolle in der Daseinsvorsorge. Besonders in Hitzezeiten ist es wichtig, für alle Bürger*innen leichten Zugang zu kostenlosem, sauberem Trinkwasser zu sichern. Zudem setzen wir uns für Trinkwasserbrunnen an belebten Orten in Karlsruhe ein und reduzieren damit auch Plastikmüll.

Wasserverbrauch senken. Es ist wichtig, den Wasserverbrauch zu senken und Grauwasser zu nutzen, wo es möglich ist. Die Stadt Karlsruhe sollte prüfen, welche Maßnahmen zur Wassereinsparung noch getroffen werden können und wo gereinigtes Grauwasser sinnvoll eingesetzt werden kann.

Müll vermeiden. Müllvermeidung ist ein wichtiges Ziel auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Wenn Müll nicht vermieden werden kann, muss er richtig entsorgt werden, um bestmöglich recycelt werden zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass Initiativen von Bürger*innen, die Gebrauchsgegenstände reparieren, tauschen oder ausleihen, unterstützt werden.

Kommunale Verpackungssteuer einführen. Wir wollen eine kommunale Verpackungssteuer einführen. Davon erhoffen wir uns eine Reduktion von To-go-Verpackungen. So werden Konsument*innen und Unternehmen in die Verantwortung genommen, Müll zu vermeiden.

Müll recyceln. Die Grundsätze der Abfallwirtschaft sind: Vermeiden, Verwerten, Entsorgen. Wenn Müll nicht vermieden werden kann, muss er konsequent getrennt und recycelt werden. Mülltrennung und -vermeidung können Entsorgungskosten und negative Umweltauswirkungen reduzieren. Initiativen wie die Bechippung von Tonnen, Informationskampagnen und eine Verpackungssteuer können dazu beitragen. Firmen und Dienstleistungsbetriebe müssen ebenfalls ihren Beitrag leisten, um möglichst viele Rohstoffe in den Kreislauf zurückzuführen. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen könnten hier Beratungsbedarf haben, der durch eine lokale Effizienzagentur gedeckt werden könnte.

Bürger*innen sensibilisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger*innen für das Thema Müll sensibilisiert werden. Eine wichtige Aufgabe wird sein, dass Bürger*innen weniger Zigarettenkippen und anderen Müll auf Straßen, Plätzen und in Parks hinterlassen. Wir setzen uns ebenfalls weiterhin dafür ein, dass bei Ausschreibungen der Müllverwertung ökologische Standards eingehalten werden.

Zugang zu Wertstoffhöfen sicherstellen. Wertstoffhöfe spielen eine wichtige Rolle beim Thema Recycling und Sperrmüllentsorgung. Es ist uns ein großes Anliegen, dass alle Bürger*innen kurze Wege zum nächstgelegenen Wertstoffhof haben. Dort können sie ihren anfallenden Sperrmüll oder Gartenabfälle entsorgen, was die Müllmenge der privaten Haushalte entlastet und die Mülltrennung verbessert. Kund*innengerechte Öffnungszeiten sind eine wichtige Voraussetzung dafür. Hierfür setzen wir uns im Betriebsausschuss „Team Sauberes Karlsruhe“ ein.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Den Glasfaserausbau vorantreiben*
- *Informationskampagnen für weniger Müllproduktion und korrekte Mülltrennung*
- *Das Angebot der Wertstoffhöfe und der Sperrmüllentsorgung verbessern*

Finanzen und Haushalt

Generationengerecht wirtschaften. Im Zentrum grüner Haushaltspolitik steht die Generationengerechtigkeit: Belastungen sollen nicht in die Zukunft verschoben werden. Die Verschuldung der Stadt Karlsruhe ist bis Ende des Jahres 2023 auf rund 430 Millionen Euro angestiegen und wird gemäß des eingebrachten Doppelhaushalts 2024/2025 weiter deutlich ansteigen. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenzutreten. Wir stellen uns der Notwendigkeit, die Schuldenaufnahme abzubauen und die Verschuldung mittelfristig wieder zu senken. Dazu streben wir einen mindestens ausgeglichenen Ertragshaushalt an, um einen größeren Teil unserer Investitionen direkt selbst finanzieren zu können.

Ein Überschuss im Ertragshaushalt bedeutet, dass die Stadt Karlsruhe wieder mehr Einnahmen erwirtschaften soll, als für die laufenden Ausgaben aufgewendet werden muss. So wollen wir die notwendigen Finanzmittel für die städtischen Investitionen in die Zukunft bereitstellen, während die

gesetzlich verpflichtende Schuldenbremse eingehalten wird. Diese Investitionen sind für einen Wandel zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Stadt notwendig. Sanierungstau bei städtischen Infrastrukturen, vor allem bei Gebäuden wie z.B. Schulen, darf es nicht geben, weil wir dann die finanziellen Belastungen der nächsten Generation aufbürden. Im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik streben wir an, Investitionen nur in Ausnahmefällen durch Schulden zu finanzieren und nur dann, wenn sie wichtigen Zukunftsaufgaben wie dem Klimaschutz oder der Sicherung der städtischen baulichen Infrastrukturen dienen. Die Stadt Karlsruhe wird die notwendigen Investitionen für den Erhalt und die Klimaneutralität ihrer Gebäude ohnehin für die Ertüchtigung der Versorgungsinfrastrukturen nicht allein stemmen können. Für diese Pflichtaufgaben sind zusätzliche Bundes- und Landesprogramme zur Kofinanzierung erforderlich.

Großprojekte prüfen. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und Raum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, müssen insbesondere Großprojekte und langfristige Festlegungen, wie z.B. die Schaffung von neuen Stellen in der Verwaltung, im Voraus gründlich geprüft und abgewogen werden. Oft entstehen aus den Folgekosten von Großprojekten erhebliche Belastungen für zukünftige städtische Haushalte. Grüne Haushaltspolitik bedeutet, unangemessene Belastungen zukünftiger Generationen zu vermeiden.

Die wesentlichen kommunalen Ertragssteuern sind die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Aufgrund der Grundsteuerreform, die ab 2025 wirksam wird, besteht derzeit eine große Unsicherheit hinsichtlich der tatsächlichen zukünftigen Steuerlast. Wir unterstützen das Bodenwertmodell als Grundprinzip der Reform, wonach Grundstücke nach ihrem Potenzial bewertet und eine effiziente Ausnutzung des Grundstücks belohnt wird. Wir GRÜNE sind dafür, dass die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral umgesetzt werden und keine allgemeine Steuererhöhung darstellen soll.

Die wesentlichen weichen Standortfaktoren für Unternehmen sind schwer messbar. Es ist jedoch bekannt, dass die Versorgung mit Kitaplätzen, das kulturelle Angebot und die Lebensqualität der Stadt eine entscheidende Rolle bei der Gewinnung von Fachkräften spielen. All diese Faktoren werden von der Allgemeinheit und damit auch durch die Stadt Karlsruhe finanziert. Stabile Gewerbesteuern sorgen für ein solides gesellschaftliches Fundament.

Als Kommune können wir weitere Steuern erheben, um den direkten Aufwand der Stadt zu finanzieren oder um ein gemeinwohlorientiertes Verhalten zu fördern. Dazu zählen Steuerarten wie die Betten-, Hunde-, Vergnügungs- oder Verpackungssteuer. Auch eine Form der Nahverkehrsabgabe soll zu einer nachhaltigeren Mobilität beitragen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Die Reform der Grundsteuer aufwandsneutral realisieren*
- *Neue Großprojekte kritisch hinterfragen, um Sanierungsvorhaben nicht zu gefährden*
- *Kommunale Lenkungssteuern unterstützen – wie z.B. eine Verpackungssteuer oder eine Nahverkehrsabgabe, die dazu beitragen, den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken.*

Für Chancengerechtigkeit

Wir stehen für eine Stadt, in der alle die gleichen Chancen haben – und zwar von Anfang an und ein Leben lang: von der frühen Kindheit bis ins Alter. Wir wollen Familien unterstützen und die frühkindliche Bildung für alle Kinder voranbringen. Gerade unsere Jüngsten verdienen unsere Aufmerksamkeit, um sich ungeachtet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Elternhauses frei entfalten zu können. Auch bei der Weiterbildung, der Gesundheitsversorgung, beim Leben im Alter und beim Wohnen legen wir unseren Schwerpunkt auf die Chancengerechtigkeit.

Der soziale Ausgleich steht kontinuierlich auf der Agenda unserer Karlsruher Sozialpolitik. Denn die Kluft zwischen Arm und Reich wächst stetig, beschleunigt durch die Corona-Pandemie, hohe Energiepreise und Inflation. Durch ergänzende kommunale Angebote schaffen wir eine solidarische Stadt für alle. In dieser Stadt sollen sich auch alle gleich sicher fühlen.

Armutsbekämpfung

Wir wollen weiterhin an den Stellschrauben im Bereich Armutsbekämpfung drehen, die uns kommunalpolitisch zur Verfügung stehen. Denn das Bürgergeld und die Grundsicherung sollen das Existenzminimum sichern. Doch die Regelsätze sind zu niedrig und reichen für ein würdevolles Leben nicht aus.

Armut führt zu Stress. Besonders betroffen sind Kinder, denn der Stress ihrer Eltern überträgt sich auf die gesamte Familie. Die hohe Zahl von etwa 4.500 Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren aus benachteiligten Familien in Karlsruhe ändert sich leider nicht gravierend. Weiterhin besonders betroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Geflüchtete und insbesondere Migrant*innen, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschen.

Die Kommunen können die Defizite nur teilweise ausgleichen. Wir wollen die vorhandenen Spielräume nutzen und werden uns weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, die Regelsätze zu erhöhen.

Unterstützung der Trägerlandschaft und Heimstiftung. Die soziale Infrastruktur spielt eine zentrale Rolle, insbesondere für Menschen mit weniger Ressourcen in Krisenzeiten. Daher werden wir weiterhin unsere vielfältige Trägerlandschaft unterstützen, insbesondere die Heimstiftung. Als Tochtergesellschaft der Stadt leistet die Heimstiftung wertvolle Arbeit als Sprachrohr für die Gruppen, die keine ausreichende Vertretung haben: Kinder, Jugendliche und ältere Menschen.

Ausbau der Sozialpässe erreichen. Der Karlsruher Pass ermöglicht eine gewisse Teilhabe durch Tarifiereduktionen bei den beteiligten Institutionen und Unternehmen. Wir wollen die Leistungen der Sozialpässe für Kinder und Erwachsene ausbauen und bekannter machen.

Kooperation mit den Tafeln ausbauen. Die Tafeln leisten einen wichtigen Beitrag zur Existenzsicherung von Mitbürger*innen, die von Armut bedroht sind, und zum Vorgehen gegen Lebensmittelverschwendung. Wir fordern die Stadt auf, den Lebensmitteleinzelhandel zu Lebensmittelspenden an die Karlsruher Tafeln zu bewegen. Wir werben für eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Karlsruhe, um Lebensmittelhersteller zu verstärkter Kooperation mit den Tafeln zu ermutigen. Das langfristige Ziel sollte auch sein, die Zusammenarbeit der Tafeln mit anderen Organisationen zur Lebensmittelrettung auf eine solide Basis zu stellen.

Mehr Aufklärungsarbeit zu Armut im Alter. Die steigende Altersarmut ist ein ernstes Problem. Vor allem Frauen* sind betroffen. Besonders in der älteren Generation ist die Unkenntnis über Unterstützungsmöglichkeiten hoch und die Scham, zum „Amt“ zu gehen, ist groß. Daher bezieht ein hoher Prozentsatz bedürftiger älterer Menschen keine Leistungen, obwohl sie ihnen zustehen. Die Sozial- und

Jugendbehörde soll hier verstärkt Aufklärungsarbeit leisten, z.B. über die Quartiersarbeit, aber auch über präventive Hausbesuche und Kampagnen.

Energiearmut ist vermeidbar. Wir wollen erreichen, dass es in unserer Stadt keine Energiearmut gibt. Dazu muss der Umfang und das Ausmaß der Betroffenheit systematisch erfasst werden. Es soll geprüft werden, ob eine aufsuchende Hilfe sinnvoll ist, um Hürden abzubauen.

Quartiersarbeit stärken. Ziel der sozialen Quartiersarbeit ist es, Ehrenamtliche, Vereine und Träger in einem Quartier zu vernetzen, um den Zusammenhalt zu stärken. Dabei sollen alle Gruppen Berücksichtigung finden und auch kurzfristige, spontane Ideen sollten unterstützt werden. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau der Quartiersarbeit auf weitere Stadtteile und für die Koordination und Steuerung der sozialen Quartiersarbeit durch die Stadt ein.

Teilhabe für Menschen in Grundsicherung. Wir setzen uns dafür ein, die Anzahl der Plätze in Programmen zur Aktivierung und Beschäftigung für Menschen in der Grundsicherung auszubauen. Dadurch wird erwerbsunfähigen Menschen und Rentner*innen in der Grundsicherung ein sinnvolles Leben, Tagesstruktur und die Möglichkeit, mit anderen Menschen zusammenzukommen, gegeben.

Notwendige psychiatrische Versorgung wohnungsloser Menschen gewährleisten. Wir unterstützen weiterhin die Fortführung der niederschweligen und aufsuchenden psychiatrischen Versorgung von wohnungslosen Menschen. Dieses Konzept soll auf weitere Einrichtungen für Wohnungslose ausgeweitet werden.

Beratung für sogenannte 24-Stunden-Betreuerinnen. Vor allem Frauen* aus Osteuropa, die als sogenannte 24-Stunden-Betreuerinnen (Betreuung von Senior*innen in Familien) leben, sind oft von Ausbeutung und Menschenhandel bedroht. Wir werden darauf achten, dass eine Beratungsstelle für die sogenannten 24-Stunden-Betreuerinnen weiterhin unterstützt und fortgeführt wird.

Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut unterstützen. Das Präventionsnetzwerk des Landes leistet auch in Karlsruhe einen wichtigen Beitrag gegen Kinderarmut. In einzelnen Stadtteilen werden derzeit Pilotprojekte zur Teilhabe im Quartier durchgeführt. Wir machen uns dafür stark, künftig die Erkenntnisse für die gesamte Stadt zu nutzen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- Leistungen der Sozialpässe ausbauen
- Die soziale Quartiersarbeit ausweiten
- Wohnungslose Menschen psychiatrisch versorgen

Familien, Kinder, Jugend

Wir unterstützen Familien in allen Formen und Modellen: Verheiratete mit Kindern, Alleinerziehende, Pflegefamilien, Regenbogenfamilien, nichteheliche Familien, Patchworkfamilien und wir fördern den Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Wir stellen die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Sie haben unter der Corona-Pandemie besonders gelitten. Viele Kinder benötigen psychiatrische Versorgung und besondere schulische Unterstützung. Beides wird nicht ausreichend geleistet. Ein hoher Anteil ist von Armut betroffen. Es ist beschämend, dass die Kinderarmut sich in 20 Jahren kaum verändert hat.

Familien durch Kita- und Pflegeplätze entlasten. Familien sorgen füreinander – für Kinder, für Angehörige mit Behinderung, für pflegebedürftige Menschen. Wir wollen, dass Familien entlastet werden.

Sie sind häufig dem Stress ausgesetzt, mit der Sorgearbeit für die Kinder oder Senior*innen, Arbeit und den finanziellen Belastungen durch hohe Mieten und hohe Energiepreise gleichzeitig zurechtzukommen. Deshalb ist uns wichtig, Kitaplätze auszubauen. Wir setzen auf die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) sowie Leitungszeiten zur Entlastung des Personals. Auch den Ausbau von Ganztagschulen treiben wir weiter voran.

Als Kommune haben wir die Verantwortung, Pflegeplätze bereitzustellen und ältere Menschen zu unterstützen. Familien kommen hier an ihre Grenzen. Ausreichend Kitaplätze und Senior*innenpflegeplätze tragen dazu bei, dass Familien, insbesondere Frauen*, Fürsorgearbeit und Berufstätigkeit vereinbaren können. Wir möchten die Unterstützung bei der Betreuung und Beratung von Familien mit Kindern mit Behinderungen verbessern und ein ausreichendes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen schaffen.

Raum für Kinder sicher gestalten. Kinder sollen sich möglichst frei bewegen, ihren Nahraum erkunden und nach und nach Selbstständigkeit entwickeln können. Wir wollen die Stadt für Kinder attraktiver machen, indem wir mehr öffentlichen Raum für Spiele und Begegnungen schaffen. Auf unseren Antrag hin führt das Kinderbüro Karlsruhe die Aktion „Karlsruhe spielt!“ jährlich durch – das wollen wir fortführen. Im Jahr 2023 gab es über 60 Aktionen an verschiedenen Stellen in der Stadt. Kinderspielplätze möchten wir zu inklusiven Begegnungsorten ausbauen. Bei der kinderorientierten Stadtentwicklung sollen Kinder zukünftig beteiligt werden.

Begegnungsräume für Jugendliche schaffen. Wir fordern mehr Räume speziell für Jugendliche, wo sie sicher und angemessen ihre Freizeit gestalten können. Wir brauchen Orte, an denen Jugendliche auch abends ohne Proteste von Anwohner*innen verweilen können. Daher setzen wir uns dafür ein, dass solche Begegnungsorte bei der Stadtplanung berücksichtigt werden und Jugendliche an der Planung für die konkrete Gestaltung beteiligt werden. Sowohl das Beteiligungsverfahren als auch die Umsetzung sollten unter Einbeziehung von Jugendlichen aller Geschlechter erfolgen.

Jugendarbeit ausbauen. Um Jugendlichen in allen Quartieren die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen, haben wir den Ausbau der Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen interfraktionell vorangetrieben. Angebote des Stadtjugendausschusses wollen wir weiter unterstützen, bis hin zu einem flächendeckenden Netz von Jugendtreffs und Zentren in allen Stadtteilen, die in ganz Karlsruhe bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Damit sie allen zur Verfügung stehen, müssen die Angebote barrierefrei und unabhängig von finanziellen Mitteln zugänglich sein.

Kinder- und jugendgerechte Gesundheitsförderung. Ein gesundes Leben beginnt in der Kindheit. Wir möchten die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in deren Lebenswelt bringen und somit Zugangsbarrieren abbauen. Hierzu gehört Aufklärung zu den Themen Ernährung, Bewegung, Sexualität, mentale Gesundheit, Suchtprävention und der Umgang mit digitalen Medien.

Jugendhilfe in den Fokus rücken. Der Jugendhilfemonitor zeigt dramatisch steigende Bedarfe in verschiedenen Themenbereichen. Wir wollen die Kernthemen der Jugendhilfe, wie z.B. Erziehungshilfen und Heimerziehung, wieder in den Fokus des Jugendhilfeausschusses rücken. Wir wollen die Standards im Bereich der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in herausfordernden familiären Situationen erhalten. Rechtsansprüche auf Hilfe zur Erziehung sollen als Pflichtleistungen der Kommune gemessen an den tatsächlichen Bedarfen vollständig erfüllt werden.

„Verschwundene“ Jugendliche unterstützen. Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben. Dennoch bleiben immer mehr Jugendliche dauerhaft der Schule fern. Um diese Schüler*innen in das Regelschulsystem zurückzuführen und zu integrieren, wollen wir Reintegrationsangebote ausbauen. Es braucht vermehrte und kreative Anstrengungen von Jugendhilfe und Jobcenter, um arbeitslose und teilweise „verschwundene“ Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren auf den Bildungs- und Arbeitsweg zu bringen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Familien durch ausreichend Kita- und Pflegeplätze entlasten*
- *Öffentliche Räume für Kinder sicher gestalten: kinderorientierte Stadtentwicklung voranbringen*
- *„Verschwundene“ Jugendliche durch Reintegrationsangebote in den Bildungs- und Arbeitsweg zurückführen*

Frühkindliche Erziehung und Kinderbetreuung

Auf den Anfang kommt es an: Die Grundlagen für die kindliche Entwicklung und die Teilhabemöglichkeiten liegen in der frühen Kindheit. Zudem ist die frühkindliche Betreuung zentrale Stellschraube bei der Gleichstellung der Geschlechter. Es ist also zukunftsweisend, in diesen ersten Lebensjahren auf intensive öffentliche Investitionen zu setzen. Die Arbeit der Kindertagesstätten muss gestärkt werden.

Kita-Ausbau vorantreiben. Zuverlässige Betreuung ist die Grundlage für gleichberechtigte Teilnahme aller Sorgeberechtigten am Erwerbsleben, die gerechte Aufteilung der Familienarbeit und die finanzielle Absicherung bis zur Rente. Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind in Karlsruhe ab dem ersten Lebensjahr einen Platz in einer Kita oder bei Tageseltern in Anspruch nehmen kann. Trotz des Rechtsanspruchs fehlen jedoch immer noch Plätze, und der Ausbau schreitet nur langsam voran. Bei neuen Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, auch Kitas in den Bebauungsplänen vorzusehen.

Attraktive Arbeitsumgebung schaffen. Neben dem langsamen Ausbau der Plätze ist der Personalmangel das größte Problem in der frühkindlichen Bildung. Die Kommunalpolitik hat nur begrenzten Einfluss auf tarifliche Vereinbarungen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen verbessern, z.B. durch qualitativ hochwertige Ausstattung und Verbesserungen am Arbeitsplatz (z.B. durch attraktive Kita-Ausstattung). Führungskräfte sollten durch die Delegation von Verwaltungsaufgaben an nicht-pädagogisches Personal entlastet werden. Ähnlich wie eine Grundschule benötigen Kitas Verwaltungsstunden durch entsprechendes Personal.

Ausbildungskapazitäten erweitern. Der Bedarf an Plätzen in der frühkindlichen Bildung wird in Zukunft weiter stark zunehmen. Wir setzen uns für eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten ein. Dazu gehört auch die praxisintegrierte Ausbildung (PiA). Sie ermöglicht Quereinsteiger*innen den Wechsel in den Erzieherberuf. Mit unserem Antrag im Gemeinderat haben wir erreicht, dass die Stadt Karlsruhe die Anzahl der Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung deutlich erhöht hat.

Alternative Konzepte für die Kinderbetreuung in Randzeiten umsetzen. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung mit den übergeordneten Behörden alternative Konzepte für die Kinderbetreuung zusätzlich zur frühkindlichen Bildung zu den Randzeiten – und zu den gekürzten Zeiten – zusammen mit den Kita-Träger*innen umsetzt. Die gesetzlichen Hürden für derartige ehrenamtliche Konzepte sind hoch, aber besonders Alleinerziehende und Familien ohne Netzwerke sind darauf angewiesen.

Plätze nach transparenten Kriterien vergeben. Rund 80 % der Karlsruher Kitas sind in freier Trägerschaft, nur 20 % in städtischer. Unabhängig von der Trägerschaft müssen die Plätze nach transparenten und fairen Kriterien vergeben werden. Derzeit erfolgt die Platzvergabe dezentral und ist nicht öffentlich nachvollziehbar. Wir wollen das Kita-Portal zu einem hilfreichen Instrument für die Platzvergabe weiterentwickeln.

Beiträge gerechter staffeln. Um frühe Selektion zu vermeiden, müssen Zugänge zur frühkindlichen Bildung für alle attraktiv und erreichbar gestaltet werden. Es darf keine Kitas erster und zweiter Klasse geben, die Beiträge der Kitas müssen an allen Orten der Stadt gleich und bezahlbar bleiben bzw. werden.

Wir werden uns für eine Staffelung der Elternbeiträge nach Haushaltseinkommen einsetzen. Familien mit geringem Einkommen können schon heute eine hälftige oder vollständige Beitragsbefreiung beantragen. Wir halten neben einer Vereinfachung des Antragsverfahrens eine weitere Staffelung der Kitabeiträge nach dem Einkommen der Eltern, die nicht unter die Beitragsfreiheit fallen, für die sozial gerechteste Lösung. Mit dieser Vorgehensweise können die Kitabeiträge in Karlsruhe nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Auch die Geschwisterkindregelung wollen wir gerechter gestalten.

Krippenbeiträge reduzieren. Gruppen für Kinder unter drei Jahren sind tendenziell teurer als für Kinder über drei Jahren. Sie werden eher von Kindern aus finanziell gut situierten Familien besucht. Wir wollen Chancengleichheit zum Schuleintritt für alle Kinder aus Familien jeglichen Milieus gewährleisten. Deswegen setzen wir uns dafür ein, Krippenbeiträge anzugleichen.

Standards für Familienzentren einführen. Im Einklang mit der Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene unterstützen wir den Ausbau von Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe. Sie sollen an Kindertageseinrichtungen angebunden werden, die vor besonderen Herausforderungen stehen und an denen der Anteil von Kindern, die von Armut und Bildungsbenachteiligung betroffen sind, besonders hoch ist. Wir wollen erreichen, dass Standards für Familienzentren als Orte für niedrigschwellige Beratung und Unterstützung für Kinder und Familien weiterentwickelt werden.

Zielgerichtete Hilfe für alle Kinder anbieten. Im Sinne der Teilhabe aller Kinder und Familien setzen wir auf ein umfassendes Verständnis von Inklusion. Kitas sind erste institutionelle Lernorte für Kinder. Unser Ziel ist eine bessere Ausstattung der Eingliederungshilfen und das Bereitstellen eines unbürokratischen Weges, damit Förderungen schnell auf die Bedürfnisse der Kinder, der Familien und der Einrichtungen abgestimmt und umgesetzt werden können. Ein nicht unerheblicher Anteil der Kinder zeigt Symptome emotionaler und psychischer Instabilität. Langfristige negative Folgen für die psychische Gesundheit können drohen. Gerade in jungen Jahren kann eine qualitativ hochwertige frühkindliche Einrichtung das Kind und die Familie stabilisieren und langfristige gesundheitliche und/oder psychische Folgen vorbeugen. Oft jedoch werden Kinder, die aufgrund ihrer emotionalen und psychischen Instabilität für besondere Herausforderungen in den Einrichtungen sorgen, aus den Kitas selektiert oder erhalten nur wenige Stunden pädagogische Angebote pro Tag oder Woche. Eltern und Kinder werden im Stich gelassen. Das wollen wir ändern.

Wir fordern eine inklusive und gerechte Versorgung für alle Kinder, unabhängig davon, ob sie körperlich, seelisch oder geistig erhöhten Betreuungsbedarf haben. Wir lehnen die Selektion von Kindern ab und fordern im Sinne unseres Verständnisses von Inklusion zielgerichtete Hilfe für die Kinder in den Kindertageseinrichtungen.

Sprachförderung fortsetzen. Die alltagsintegrierte Sprachförderung für Kinder mit einem zusätzlichen Bedarf hilft allen Kindern, vor allem aber Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sowie Kindern aus benachteiligten Familien. Wir setzen uns dafür ein, dass die alltagsintegrierte Sprachförderung auch nach Auslaufen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ fortgesetzt wird.

Tagespflegepersonen gut ausstatten. Neben den Kitas spielt die Kindertagespflege eine wichtige Rolle in der frühkindlichen Bildungslandschaft unserer Stadt. Daher setzen wir uns weiterhin für eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung sowie der Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Tagespflegepersonen ein.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Sprach-Kitas zur alltagsintegrierten Sprachförderung fortsetzen*
- *Alternative Konzepte zur Kinderbetreuung in Randzeiten erarbeiten*
- *Elternbeiträge gerechter gestalten und nach Haushaltseinkommen staffeln*

Schulen für die Zukunft

Schulen sind Orte der Zukunft. Durch die umfassende Ausstattung der städtischen Schulen können wir als Kommune den Bildungserfolg der kommenden Generationen mitgestalten. Wir möchten weiterhin in diese für Kinder und Jugendliche so prägenden Orte investieren.

Schule als Lebensort für alle. Für uns ist Schule nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort. Schule muss ein attraktiver Raum sein, der den Bedürfnissen junger Menschen gerecht wird und an dem Kinder und Heranwachsende in allen Lebenslagen Rat und Unterstützung angeboten bekommen. Auch für Lehrkräfte und das weitere Personal müssen Schulen ein guter und geschätzter Arbeitsplatz sein.

Aufenthaltsqualität steigern. Wir wollen die Aufenthaltsqualität an Schulen steigern durch moderne Lernräume und ansprechende Schulhöfe. Mit Hilfe klimafreundlicher Mobilitätskonzepte wollen wir zusätzlich die Schulwege attraktiver gestalten. Um dem Lehrkräftemangel zu begegnen, möchten wir den Arbeitsort Schule mit attraktiven Arbeitsplätzen und Pausenräumen für Lehrkräfte ausstatten. Im Hinblick auf die Klimaanpassung wollen wir unsere Schulen künftig mit Trinkwasserspendern, ausreichend Schatten auf dem Schulhof und Lernräumen mit erträglichen Temperaturen an Hitzetagen ausstatten.

Ausbau von Ganztageschulen voranbringen. Ganz besonders profitieren Kinder aus bildungsfernen und/oder aus sozial benachteiligten Familien sowie zugewanderte Kinder von Ganztagsgrundschulen. Aufgrund des geplanten Rechtsanspruchs für eine Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026 müssen zeitnah die räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ab 2026 eine verbindliche Ganztagschule für alle Grundschulkindern in zumutbarer Entfernung vom Wohnort zur Verfügung steht. Der Hort in seiner Ausgestaltung als Jugendhilfeeinrichtung soll auf seine ursprüngliche Aufgabenstellung zurückgeführt werden und nur für Kinder mit einem besonderen Förderbedarf zur Verfügung stehen. Als Alternative zum Hort soll die modulare Nachmittagsbetreuung nach dem Modell der Viktor-von-Scheffel-Grundschule an allen anderen Grundschulen bei Bedarf eingeführt werden. Wir wollen, dass die Gebühren dabei nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt werden.

Schulen barrierefrei gestalten. Wir setzen uns im Rahmen unserer kommunalen Zuständigkeit für die Entwicklung der Barrierefreiheit an allen Schulen ein, die sukzessive umgesetzt werden muss. Wir wollen die Schulen bei ihrer inklusiven Weiterentwicklung aktiv unterstützen. Dabei sollen die Einrichtung von Differenzierungsräumen gefördert und, wo kommunale Spielräume bestehen, die bürokratischen Hürden bei der gesetzlich verankerten Eingliederungshilfe abgebaut werden. Die Mittel für die Elternlotsen des Vereins Eltern für Inklusion (EFI) müssen dauerhaft erhalten und dynamisiert werden.

Städtischer Jugendhilfe-Sozialmonitor für bedarfsgerechte Angebote einführen. Für alle Beteiligten sollte die Schule ein Schutzraum sein und Unterstützungsstrukturen bieten. Mittlerweile sind fast alle Schulen in Karlsruhe mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Unser Ziel bleibt eine vollständige Versorgung aller Schüler*innen. Mit Hilfe des städtischen Jugendhilfe-Monitorings möchten wir künftig bedarfsgerechter und frühzeitiger Problemlagen erkennen und mit einer Ausweitung des Angebots von Schulsozialarbeit und psychologischen Angeboten an den betroffenen Schulen reagieren. Über Werbekampagnen möchten wir die bestehenden Hilfsangebote bei Lehrkräften und Jugendlichen bekannter machen. Darüber hinaus möchten wir Projekte fördern, die sich mit Demokratiebildung, Diskriminierung, Mobbing, mentaler Gesundheit, Schul- und Prüfungsangst, Fluchterfahrung und LSBTIQA*-Identitäten beschäftigen.

Schulen um genderneutrale Toiletten ergänzen. Alle Schulgebäude möchten wir zusätzlich mit genderneutralen Toiletten und Umkleieräumen ausstatten. Das kostenlose Angebot von Menstruationsartikeln, das derzeit an zwei Schulen getestet wird, möchten wir auf alle Schulen in Karlsruhe ausweiten.

Bildungsangebote ausbauen. Vor allem Kinder aus bildungsfernen und benachteiligten Familien profitieren von zusätzlichen Bildungsangeboten. Wir möchten kommunale Bildungsangebote wie Schule

und Kultur, Umwelt- und Naturschutz oder Kooperationen zwischen Schule und Sport erhalten und bedarfsgerecht erweitern. Mit zusätzlichen qualifizierten Sportangeboten möchten wir die sportmotorischen Fähigkeiten der Schüler*innen verbessern und ihre Freude an der Bewegung wecken. Wir möchten allen Schüler*innen die Möglichkeit zum Gärtnern geben und deshalb die Schulgartenarbeit an allen Schulen fördern.

Schule in der digitalen Welt entwickeln. Durch die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung der Karlsruher Schulen einen großen Sprung gemacht. Während die Versorgung unserer Schulen mit IT-Infrastruktur und Hardware auf einem guten Weg ist, liegt die größte Herausforderung nun im Support der schulischen IT. Deshalb brauchen wir mehr digitale Hausmeister*innen, die sich um die Wartung von Software und Hardware sowie um die Bereitstellung technischer Unterstützung an Schulen kümmern. Unter Beteiligung aller zentralen Akteur*innen wollen wir zudem Wege finden, die komplexe IT-Landschaft der Karlsruher Schulen zu vereinfachen und gleichzeitig die IT-Sicherheit weiter zu erhöhen.

Finanziell solide ausstatten. Starke Schulen benötigen eine solide finanzielle Ausstattung, um z.B. die konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit zu gewährleisten. Die Kürzung der Schulbudgets im Rahmen der Haushaltssicherung sollte daher eine Ausnahme bleiben. Wir fordern eine Dynamisierung der Schulbudgets, damit diese künftig bei Kostensteigerungen automatisch erhöht werden. Um ihre wachsenden Aufgaben bewältigen zu können, sind Schulen auf viele Partner*innen angewiesen. Daher setzen wir uns weiterhin für eine ausreichende Förderung von Elterninitiativen und außerschulischen Bildungsträger*innen ein. Um die Bildungschancen von Schüler*innen aus finanziell schwachen Familien zu stärken, möchten wir bestehende finanzielle Unterstützungsangebote an den Schulen bekannter machen und den Zugang zu diesen Mitteln durch ein vereinfachtes digitales Antragsverfahren erleichtern.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Jugendhilfe-Sozialmonitor als Instrument für rasches, bedarfsgerechtes Handeln aufbauen*
- *Technischen Support an Karlsruher Schulen verbessern*
- *Dynamisierung des Schulbudgets zur Bewältigung der wachsenden Aufgaben*

Berufsbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Nicht alle starten mit gleichen Voraussetzungen, aber jede*r Einzelne in unserer Gesellschaft leistet einen wertvollen Beitrag – gerade im Berufsleben und angesichts des demografischen Wandels. Wir wollen deshalb unseren Teil dazu beitragen, Menschen jeden Alters solide Berufschancen zu bieten: Das heißt vor allem einen Zugang zu Bildungsangeboten ermöglichen. Das erfordert für junge Menschen eine fundierte Schulausbildung und ausreichende Berufsorientierung. Hinzu kommen für uns als wichtige Aufgaben die Integration von jungen Geflüchteten, lernschwachen Jugendlichen und die Inklusion in allen Schularten.

Wir möchten deshalb Berufsbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen als Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe fördern. Gleichzeitig wollen wir Ausbildungsberufe stärken.

Berufsausbildung attraktiv machen. Wir setzen uns für praxisnahe Fördermöglichkeiten für zukünftige Auszubildende ein. Dies kann beispielsweise durch von der Stadt geförderte Orientierungsmaßnahmen erfolgen.

Berufliche Schulen ausstatten. Auf unserem Stadtgebiet gibt es elf berufliche Schulen und eine große Anzahl weiterer Schulen, die Berufsausbildungen anbieten. Sie alle müssen sich ständig weiterentwickeln, um die wandelnden Ausbildungsinhalte in Theorie und Praxis adäquat zu vermitteln. Wir GRÜNE unterstützen die Schulen in ihren Anliegen, wie beispielsweise bei der Ausstattung und bei Themen der Schulentwicklung.

Junge Geflüchtete fördern. Junge Geflüchtete benötigen ein passgenaues Angebot an Sprachförderung und außerschulischer oder schulergänzender Förderung, um in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Wir GRÜNE wollen bestehende Programme erhalten und das Programmangebot ausbauen.

Jugendberufsagentur verwirklichen. Jugendliche außerhalb des Schulbetriebs benötigen konkrete Ansprechpartner*innen, die sie unkompliziert und unbürokratisch aufsuchen können, die Orientierung geben, um zur „richtigen“ Stelle zu gelangen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugendberufsagentur als Haus der kurzen Wege mit Bündelung der Beratungsangebote unter ein Dach gebracht wird. Dieses Haus kann die Vernetzung und passgenaue Vermittlung barrierearm leisten. Digital ist das schon umgesetzt, physisch scheitert es bisher an geeigneten Räumlichkeiten. Wir wollen die Suche beschleunigen und die bereits 2019 beschlossene Maßnahme endlich umsetzen.

Weiterbildung ein Leben lang. Der Bedarf an Weiterbildung und lebenslangem Lernen in unserer Gesellschaft ist größer denn je. Der Umgang mit neuen Medien ist für viele nicht selbstverständlich und muss erlernt oder erweitert werden.

Auch Erwachsene profitieren vom gemeinsamen Lernen. Die Volkshochschule (VHS) und viele andere Weiterbildungsanbieter benötigen die verlässliche finanzielle Unterstützung der Stadt, um Planungssicherheit zu gewinnen und die Vielfalt des Angebots dauerhaft zu erhalten. Wir setzen uns für eine gute und kontinuierliche Förderung der VHS durch die Stadt ein, unter anderem in Form von dauerhaften Mietzuschüssen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Sprach- und außerschulische Förderprogramme erhalten*
- *Jugendberufsagentur endlich physisch umsetzen*
- *Weiterbildungseinrichtungen dauerhaft finanziell unterstützen*

Gesundheit

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der die medizinische und pflegerische Versorgung den vielfältigen Ansprüchen gerecht werden kann. Hierbei berücksichtigen wir auch Aspekte wie saubere Luft, Lärmreduktion und die Auswirkungen des Klimawandels.

Quartiersbezogene Gesundheitsversorgung. Da nicht alle Stellen von hausärztlichen Vertragsärzt*innen besetzt werden können, möchten wir den neuen Weiterbildungsverbund „Allgemeinmedizin“ in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Klinikum stärken. Wir setzen uns dafür ein, geeignete Räumlichkeiten für Gemeinschaftspraxen, medizinische Versorgungszentren sowie Gesundheitszentren in öffentlicher, genossenschaftlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft zu finden. Diese könnten durch (tagesklinische) Betten zur Versorgung nach kleineren Eingriffen ergänzt werden. Daher möchten wir, dass die Stadt Karlsruhe und die Volkswohnung bei der Immobiliensuche helfen. Zudem soll die Gesundheitskonferenz zu spezifischen, wechselnden Fragestellungen fortgeführt werden. Für diese verschiedenen gesundheitspolitischen Aufgaben benötigt die Stadtverwaltung zusätzliche Personalstellen.

Ambulante Versorgung sichern. Damit sich Ärzt*innen auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren können und dafür mehr Zeit zur Verfügung haben, ist es wichtig, sie zu entlasten. Ein zukunftsweisender Ansatz dafür ist die „Community Health Nurse“. Diese steuert, koordiniert, berät und überwacht die individuelle Gesundheitsversorgung von chronisch kranken Menschen, und tauscht sich im Bedarfsfall mit den Allgemeinmediziner*innen aus. Anhand eines Modellprojekts zu diesem Ansatz wollen wir dazu beitragen, dass Ärzt*innen entlastet und die Gesundheitsversorgung verbessert wird.

Physiotherapeutische Hausbesuche fördern. Aufgrund von teilweise langen Wartezeiten in der ambulanten Physiotherapie setzen wir uns für eine Vermittlungsplattform ein, über die Therapeut*innen flexibel für Hausbesuche eingesetzt werden können. Um mehr Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen, setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für kostenfreie Ausbildungsplätze in therapeutischen Berufen ein und prüfen alternativ die Einrichtung entsprechender Schulen am Städtischen Klinikum.

Pilotprojekt Gesundheitskiosk für barrierearmen Zugang vorantreiben. Als Pilotprojekt möchten wir die Errichtung eines Gesundheitskiosks vorantreiben, der hauptsächlich von gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen finanziert wird. Dieses Beratungsangebot soll medizinische Versorgung, Beratungs- und Behandlungsangebote mit Sozialberatung, Prävention und Gesundheitsförderung verknüpfen. Dadurch soll ein besonders einfacher Zugang für Menschen ermöglicht werden, die bisher die Gesundheitsdienste nicht ausreichend in Anspruch nehmen.

Schnelle Hilfe im Notfall garantieren. Eine strategisch sinnvolle Anordnung von Rettungswachen leistet einen wichtigen Beitrag, damit die Rettungskräfte schneller bei den Menschen sind und die Hilfsfristen verkürzt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung bei der Suche nach geeigneten Immobilien und Grundstücken für eine Rettungswache unterstützt. Wir setzen uns außerdem für die Nutzung der Lebensretter-App wie in der „Region der Lebensretter“ Süd- und Mittelbaden ein. Dadurch wird eine Erstversorgung von Menschen mit Herzstillstand noch schneller möglich.

Städtisches Klinikum als attraktive Arbeitgeberin. Die Krankenhausfinanzierung ist völlig unzureichend und muss insbesondere auf Bundesebene dringend verbessert werden. Nur so kann eine langfristig stabile stationäre Gesundheitsversorgung flächendeckend gewährleistet, das Angebot ausgebaut und um wichtige Aufgaben ergänzt werden. Die Stadt Karlsruhe steht zuverlässig als Trägerin hinter dem Städtischen Klinikum und unterstützt es auch in finanziell schwierigen Zeiten. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Das Wichtigste für eine gute Versorgung im Klinikum sind die Mitarbeitenden. So soll das Städtische Klinikum eine attraktive Arbeitgeberin sein. Dabei sind familienfreundlichere Arbeitszeiten, der Schutz vor Überlastung und der Ausbau von Coachingangeboten für eine gesunde Führung wichtig. Durch eine Ausbildungsoffensive verbunden mit einer Imagekampagne für Pflegeberufe möchten wir auch in Zukunft mehr Personal für die Versorgung in unserer Stadt ausbilden.

Drogenpräventionsarbeit fördern. Drogen schaden der Gesundheit und beeinträchtigen die geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Präventionsarbeit und Aufklärung sind der Schlüssel zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen. Wir wollen bestehende Angebote an Schulen und Jugendeinrichtungen weiter fördern und ausbauen.

Cannabispolitik liberalisieren. Auf Bundesebene wird die Entkriminalisierung und die Erlaubnis des Eigenanbaus von Cannabis konkret geplant. Dazu gehört auch die Erprobung von unterschiedlichen Modellprojekten zur Abgabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Karlsruhe ein Modellprojekt durchgeführt wird. Damit leisten wir unseren Beitrag zum künftigen Gesundheitsschutz von Konsument*innen.

Drogenkonsumraum erhalten. Die Minimierung von Gesundheitsrisiken durch Drogenkonsum ist uns wichtig. Daher setzen wir uns für den Erhalt des Drogenkonsumraums und das weitere Bereitstellen von Utensilien ein. Mit einem Drug-Checking-Angebot, dem chemischen Prüfen von Drogen, sollen weitere Risiken im Sinne einer Prävention reduziert werden. Die Sicherung der Substitutionsversorgung in Karlsruhe ist uns ein wichtiges Anliegen. Ergänzend dazu führen wir die Finanzierung der Suchtberatungsstellen fort.

Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen. Wir werden uns für den Erhalt und gegebenenfalls den Ausbau der Gesundheitsversorgung von Menschen in der Sexarbeit einsetzen. Wir machen uns auf Bundes- und Landesebene für ein Clearing- und Versorgungsangebot für Menschen ohne

Krankenversicherung stark. Alternativ prüfen wir die Einrichtung einer Übergangslösung aus kommunalen Mitteln.

Gesunder Start ins Leben. Wir wollen eine Muttermilchbank zur Gesundheitsversorgung von Frühgeborenen schaffen. Mit ausreichenden Entbindungsplätzen und einer speziellen Eltern-Kind-Station am städtischen Klinikum möchten wir den Bedürfnissen von Müttern und Neugeborenen – auch solchen mit besonderen Versorgungsbedürfnissen – gerecht werden. Die auf unseren Antrag hin von der Stadt eingerichtete Hebammensprechstunde soll erhalten bleiben, um niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen zur Einrichtung eines hebammengeleiteten Geburtshauses und den Erhalt des von uns beantragten Runden Tisches Geburtshilfe Karlsruhe.

PrEP-Versorgung sicherstellen. Um das WHO-Ziel von nahezu null HIV-Neuinfektionen bis 2030 zu erreichen, fördern wir die Aufklärung und setzen uns für mehr Plätze der PrEP-Versorgung in Karlsruhe ein (PrEP ist eine medikamentöse Prophylaxe zum Schutz vor HIV). Dafür benötigen wir ausreichend Hospitationsplätze für die entsprechende Ausbildung von Ärzt*innen in Karlsruhe sowie einen Maßnahmenplan des Gesundheitsamtes, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Städtischen Klinikums. Wir fordern die Einrichtung eines Runden Tisches, der diesen Plan erarbeitet und die Umsetzung der Maßnahmen begleitet.

Psychische Gesundheit. Psychische Erkrankungen und die Bedürfnisse davon betroffener Menschen dürfen nicht bagatellisiert werden. Deshalb wollen wir das Forum des Gemeindepsychiatrischen Verbunds erhalten und regelmäßig durchführen. Mit dem Recovery-Ansatz werden psychisch erkrankte Menschen durch niedrigschwellige und alltagsbezogene Angebote in ihrem Genesungsprozess gestärkt. Für uns ist auch die Bereitstellung von Krisenbetten für psychiatrische Akutsituationen wichtig. Wir unterstützen die Fortführung der niedrigschwelligen und aufsuchenden psychiatrischen Versorgung von wohnungslosen Menschen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Bewerbung zur Einrichtung eines Cannabis-Modellprojekts*
- *Ärzt*innen bei der Suche nach Praxisräumen unterstützen*
- *Innovative Konzepte zur Verbesserung der wohnortnahen Versorgung, wie z.B. Community Health Nurses testen*

Leben im Alter

Seit Jahren engagieren wir uns für eine angemessene Versorgung der älteren Generation. Dabei setzen wir auf verschiedene Strategien: Unterstützung der Quartiersarbeit, Senior*innentreffs, Gesundheits- und Bewegungsangebote, Pflegeangebote, Mitarbeit im Arbeitsausschuss Ältere Generation und Vertretung der GRÜNEN im Stadtseniorenrat.

Senior*innengerechte Stadtplanung. Wir streben an, dass die wachsende Bevölkerungsgruppe der älteren Generation möglichst lange gesund bleibt, selbständig wohnen kann, starke soziale Kontakte pflegt und am öffentlichen Leben teilnimmt. Voraussetzung ist die Barrierefreiheit des Lebensumfelds. Öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen (Gebäude, öffentlicher Verkehr, Gehwege) müssen schnell barrierefrei ausgebaut werden. Auch Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum sollen in den Stadtteilen der Randbezirke erhöht werden. Das erleichtert oder ermöglicht Menschen mit Gehproblemen, sich auf den Weg zu machen. Die geeigneten Stellen dafür sollen gemeinsam mit der Quartiersarbeit und Initiativen der älteren Generation ausgewählt werden. Zudem ist eine ausreichende Anzahl an Toiletten besonders für die ältere Generation wichtig.

Fit im Alter. Wir prüfen den Ausbau niederschwelliger Bewegungsangebote in den Stadtteilen und sorgen für den Erhalt bereits vorhandener Angebote, wie die „Bewegte Apotheke“ für ältere Menschen. Wir machen uns stark für den Ausbau der stationären geriatrischen Versorgung inklusive Rehabilitation am Städtischen Klinikum, um den Versorgungsbedarfen der älteren Generation gerecht zu werden.

Selbstbestimmt wohnen in den eigenen vier Wänden. Barrierearme und kleinere Wohnungen im vertrauten Quartier können im Alter die Lebensqualität erheblich steigern. Wir unterstützen daher die Ideen des Wohnungstauschs und alternativer, gemeinschaftlicher Wohnformen im Alter.

Pflegeoffensive vorantreiben. Angesichts der Privatisierung der Senior*innenpflege und dem Mangel an Pflegekräften, wird es zu einer besorgniserregenden Unterversorgung in der ambulanten und stationären Pflege für die ab ca. 1950-Geborenen kommen. Daher muss alles dafür getan werden, dass die älteren Menschen möglichst lange gesund bleiben oder höhere Pflegegrade nicht oder erst spät notwendig werden. In Karlsruhe ist dies von besonderer Bedeutung, da die Zahl der stationären Pflegeplätze im landesweiten Maßstab besonders stark abnahm, obwohl sie zunehmen müsste.

Wir unterstützen schon seit Jahren verschiedene Wege, damit die äußerst schwierige Situation zumindest etwas abgemildert wird. Wir versuchen dadurch zu erreichen, dass die Senior*innenpflege gar nicht erst notwendig oder zeitlich verschoben wird. Dazu gehören unter anderem die Errichtung barrierefreier Wohnungen, die soziale Quartiersarbeit, die Weiterführung der präventiven Hausbesuche und der innovativen ambulanten Pflege sowie die Förderung von Bewegungs- und Sportangeboten für Senior*innen.

Präventive Hausbesuche ausbauen. Durch unseren Antrag wurde 2022 das Projekt „Präventive Hausbesuche“ in ausgesuchten Stadtteilen eingeführt. Dieses Projekt soll weitergeführt und auf ganz Karlsruhe ausgedehnt werden. Es hat das Ziel, Senior*innen rechtzeitig Beratung, z.B. über Einkaufshilfen und Treppenlifte, anzubieten, um die Pflegebedürftigkeit zu verhindern.

Bauplätze für Pflegeeinrichtungen. In den nächsten Jahren werden dringend mehr Pflegeplätze in allen Senior*innenpflegeeinrichtungen benötigt. Tagespflegeeinrichtungen und stationäre Pflegeheime sind auf Bauplätze angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt bei der Vermittlung von Bauplätzen hilfreich zur Seite steht und Bauplätze anbietet.

Ausreichend Plätze in der Kurzzeitpflege. Wir setzen uns weiterhin für verschiedene Bestandteile ein, welche die Senior*innenpflege unterstützen und prüfen, an welchen Stellen die Kommune aktiv werden kann. Diese beinhaltet die Ausbildung und Gewinnung von Pflegekräften, die Stärkung der haushaltsentlastenden Dienste, die Tagespflege und die Pflege besonderer Gruppen (behinderte Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, wohnungslose Menschen mit herausforderndem Verhalten).

Ein besonderes Augenmerk liegt weiterhin bei der Kurzzeitpflege. Denn damit können zum einen pflegende Angehörige die nötigen Auszeiten nehmen und zum anderen schwierige Zeiten nach Entlassungen aus dem Krankenhaus überbrückt werden. Durch unseren Antrag haben wir bereits erreicht, dass der entsprechende Bedarf in Karlsruhe derzeit gedeckt werden kann und bei der Heimstiftung Kurzzeitplätze installiert werden können. Das wollen wir auch in Zukunft bedarfsgerecht sicherstellen.

Pflegeausbildung unterstützen. In Karlsruhe und ganz Deutschland besteht ein großer Bedarf an Auszubildenden und Fachkräften in allen Pflegebereichen. Deshalb ist es uns wichtig, dass die lokalen Ausbildungsstätten ausreichend und bedarfsgerecht ausgestattet und unterstützt werden. Wir GRÜNE fordern eine einrichtungsübergreifende Koordinierungsstelle zur Vermittlung der Praxisplätze an Auszubildende, um die Verteilung gerechter und effektiver zu gestalten.

Medizinische Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen. Viele Senior*innen sind nicht mehr in der Lage, eine*n Hausärzt*in aufzusuchen oder andere medizinische Dienste in Anspruch zu nehmen. Wir

fordern eine Bestandsaufnahme und Maßnahmen, um die medizinische Versorgung von Senior*innen in Karlsruher Pflegeeinrichtungen zu unterstützen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Öffentlichen Raum seniorenrecht gestalten*
- *Ausreichend Plätze in der (Kurzzeit-)Pflege schaffen*
- *„Präventive Hausbesuche“ auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten*

Wohnen

Karlsruhe leidet unter vielfältigen Ausprägungen von Wohnraummangel. Mieten steigen kontinuierlich und die Suche nach einer neuen Wohnung dauert immer länger. Manche Menschen suchen so lange, dass sie sich schließlich entscheiden, aus Karlsruhe wegzuziehen. Gleichzeitig nimmt der durchschnittliche Wohnraum pro Kopf zu und immer weniger Menschen leben in einer Wohnung. Über die Hälfte der Karlsruher*innen wohnt in Einpersonenhaushalten.

Städtische Wohnungsbaugesellschaft stärken. Eine Stadt hat nur indirekten Einfluss auf die Mietpreise. Wenn die Stadt jedoch genügend Wohnungen besitzt, kann sie die Mieten im gesamten Wohnungsmarkt beeinflussen. Daher ist es uns wichtig, die Volkswohnung zu stärken und mit ihr Wohnraum für die Zielgruppen zu schaffen, die heute auf dem Wohnungsmarkt die größten Schwierigkeiten haben. Neben der Sanierung und dem Bau von Wohnungen müssen auch zusätzliche Angebote, wie Wohnungstausch und Gemeinschaftsräume für das nachbarschaftliche Zusammenleben, geschaffen werden. Die Volkswohnung muss insbesondere für Sanierungen erhebliche Finanzmittel aufbringen. Daher muss die finanzielle Ausstattung der Volkswohnung gesichert bleiben. Die Gewinne der Volkswohnung sollen in Neubau und Instandhaltung investiert werden.

Barrierearmer Wohnraum. Wir benötigen dringend mehr barrierefreie oder barrierearme Wohnungen. Dabei ist die Volkswohnung derzeit die wichtigste Akteurin. Es soll jedoch stärkere Anreize für den freien Wohnungsbau geben. Wir unterstützen die Gestaltung barrierearmer Bestandswohnungen oder deren Umrüstungen durch Wohn- und Technikberatungen. Neben barrierearmen Wohnungen gibt es unterstützende Technologien wie automatische Beleuchtung, Sprachassistenten, Sturzsensoren oder automatische Rollläden. Diese können gerade für ältere Menschen eine große Entlastung bieten und die Lebensqualität sichern. Ein solcher Umbau erfordert eine unabhängige und zielgruppenspezifische Beratung. Eine Musterwohnung kann als Beratungsstelle zum Thema „Technik im Alter“ dienen.

Wohnungstausch unterstützen. Viel hängt davon ab, dass ältere und pflegebedürftige Menschen rechtzeitig aus einer großen Wohnung in höheren Etagen in eine zumindest barrierearme und kleinere Wohnung umziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Volkswohnung und die Wohnungsbaugenossenschaften hier Unterstützung leisten und Wohnungen anbieten, die nicht teurer sind als die alten Wohnungen. Dieser Wohnungstausch käme sowohl jüngeren Generationen mit Kindern als auch der älteren Generation zugute.

Leerstand nutzen. Den Leerstand von Wohnimmobilien möchten wir untersuchen lassen, um daraus Erkenntnisse für mögliche Reaktivierungsmaßnahmen zu ziehen. Auch möchten wir hierzu prüfen, ob die Zweckentfremdungsverbotssatzungen zur Reduzierung dauerhaften Leerstands von Wohngebäuden der Städte Tübingen und Landau für Karlsruhe als Vorbild dienen könnten.

Innenbereiche für Wohnungsbau nutzen. Der Gemeinderat hat mit der Stadtentwicklungsstrategie Wohnen 2035 einen Fahrplan beschlossen, wie viele Wohnungen in den kommenden Jahren errichtet werden sollen. Dennoch bleibt die Einschätzung, dass der Wohnungsmarkt auch mit fast 1.000 neuen

Wohnungen pro Jahr weiterhin angespannt sein wird. Der Neubau von Wohnungen ist durch fehlende Flächen und steigende Baukosten begrenzt.

Da neue Flächen im Außenbereich nicht zur Verfügung stehen und es Jahre dauern würde, dort neues Baurecht durch Bebauungspläne zu schaffen, müssen Potenziale im Innenbereich erhoben werden. Baulücken oder bereits versiegelte mindergenutzte Grundstücke wie Garagenhöfe müssen berücksichtigt werden. Auch Gebäudeaufstockungen müssen in Betracht gezogen werden. Qualitätvolle und verträgliche Nachverdichtung ist eine Herausforderung. Wo es berechtigte Bedenken gibt, berücksichtigen wir diese. Darüber hinaus möchten wir prüfen lassen, inwiefern eine höhere Grundsteuer auf zur Spekulation brachliegender baureifer Grundstücke dazu beitragen kann, diese für Wohnraum zu nutzen, ohne soziale Härte zu verursachen.

Sozialer Wohnraum auch im Außenbereich. Es gibt wenige Gebiete im Außenbereich, die bereits in Planung sind. Bei diesen ist es uns ein großes Anliegen, Flächen und Ressourcen zu schonen. Daher fordern wir, dass auch dort eine hohe Dichte erreicht wird und sozial gebundener Wohnraum entsteht. Das kann nicht nur die Volkswohnung leisten, dazu müssen auch andere Bauträger verpflichtet werden. Mit den bestehenden Programmen wie dem Karlsruher Wohnraumförderprogramm (KaWoF) und dem Karlsruher Innenentwicklungskonzept (KAI) gelingt uns diese Förderung bereits im Innenbereich. Wir möchten diese Programme räumlich ausweiten, sodass sie in der ganzen Stadt angewendet werden können. Zum sozialen Wohnungsbau gehören auch größere Wohnungen mit vier oder fünf Zimmern für Familien. Gerade junge Familien haben es aktuell auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt schwer.

Vergabe nach Konzept. Neben der Menge an Wohnraum ist uns auch die Qualität des Zusammenlebens wichtig. In der vergangenen Ratsperiode konnten wir die sogenannte Vergabe nach Konzept beschließen. Das bedeutet, dass bei der Vergabe städtischer Bauflächen nicht automatisch die Höchstbietenden zum Zuge kommen, sondern vielfältige bauliche und soziale Kriterien angelegt werden. In diesem neuen Vergabeverfahren können verstärkt Baugruppen oder kleine Genossenschaften zum Zuge kommen, die z.B. mit ihren Ideen zum Zusammenleben und zur Verankerung im Stadtquartier überzeugen. Hier bestehen in Karlsruhe ein enormes Potenzial und ein Nachholbedarf im Vergleich zu anderen Städten.

Je nach Einzelfall soll die Stadtverwaltung bei Wohnprojekten, die am Gemeinwohl orientiert sind, sowohl den Erbbauzins als auch den Verkehrswert von Grundstücken so weit wie vertretbar absenken. Wo es möglich ist, soll die Stadt ihr Vorkaufsrecht zugunsten von gemeinwohlorientierten Wohnprojekten ausüben. Bestandsgebäude sollen in das Konzept für die Konzeptvergabe der Stadt mit aufgenommen werden, da auch bestehende Gebäude umgenutzt werden können. Zudem wollen wir eine städtische Informationsplattform zur Konzeptvergabe für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen.

Alternative Wohnformen unterstützen. Heutige Senioren*innen haben häufig in ihrem Leben in Wohngemeinschaften oder anderen alternativen Wohnformen gelebt. Sie sind im Rentenalter oft gesund und aktiv und möchten ihr Leben gemeinsam mit anderen Menschen, häufig in der Nähe von Familien, gestalten. Auch in diesem Zusammenhang unterstützen wir das „Wohnen nach Konzept“, z.B. Initiativen für Mehrgenerationenhäuser und von älteren Menschen, die selbstbestimmt und in Verbindung mit Gemeinschaftsräumen zusammenleben wollen. Wir fordern städtisches Personal für die Beratung der Initiativen und wirken gegenüber der Volkswohnung darauf hin, dass sie mit Wohninitiativen zusammenarbeitet.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Baulücken und innerstädtische versiegelte mindergenutzte Freiflächen für Wohnraum nutzen*
- *Städtische Wohnungsbaugesellschaft finanziell solide ausstatten – für sozial gerechtes Wohnen*
- *Gemeinschaftliche Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser, und Wohnungstausch unterstützen*

Sicherheit und Ordnung

Wir treten dafür ein, dass Karlsruhe eine Stadt ist, in der sich alle Menschen überall und zu jeder Zeit sicher und frei bewegen können. Der öffentliche Raum in Karlsruhe gehört allen, alle müssen sich dort aufhalten können, selbstverständlich, frei und ohne Angst. Karlsruhe ist laut den jährlichen Kriminalitätsstatistiken im Vergleich mit anderen Großstädten eine sichere Stadt. Wir treten Darstellungen entschieden entgegen, die hier Fakten verdrehen und Menschen damit verunsichern möchten.

Videoüberwachung verhindern. Wir brauchen intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und die Wahrung der Bürger*innenrechte. Wir lehnen eine anlasslose oder flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab. Flächendeckende Videoüberwachung erhöht weder die Sicherheit, noch hat sie einen abschreckenden Effekt.

Präventionsarbeit ausbauen. Eine frühzeitige und umfassende Präventionsarbeit ist für uns entscheidend, um Kriminalität erfolgreich einzudämmen. Ansatzpunkte bieten Früherkennung, Bildungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen. Zur Gewaltprävention gehören auch der Opferschutz und die Resozialisierung von Straftäter*innen.

Gegen jede Gewalt. Hetze, Bedrohung und Gewalt sind leider Teil des Alltags vieler Menschen mit Vielfaltsmerkmalen und/oder Migrationsgeschichte. Daher wollen wir die Sicherheitskonzepte bei öffentlichen Anlässen, Festen und Demonstrationen weiterentwickeln. Hierbei haben wir zunächst, aber nicht ausschließlich, den Christopher Street Day im Blick. Zudem setzen wir uns für eine Erhöhung der Förderungen von Vereinen ein, die sich für die Sichtbarkeit der jeweiligen Gruppen in Karlsruhe engagieren.

Herausfordernde Orte aufwerten. Wir möchten durch gezielte Maßnahmen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stärken. Dazu gehört beispielsweise, dem Eindruck von Verwahrlosung und Uneinsehbarkeit durch vermehrte Stadtreinigung und zusätzlichen Leuchtmitteln an komplexen Punkten im Stadtgebiet (z.B. am Werderplatz) entgegenzuwirken. Aber auch Streetwork an diesen Orten kann dafür ein Beitrag sein. Außerdem wollen wir Bürger*innen dazu ermuntern, Orte mit Verbesserungspotenzial gegenüber der Stadt zu benennen. Durch diese Maßnahmen wird auch das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt.

Zivilcourage belohnen. Zivilcourage ist ein wesentlicher Baustein einer lebendigen und solidarischen Gesellschaft. Wir setzen uns für eine offene und tolerante Kommune ein, in der Zivilcourage belohnt und unterstützt wird, um eine sichere und solidarische Umgebung für alle Bürger*innen zu schaffen. Wir möchten daher in allen kommunalen Verantwortungsbereichen den Einsatz für das Miteinander, für die Mitbürger*innen und den Zusammenhalt stärken.

Feuerwehr- und Rettungswachen sanieren. Mitarbeiter*innen von Feuerwehr- und Rettungsdiensten retten jeden Tag Leben, sie brauchen dafür eine gute Ausstattung. Die Hauptfeuerwache ist hervorragend ausgestattet, aber viele andere Häuser der Freiwilligen Feuerwehr müssen saniert werden. Dies haben wir im Blick.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Sicherheitsgefühl verbessern: Aufwertung von herausfordernden Orten in der Stadt*
- *Sicherheitskonzepte bei öffentlichen Anlässen gemeinsam mit Veranstaltenden weiterentwickeln*
- *Häuser der Freiwilligen Feuerwehr sanieren und ausstatten*

Für Teilhabe und Mitwirkung

Jede*r hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit – so einfach formuliert es das Grundgesetz. Die alltägliche Realität sieht für viele unter uns ganz anders aus, weil sie wegen einzelner oder mehrerer Persönlichkeitsmerkmale Ausgrenzung oder Diskriminierung erfahren. Ein gutes gesellschaftliches Miteinander hat Offenheit, Teilhabe und Mitwirkung aller zur Voraussetzung. Unser Ziel ist daher eine Gesellschaft, in der alle Menschen sicher und selbstbestimmt leben können, eine Gesellschaft in der Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern gelebt wird.

Wir stellen uns mit aller Kraft gegen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Rechtsextremismus und fördern die Antidiskriminierungsarbeit sowie eine lebendige Erinnerungskultur.

Über die gesellschaftliche Teilhabe hinaus wollen wir die aktive Mitwirkung der Bürger*innen im politischen und gesellschaftlichen Leben fördern. Diese ist Voraussetzung und zugleich Ausdruck der Demokratie, doch mitnichten ein Selbstläufer. Insbesondere auf kommunaler Ebene wollen wir weitere Angebote zu mehr Beteiligung schaffen, um bei zentralen Zukunftsfragen alle Bedürfnisse einer vielfältigen Stadt zu berücksichtigen. Dazu gehören auch besonders Sport und Kultur als gemeinschaftsstiftende Elemente einer lebendigen Gesellschaft.

Vielfältiges, buntes Karlsruhe

Unser Ziel ist es, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen und zu sichern, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Hetze gegen einzelne gesellschaftliche Gruppen und Meinungen lehnen wir entschieden ab – und treten diesen auch vor Ort in Karlsruhe entschieden entgegen.

Gesellschaftliche Akzeptanz steigern. Wir wollen die Vielfalt unserer Gesellschaft stärken und die volle Akzeptanz von Vielfaltmerkmalen, frei von jedweder Form von Diskriminierung, schaffen. Neben Schulungen müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um die Akzeptanz einer offenen Gesellschaft zu fördern. Dazu zählen beispielsweise Workshops für Schulen und öffentliche Einrichtungen sowie Angebote zur Stärkung der Akzeptanz verschiedener Familienbilder in Kitas.

Antidiskriminierung in der Stadtverwaltung. Als eine der größten Arbeitgeber*innen wollen wir, dass die Stadt Karlsruhe mit all ihren städtischen Gesellschaften ihre queersensiblen, antirassistischen und antidiskriminierenden Maßnahmen mit entsprechenden Schulungen ausbaut. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Diversitätsförderung mit entsprechend sensibler Öffentlichkeitsarbeit bei der Personalpolitik zu verstärken. Das wollen wir vor allem durch gezielte Ansprache erreichen. Ferner sollen in städtischen Gebäuden in Zukunft auch geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung stehen.

Rassismus und Diskriminierung systematisch und strukturell angehen. Mit Initiativen wie der Einrichtung des Runden Tisches Antirassismus und Antidiskriminierung und der Agenda „Vielfalt@KA“ haben wir erste Schritte auf dem Weg zu einem kommunalen Gesamtkonzept eingeleitet. Nur durch eine klare Positionierung und Strukturveränderung kann die Stadt zeigen, dass Karlsruhe für Vielfalt und Chancengerechtigkeit steht und Diskriminierung und Ausgrenzung keinen Platz haben. Dafür sind weitere Maßnahmen notwendig, wie z.B. institutionalisierte Weiterbildungsformate zur Diskriminierungssensibilität, die die Teilnehmenden ansprechen und Denk- und Verhaltensmuster hinterfragen. Die kommunale Antidiskriminierungsarbeit hat eine übergeordnete Bedeutung und muss daher breit als Querschnittsaufgabe aufgestellt sein. Dies muss sich in einer entsprechenden Ämterzuordnung widerspiegeln.

Intersektionalität im Blick behalten. Um in der Stadt Karlsruhe die Vielfalt und Chancengleichheit zu stärken, Mehrfachdiskriminierungen zu erkennen und einen intersektionalen Ansatz zu verfolgen, braucht es eine institutionelle Neuordnung der Stadtverwaltung. Langfristig wollen wir die Themenfelder

Integration, Migration, Gleichstellung, Queer, Inklusion, Antidiskriminierung und Antirassismus in einer Verwaltungseinheit „Vielfalt und Chancengerechtigkeit“ bündeln. Existierende und neu zu schaffende Stellen und Bereiche in diesen Themenfeldern sollen diesem zugeführt werden. Die Einheit steht allen Dienststellen beratend zur Seite und überwacht das Erreichen der Diversitätsziele der Stadt. Sie ist aber auch für die Menschen in Karlsruhe Ansprechpartnerin.

Die Diversitätsziele der Stadt Karlsruhe werden in einem „Aktionsplan für Chancengerechtigkeit“ zusammengeführt und deren Umsetzung messbar und nachvollziehbar gemacht.

Inklusive Strukturen schaffen. Unser Ziel ist, eine vollwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen. Erste wichtige Schritte sind der Abbau von Barrieren und Sonderstrukturen. Den durch das Bundesteilhabegesetz eingeführten Paradigmenwechsel in Politik, Verwaltung und Unterstützungssystemen möchten wir kommunal vorantreiben und die strategische Konzeption und Koordination über alle Ämter sicherstellen. Insbesondere den Wechsel von pauschalen Lösungen zu individueller Förderung und Hilfestellung begrüßen wir ausdrücklich.

Safe Spaces erhalten. Geschützte Räume, sogenannte „Safe Spaces“, in denen sich queere Menschen aufhalten, vernetzen und begegnen können, leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Identität, insbesondere junger queerer Menschen. Daher liegt uns der Erhalt des queeren Jugendzentrums „LA ViE“ besonders am Herzen. Wir wollen ein solches Angebot auch für Erwachsene über 27 Jahren einrichten und unterstützen die Schaffung eines queeren Zentrums für Veranstaltungen, Vernetzung und Begegnung.

Queere Beratung ausbauen. Wir möchten den Bedürfnissen von queeren Menschen mit entsprechenden Beratungsangeboten in den Bereichen Gesundheit und Lebensplanung gerecht werden. Der Erhalt von LSBTIQA*-Beratungsangeboten ist nur ein erster Schritt. Das Personal sowie die Mitarbeitenden und ehrenamtlich Tätigen in spezifischen Anlauf- und Beratungsstellen, wie beispielsweise Kindertagesstätten, Familienberatungen, Jugendzentren, Pflegestützpunkte oder Karlsruher Hausbesuche, sollen entsprechend geschult werden. Auch setzen wir uns dafür ein, die Bemühungen um queersensible Medizin, Therapie und Pflege in städtischen Einrichtungen fortzusetzen.

Vulnerable Geflüchtete und Zugewanderte schützen. Der ehrenamtliche Dolmetscher*innenpool soll um professionell qualifizierte Dolmetscher*innen erweitert werden, die für hochsensible Themen wie z.B. Zwangsheirat, Schwangerschaft oder queere Identität speziell geschult sind. So können auch die Betroffenen eine angemessene, sichere und die Privatsphäre wahrende Beratung erhalten.

Koordinationsstelle „Queer Leben in Karlsruhe“ einführen. Wir wollen eine Stelle zur Koordination queerer Anliegen bei der Stadtverwaltung schaffen, die die Interessen queerer Menschen gegenüber der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik vertritt. Um eine wirkliche Gleichstellung zu erreichen, wollen wir die Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe im Rainbow Cities Network (RCN) vorantreiben, sobald die Voraussetzung dazu geschaffen ist.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Intersektionalität wahren: Verwaltungseinheit Vielfalt und Chancengerechtigkeit auf den Weg bringen*
- *Queersensibilität bei der Stadtverwaltung erhöhen*
- *Gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen: Schulungs- und Workshop-Angebote zur Vielfaltssensibilität ausbauen*

Migration und Integration

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in einer weltoffenen Gesellschaft der Vielfalt ein, die auf gegenseitigem Respekt basiert. Wir betonen das Verbindende, denn alle zusammen sind wir Karlsruhe. So übernehmen wir gemeinsam die Verantwortung für ein Miteinander in unserer Stadt.

Migration stellt zwar eine Herausforderung dar – aber sie bietet enorme Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft. Gelungene Integration ist der Schlüssel, um diese Potenziale zu entfesseln. Zugleich ist Integration, verstanden als Tor zu Teilhabe und sozialem Zusammenhalt, eine der wesentlichen kommunalen Aufgaben.

Karlsruher Willkommensstruktur ausbauen. Um Teilhabe so schnell wie möglich zu realisieren, fordern wir seit 2020 die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Migration und Integration. Sie soll als „Willkommenshaus“ integrationsbezogene Aufgaben und Leistungen zusammenführen und Verwaltungsabläufe vereinfachen. Außerdem muss sich die Ausländerbehörde zu einer modernen Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dies bedeutet vor allem proaktive und ermöglichende Beratung hinsichtlich der komplexen Bleiberechtsmöglichkeiten von Geduldeten.

Gerade für die Arbeitsmarktintegration ist eine Unterstützung beim Erwerb einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis notwendig. Kommunale Ermessensspielräume bei aufenthaltsrechtlichen Fragen sollen zugunsten gut integrierter Geflüchteter vollständig genutzt werden.

Engagement der Zivilbevölkerung stärken. Wir unterstützen das vielfältige Engagement unterschiedlicher Initiativen und Vereine, die eine gelingende Integration fördern und begleiten. Wir unterstützen sie mit der nötigen Infrastruktur und bei der Vernetzung, damit sie weiterhin diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe gut erfüllen können.

Einsatz gegen Abschiebungen auf Landes- und Bundesebene. Aus humanitären Gründen und angesichts des eklatanten Mangels an Arbeitskräften und Fachkräften in nahezu allen Bereichen dürfen erwerbstätige Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nicht abgeschoben werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die rechtlich vorgesehene Möglichkeit des Spurwechsels in den regulären Arbeitsmarkt optimal genutzt wird.

Sprache und Bildung als Schlüssel zur Integration. Um sprachbedingte Nachteile für die Bildungsbiografie zu vermeiden und soziale und berufliche Integration zu ermöglichen, sind frühzeitige und ausreichende Sprachförderung sowie passgenaue Unterstützungsangebote im gesamten Bildungsbereich wichtig. Für Neuzugewanderte müssen Integrations- und Deutschkurse von Anfang an zur Verfügung stehen.

Ankommen durch Begegnung und Dialog. Besonders förderlich für soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe sind Mentor*innenprojekte, denn sie begleiten individuell und kontinuierlich. Begegnungsangebote von Sport und Kultur fördern das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten. Wir setzen uns ein für integrative Angebote, die den Perspektivwechsel und den Blick über den Tellerrand erleichtern. Auch so fördern wir den sozialen Zusammenhalt.

Für eine humane Flüchtlingspolitik. Als Mitglied im „Bündnis der Städte der Sicheren Häfen“ werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Kommune den Druck auf den Bund erhöht, um zusätzliche Geflüchtete aufnehmen zu können. Es ist wichtig, die seit Jahren bestehenden und erfolgreichen Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Karlsruhe zu sichern.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Ausländerbehörde zur serviceorientierten Willkommensbehörde ausbauen*

- *Einsatz gegen Abschiebungen auf Landes- und Bundesebene*
- *Mentor*innenprojekte fördern*

Frauen* und Gleichstellung

Zur tatsächlichen Gleichstellung aller Geschlechter ist es noch ein langer Weg, auf dem wir nur schrittweise vorankommen. Seit Jahrzehnten sind wir GRÜNE Vorbild für eine paritätische Aufteilung von Führung und Verantwortung – und nehmen diese Rolle auch weiterhin an. Für die Gleichstellung aller Geschlechter muss der feministische Blickwinkel in den Entscheidungsgremien vertreten sein und zu Wort kommen. Dafür sind alle sich zur Wahl stellenden Parteien gefragt. Bei den 48 Mitgliedern des Gemeinderats kommen in der Ratsperiode 2019 bis 024 auf eine Frau* drei Männer (Frauenanteil: 26 %) und auch auf der Bürgermeister*innenbank sind nur zwei Frauen vertreten – bei sechs Dezernent*innen.

Frauen* in Führung. Wir bestehen darauf, dass Frauen* mindestens die Hälfte der Führungspositionen in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften einnehmen. Wir möchten Pilotprojekte zur besseren Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf, wie beispielsweise Ausschusssitzungen in Kita-Zeiten, testen. Darüber hinaus fördern wir Tandem-Stellen, insbesondere für Führungspositionen und Doppelspitzen. Bei städtischen Veranstaltungen streben wir Parität auf Podien und in der Moderation an. Bei der Benennung von Straßen und Plätzen werden wir FINTA*-Personen (Frauen, Inter-, Nonbinäre-, Trans- und Agender-Personen) bevorzugen.

Geschlechter-Stereotype von Anfang an auflösen. Wir befürworten die freie Entfaltung unterschiedlichster Facetten von Kindern und nicht die Beibehaltung traditioneller Rollenbilder. Dafür ist die Teilnahme an der frühkindlichen Bildung zentral. Wir möchten ein Gegengewicht zum im Netz weit verbreiteten, antifeministischen Männlichkeitsbild (Härte, Gewaltbereitschaft und männliche Überlegenheit) schaffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass an Schulen Workshops für männliche Jugendliche zur Reflexion von Männlichkeit angeboten werden.

Eine Stadt für alle Menschen. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung die Grundsätze und Prozesse der feministischen und geschlechtergerechten Stadtplanung bei Entscheidungsvorlagen im Planungs- und Bauausschuss sowie im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen berücksichtigt. Dazu gehört z.B., genügend saubere und kostenlose Toiletten im öffentlichen Raum für FINTA*-Personen bereitzustellen. Es sollte auch diskutiert werden, ob öffentliche Toiletten nicht mehr nach Geschlechtern getrennt, sondern als Einzeltoiletten mit Waschbecken ohne Vorraum eingerichtet werden sollten.

Nein zu Gewalt gegen Frauen*. Wir stellen uns gegen Sexismus und Gewalt. Menschenhandel und Ausbeutung sowie Zwangsprostitution dürfen in Karlsruhe keinen Platz haben. Karlsruhe ist Vorbild in der Umsetzung der Istanbul-Konvention, dem völkerrechtlichen Vertrag zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen* und Mädchen und häuslicher Gewalt. Wir möchten die bestehenden Strukturen samt städtischer Koordinierungsstelle trotz schwieriger finanzieller Lage erhalten. Wir hoffen, dass das Recht auf einen Schutz über Geldleistungen des Bundes umgesetzt wird und die aktuelle komplizierte Finanzierung von Beratungsstellen und Schutzhäusern so verbessert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt dem „Bündnis gegen Sexismus“ beitrifft.

Besonders FINTA*-Personen ohne feste Unterkunft sind zusätzlichen Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt. Dem möchten wir durch ausgebauten Unterbringungsmöglichkeiten sowie einer Überarbeitung unseres städtischen Konzepts zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit begegnen.

My body, my choice. Die Besonderheiten von Frauen* wollen wir nicht nur im Städtischen Klinikum bei der geschlechtsspezifischen Diagnostik und Behandlung beleuchten. Der Zugang zu ambulanten, medikamentösen oder operativen Schwangerschaftsabbrüchen im Rahmen der 12-Wochen-Frist (Beratungsregelung) gehört zur medizinischen Grundversorgung von Frauen*. In Karlsruhe übernehmen dies verschiedene Praxen. Bei Engpässen steht das Städtische Klinikum zur Verfügung. Sobald es die

Personalsituation und eine ausreichende Krankenhausfinanzierung zulassen, setzen wir uns dafür ein, dass das Städtische Klinikum dauerhaft zur Verfügung steht. Obwohl die Versorgung grundsätzlich gegeben ist, ist die Informationslage trotz der Abschaffung des § 219a StGB (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) unzureichend. Wir möchten das Tabuthema Schwangerschaftsabbruch aufbrechen, denn nur die schwangere Person sollte über ihren Körper bestimmen. Zudem muss ausreichend über Schwangerschaftsabbrüche informiert werden, unter anderem durch eine Informationsseite der Stadt zu den Methoden des Abbruchs.

Wir möchten das Thema weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) in Karlsruhe thematisieren, dafür sensibilisieren und gemeinsam mit dem Städtischen Klinikum Angebote für Betroffene schaffen.

Wir unterstützen Initiativen zur Sexpositivität. Karlsruhe soll eine Stadt der Offenheit und des Respekts sein. Dazu gehört ein offener Umgang mit Sexualität. Auch selbstbestimmte Sexarbeit möchten wir entstigmatisieren. Zwangsprostitution und Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung treten wir entschieden entgegen. Umstiegs- und Ausstiegshilfen wollen wir unterstützen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Frauen* als Vorbilder sichtbar machen – Parität bei städtischen Veranstaltungen einführen*
- *Bündnis gegen Sexismus beitreten*
- *Stereotype Rollenbilder aufbrechen – schon in der frühkindlichen Bildung*

Bürger*innenbeteiligung

Die politische Teilhabe ist ein zentrales Prinzip der Demokratie. Dennoch sinkt das Interesse an politischer Mitwirkung auf allen Ebenen, wie die abnehmende Wahlbeteiligung zeigt. Skepsis gegenüber der Problemlösungsfähigkeit der Politik breitet sich aus. Die Erwartungen der Bürger*innen an Information, Kommunikation und Transparenz steigen. Dieser Herausforderung möchten wir uns in Verwaltung und Politik stellen.

Bürger*innen einbinden. Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürger*innen ist kein Selbstläufer und braucht stetiges Engagement. Eine bessere verwaltungsübergreifende Abstimmung von Prozessen ist erforderlich. Das wiederum muss im Rahmen der Ausstattung mit personellen Ressourcen berücksichtigt werden. In praktischer Hinsicht kommt es dann vor allem auf eine zielgruppengerechte Ansprache an. Wir halten diese Anstrengung für notwendig, denn Bürger*innenbeteiligung kann ein Baustein sein, um die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhöhen.

Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickeln. Wir unterstützen die Erarbeitung neuer Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Im Jahr 2023 startete dieser zweijährige Prozess, der aus einer Planungs- und einer Beteiligungsphase besteht. Das für die Konzeption des Leitlinienprozesses gebildete Gremium besteht zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen der Stadtgesellschaft, der Kommunalpolitik und der Verwaltung.

Transparenz erhöhen. Mitsprache erfordert sachliche und umfassende Information. Dafür wollen wir die Transparenz von Politik und Verwaltung fördern, zum Beispiel durch einen Ausbau des Transparenzportals der Stadt Karlsruhe. Wir möchten alle vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um der interessierten Öffentlichkeit Zugang zu Ausschuss- oder Aufsichtsratssitzungen zu ermöglichen. Wir fordern auch eine höhere Transparenz bei der Aufstellung des kommunalen Haushalts für die Bürger*innen von Karlsruhe. Außerdem setzen wir uns weiterhin für die Videoübertragung der Gemeinderatssitzungen ein, um die Entscheidungsprozesse live und auf Abruf nachvollziehbar zu machen.

Bürger*innenräte einsetzen. Ein Bürger*innenrat, also ein Gremium aus zufällig gewählten Vertreter*innen der gesamten Vielfalt der Bürgerschaft, dient dem Austausch und dem Interessenausgleich bei konkret benannten Fragestellungen. Ziel ist es, in der Gruppe einen Konsens zu Handlungsvorschlägen zu der gegebenen Fragestellung zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dieses Instrument auch in Karlsruhe zu erproben und Erfahrungen damit zu sammeln. Das könnte beispielsweise in einem Beteiligungs-Pilotprojekt zur Zukunft des ÖPNV oder zu den Potenzialen der Geothermie geschehen.

Bürger*innen gestalten ihren Stadtteil. Das Miteinander in der Stadt und den Stadtteilen lebt vom bürgerschaftlichen Engagement. Die Förderung der sozialen Quartiersentwicklung ist uns deshalb besonders wichtig. Dort können sich alle Akteur*innen miteinander vernetzen, um eine direkte Mitgestaltung des Wohn- und Lebensumfelds der Bürger*innen zu ermöglichen.

Genossenschaften für das Gemeinwohl. Viele Bürger*innen wollen sich in konkreten Projekten engagieren, z.B. in verschiedenen Formen des gemeinschaftlich organisierten Wohnens oder bei der Gestaltung von Gemeinschaftsgärten („Urban Gardening“). Wir unterstützen insbesondere Projekte, die sich für nachhaltigen Umgang mit Ressourcen (Kleidertausch, Reparaturcafés), Kreislaufwirtschaft und Umweltverträglichkeit engagieren. Auch Genossenschaften, die neue Formen des gemeinsamen Wohnens, der Energiegewinnung und des Arbeitens entwickeln, bereichern unsere Stadtentwicklung.

Vereine fördern politische Willensbildung. In jedem Stadtteil gibt es zahlreiche Vereine, in denen Menschen Freizeit gemeinsam gestalten. Das Vereinsleben prägt damit die Stadtteile. Den Bürgervereinen kommt eine besondere Verantwortung zu, weil sie auch für die politische Willensbildung eine wichtige Rolle spielen. Zusammen mit den zahlreichen anderen Vereinen tragen sie zu einem vielfältigen Angebot für die Bürger*innen und zur Weiterentwicklung Karlsruhes bei. Wir wollen sie von städtischer Seite und auf Nachfrage bei der Durchführung von Ideenwerkstätten und ähnlichen Beteiligungsformaten hinzuziehen und unterstützen.

Kinder und Jugendliche beteiligen. In Karlsruhe hat sich eine vielfältige Beteiligungskultur für Kinder und Jugendliche etabliert. Das Karlsruher Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche hat hierfür eine gute Basis geschaffen. Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche stärker bei städtischen Beteiligungsprojekten einbezogen werden und die Inhalte entsprechend aufbereitet werden. Dazu gehört, dass wir das erfolgreiche Projekt „MyCity.MyPlace.“ erhalten und mit besserer Personalausstattung weiterführen möchten. Außerdem möchten wir das Stellenkontingent für Jugendbeteiligung deutlich ausbauen und ein deutlich höheres Budget für Kinder- und Jugendbeteiligung bereitstellen.

Jugendbeteiligung weiterentwickeln. Wir wollen, dass das Beteiligungskonzept für Jugendliche, das Leben in der Stadt aktiv mitzugestalten, ausgebaut und erweitert wird und die Jugendlichen stärker bei den Bürger*innenprozessen eingebunden werden. Darüber hinaus wollen wir die Verbindlichkeit der Beteiligung von Jugendlichen erhöhen. Über die Erweiterung des Beteiligungskonzepts, beispielsweise auch über die Weiterentwicklung der Jugendkonferenz, deren Ausstattung mit Antragsrecht im Gemeinderat oder der Einrichtung eines Jugendgemeinderats sollen in erster Linie Jugendliche entscheiden.

Digitale Beteiligung ausbauen. Das bestehende Bürger*innenbeteiligungsportal soll übersichtlicher, interaktiver und zeitgemäßer werden. So können Politik und Verwaltung einfach und schnell die Meinung der betroffenen Bürger*innen einholen und berücksichtigen. Ein kontinuierlicher Dialog und eine konstruktive Debatte zwischen den Bürger*innen und der Verwaltung können den Gemeinderat bei Entscheidungsfindungen unterstützen. Aus diesem Grund fordern wir einen verstärkten Einsatz und auch eine verbesserte Integration des Beteiligungsportals in die Karlsruhe.App.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Bürger*innenräte für gegebene Fragestellungen zu kommunalen Themen einsetzen*

- *Verbindlichkeit der Jugendbeteiligung erhöhen*
- *Digitales Beteiligungsportal verstärkt nutzen und in die Karlsruhe.App integrieren*

Sport

Bewegung und Sport haben eine vielschichtige Bedeutung innerhalb der Stadtpolitik. Neben den gesundheitlichen Aspekten schafft Sport unverzichtbare soziale Strukturen und spielt eine entscheidende Rolle für gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Wir möchten den Sport in Karlsruhe in seiner gesamten Bandbreite fördern, insbesondere die Arbeit der Vereine. Wir setzen uns für ein vielfältiges und offenes Angebot ein, das alle Generationen berücksichtigt.

Förderung der Schul- und Vereinskooperation. In Karlsruhe wird die Kooperation zwischen Vereinen und Schulen seit einigen Jahren erfolgreich gefördert. Wir möchten dieses Programm fortsetzen und weiterentwickeln. Mit dem Anstieg des Ganztagsangebots an Schulen tragen solche Angebote dazu bei, die sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Wir möchten dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche früh mit Sportvereinen in Kontakt kommen und sich eventuell dazu entschließen, sich langfristig dort zu engagieren.

Bewegungsmangel entgegenwirken. Insbesondere seit der Corona-Pandemie leiden viele Kinder unter Bewegungsmangel und der Abnahme ihrer sportmotorischen Fähigkeiten. Wir fordern, dass die Stadt Karlsruhe genügend Räume für kreatives Spiel in Bewegung bereitstellt. Wir sind offen dafür, alle Kinder regelmäßig zur Bewegungsmotorik an den Schulen zu untersuchen und auf dieser Grundlage gezielte Beratung und Angebote zu machen. Hier möchten wir die Kompetenz der Sportvereine einbinden und entsprechende Kurse fördern, insbesondere um die Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.

Sportliche Infrastruktur. Als Grundlage für ihre Arbeit benötigen Vereine und Schulen eine gute Hallen- und Sportanlagen-Infrastruktur. Eine ausreichende Anzahl an Sporthallen ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns weiterhin für den Bau zusätzlicher Hallen ein. Die Nachfrage nach Trainingsmöglichkeiten wird bei weitem nicht gedeckt und auch durch die anstehende Sanierung vieler Bestandshallen und Sportanlagen entstehen Engstellen bei den Trainingszeiten von Vereinen und Schulen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass bei zukünftigen Sanierungsprojekten rechtzeitig und zuverlässig Ausweichmöglichkeiten für Vereine geschaffen werden.

Leistungssport fördern. Herausragende Sportler*innen tragen dazu bei, das Bewusstsein bei Jugendlichen für die Bedeutung von Sport, von Fairness und Teamarbeit zu steigern. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass Vereine die Anforderungen für Spitzenleistungen im Sport erfüllen können. Wir wollen uns bei einer fortführenden Entwicklung der Richtlinien zur Förderung von Leistungssportler*innen konstruktiv einbringen.

Öffentliche Bewegungsangebote ausbauen. Neben den Angeboten in Schulen und Vereinen besitzt Karlsruhe auch ein großes Angebot an öffentlichen Bewegungsangeboten. Besonders für die Trendsportart Calisthenics wurden in den letzten Jahren auch durch unseren Einsatz einige neue Anlagen errichtet, welche sich einer hohen Beliebtheit erfreuen. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche und wohnortnahe Angebote weiter ausgebaut und unterhalten werden. Dabei wollen wir ein Angebot schaffen, das die Bedürfnisse bezüglich Alter, Geschlecht und Sportkenntnissen möglichst gleichmäßig berücksichtigt.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Sportvereine in Angebote für Ganztagschulen einbinden*
- *Bau weiterer Sporthallen*

- *Öffentliche Bewegungsangebote wie Calisthenics-Anlagen ausbauen*

Kultur

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil des Stadtlebens. Kultur fördert die Gemeinschaft, vermittelt Werte und schafft Vielfalt in der Stadt. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des persönlichen Austauschs und der Teilnahme am kulturellen Leben hervorgehoben. Wir setzen uns für die Kulturbranche ein und haben den Kultur-Notlagenfonds initiiert, um kulturelle Einrichtungen während der Pandemie zu unterstützen. Gleichzeitig haben wir erkannt, dass die Kulturbranche Herausforderungen wie kurzfristige Publikumsentscheidungen und die Verschmelzung von Genres bewältigen muss. Kultur kann den Blick auf gesellschaftlich relevante Themen wie die Nachhaltigkeitszeile aus der Agenda 2030 oder die Bekämpfung von Sexismus lenken und zur Diskussion und Wertevermittlung beitragen. Daher befürworten wir eine Umgestaltung des Kulturamts, um die kulturelle Vielfalt zu fördern und kleineren Einrichtungen eine starke Partnerschaft anzubieten.

Transparenz und demokratische Strukturen im Kulturbereich fördern. Das Gebäude des Badischen Staatstheaters wird gerade umgebaut – genauso wie die Organisation und Führung des Theaters. Wir fordern das Badische Staatstheater auf, die demokratischen Strukturen auszubauen und zu verfestigen. Dazu gehören verbindliche Compliance-Regeln auf allen Ebenen. Den Umbau des Betriebs werden wir ebenso kritisch begleiten wie den Umbau des Gebäudes und dabei besonders auf die Kosten achten.

Städtische finanzielle Zuschüsse und Förderungen müssen nach transparenten, nachvollziehbaren und geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. Projektmittel sollten als solche erkennbar sein. Geförderte Projekte sollten nicht jedes Jahr automatisch wiederholt und somit zu einer quasi-institutionellen Förderung werden. Daher halten wir eine generelle zeitliche Begrenzung von Projektanträgen für sinnvoll.

Miet- und Personalkostenzuschüsse dynamisieren. In den letzten Jahren wurden die Förderungen im Kulturbereich nicht erhöht und zuletzt sogar teilweise zurückgefahren. Inflation, steigende Energiekosten und Lohnzuwächse wurden bei kleineren und mittleren Kulturbetrieben nie berücksichtigt. Der vom Gemeinderat beschlossene Einstieg in die Dynamisierung des Kulturetats ist an die Entwicklung eines Konzepts seitens des Kulturamts geknüpft. Bei der Vergabe der Zuschüsse sollte die Entwicklung nachhaltiger und ressourcenschonender Institutionen besonders beachtet werden.

Freie Künste unterstützen. Viele wichtige Impulse für die Zivilgesellschaft kommen von Institutionen außerhalb der staatlichen und sonstigen öffentlich getragenen Einrichtungen im Kulturbereich. Die freien darstellenden Künste sollen innerhalb des städtischen Haushalts finanziell und strukturell ebenso gestärkt werden wie freie Musik-, Tanz- und Performancegruppen sowie Installationen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Ausstellungsvergütung für Künstler*innen eingeführt wird, die in städtischen und von der Stadt geförderten Ausstellungen ihre Werke präsentieren. Sie soll von den Ausstellenden im Förderantrag jeweils berücksichtigt werden. Kunstschaffenden und Studierenden wollen wir mehr Platz für ihre (digitale) Kunst im öffentlichen Raum bieten.

Kulturzugang gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die kulturelle Förderung an grundsätzlichen Schwerpunkten orientiert. Wir benötigen einen sozial gerechten Zugang zur Kultur für alle Menschen in unserer Stadt, da Kultur den Blickwinkel erweitert, zum sozialen Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft beiträgt und Freude bereitet. Deshalb hat die kulturelle Bildung, vor allem für Kinder und Jugendliche, für uns einen hohen Stellenwert. Projekte, die Menschen mit bisher geringer Partizipation erreichen, sind besonders wichtig und sollen in der Kulturförderung vorrangig berücksichtigt werden. Wir setzen uns für den Erhalt des Förderprojekts „Schule und Kultur“ ein. Wir unterstützen, dass alle Grundschulkinder, Schüler*innen in Berufsschulen und in Schulen mit besonderem Förderbedarf Zugang zur musikalischen Bildung erhalten. Weitere Projekte wie das Kulturlotsenprojekt sollen in Zukunft mehr Kinder aus sozial benachteiligten Familien erreichen.

Probenräume schaffen. Probenräume für Musikgruppen und Bands sowie für freie Theater-, Tanz- und Performancegruppen werden dringend benötigt. Diese Situation wollen wir verbessern. Mit dem Ziel, mehr bezahlbare und zugängliche Probenräume zu schaffen, sind gesamtstädtische Anstrengungen erforderlich.

Innovation und Medienkunst unterstützen. Zu den Schwerpunkten gehören auch Nachhaltigkeit in der Kultur sowie Innovationen und Medienkunst. Gerade in letzterem Bereich fühlen wir uns durch unsere Mitgliedschaft im internationalen Netzwerk „Unesco City of Media Arts“ besonders verpflichtet. Medienkunst stellt das Bindeglied zwischen Kunst, Wissenschaft und Forschung dar und gehört somit zu den Alleinstellungsmerkmalen unserer Stadt. Unsere Hochschulen sowie das Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) sind dafür die wesentlichen Akteur*innen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Transparente und nachvollziehbare Kriterien für städtische Vergaben entwickeln*
- *Ausstellungsvergütung einführen für Künstler*innen, die in städtischen Ausstellungen ihre Werke präsentieren*
- *Probenräume für Musikgruppen und Bands sowie für freie Theater-, Tanz- und Performancegruppen schaffen*

Erinnerungskultur

Unser Ziel ist ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Gedenkstätten sind für uns Orte der lebendigen Auseinandersetzung und stellen immer neue Fragen zur Vergangenheit und zum Handeln in der Gegenwart. Wir wollen die Erinnerungskultur würdigen und ausbauen. Es ist Aufgabe der Kommune, zivilgesellschaftliche Gruppen bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen.

Gedenkort erhalten und pflegen. Es ist uns wichtig, dass die deutsche Vergangenheit in einer lebendigen Erinnerungskultur präsent bleibt. Wir wollen, dass sich die Gesellschaft weiterhin mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzt und den mutigen Widerstand würdigt. Wir setzen uns daher dafür ein, Gedenkort zu erhalten und zu pflegen. Orte, die uns daran erinnern, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, politischen und religiösen Überzeugungen oder Behinderungen drangsaliert und getötet wurden. Außerdem fordern wir, dass die Stadt Karlsruhe weiterhin den Aufbau der nationalsozialistischen Gedenkstätte in Baden, den Lernort Kislau e.V., unterstützt.

Kolonialgeschichte aufarbeiten. Mit unserer Unterstützung wurde erreicht, dass die Kolonialgeschichte Karlsruhes in den nächsten zwei Jahren auf städtischer Ebene aufgearbeitet wird. Diese Aufarbeitung soll in engem Austausch mit Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stattfinden. Wir bestehen darauf, dass Straßen, deren Namen einen kolonialen Kontext haben (Wissmann- und Lüderitzstraße), umbenannt werden.

Verfolgung queerer Personen wissenschaftlich darstellen. Die Verfolgungsgeschichte queerer Personen in Karlsruhe ist bisher nur bruchstückhaft aufgearbeitet. Beispielsweise die Leidensgeschichte von lesbischen Menschen oder trans Personen ist bisher kaum erforscht. Wir wollen die historische Aufarbeitung queerer Perspektiven durch wissenschaftliche Forschung unterstützen und das dabei gewonnene Wissen der Stadtgesellschaft zugänglich machen.

Baukulturelles Erbe respektieren. Obwohl Karlsruhe eine junge Stadt ist, hat sie mit ihrem Fächergrundriss und den Weinbrenner-Bauten historisch bedeutsame Baudenkmäler. Bei der Stadtplanung muss diesen Zeugnissen mit Umsicht begegnet werden. Dies gilt für markante Achsen wie

die Via Triumphalis oder Anlagen wie das Rheinstrandbad Rappenwört. Ein Kernaspekt der europäischen Stadt ist jedoch ihre kontinuierliche Weiterentwicklung, die Altes schützt und Neues nachhaltig integriert.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Gedenkorte zu nationalsozialistischen Verbrechen unterstützen, erhalten und pflegen*
- *Straßennamen mit kolonialistischem Bezug umbenennen*
- *Wissenschaftliche Forschung zur Verfolgung queerer Menschen in Karlsruhe fördern*

Für Innovation und Zukunft

Die Kommune hat eine besondere Verantwortung – als Arbeitgeberin, Auftraggeberin und Förderin. Für uns GRÜNE stehen dabei soziale und ökologische Kriterien an erster Stelle.

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels spielt der Standortfaktor eine große Rolle. Die Stadt der Zukunft ist für uns eine, die für attraktive Arbeitsplätze sorgt: Sie ermöglicht flexibles Arbeiten, sorgt für eine faire Bezahlung und ist digital auf dem neuesten Stand. Sie ist ein attraktiver Wissenschaftsstandort und bietet Studierenden genügend Wohnraum. Die Stadt der Zukunft fördert das Handwerk und Neugründungen. Wissenschaft, Politik und Stadtgesellschaft sind stark vernetzt. Die Politik orientiert sich dabei an wissenschaftlichen Erkenntnissen, z.B. in Form von wissenschaftlichen Reallaboren.

Die Stadt der Zukunft übernimmt Verantwortung: Bei der städtischen Auftragsvergabe und Beschaffung stehen soziale und ökologische Kriterien im Vordergrund. Sie kümmert sich um jede*n Einzelne*n und unterstützt bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Stadt der Zukunft bietet lebendige Begegnungsräume, gerade auch in der Innenstadt. Leer werdende Räume werden für kulturelle und gemeinschaftliche Zusammenkünfte genutzt, für alle ist etwas dabei. Diese Stadt ist für alle lebenswert.

Zukunftsorientierte Verwaltung

Die Stadt Karlsruhe beschäftigt fast 7.000 Menschen, die eine Vielzahl von Themen, Anfragen und Anträgen bearbeiten. Während die Anforderungen und Aufgaben zunehmen, bleiben immer mehr Stellen unbesetzt. Die Pensionierung vieler Mitarbeiter*innen und knappe Kassen, die kaum Stellenschaffungen zulassen, stellen die Verwaltung vor Herausforderungen. Die Digitalisierung kann und muss langfristig Abläufe vereinfachen.

Die Stadt als attraktive, moderne Arbeitgeberin. Eine gute Verwaltung ist auch eine gute Arbeitgeberin und Dienstleisterin für Menschen und Unternehmen in Karlsruhe. Ob demografischer Wandel oder Digitalisierung: Antworten auf diese Herausforderungen erfordern gute Mitarbeiter*innen und gute Weiterbildungsangebote. Deshalb wollen wir weiter in die Attraktivität der Arbeits- und Ausbildungsplätze bei der Stadt und damit in die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung investieren.

Karlsruhe als faire Arbeitgeberin zahlt einen fairen Lohn. Wir haben erreicht, dass Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn erhalten wie städtische Mitarbeiter*innen. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an Leiharbeit weiter reduzieren. Mit der Bildung von Personalpools, z.B. im Eigenbetrieb „Team Sauberes Karlsruhe“, ist ein vielversprechender Weg eingeschlagen worden, der vorbildhaft für andere Ämter sein kann.

Reinigungskräfte städtisch anstellen. Es ist ein großer Erfolg, dass in der Reinigung künftig wieder mehr städtische Mitarbeiter*innen eingesetzt werden sollen. Wir konnten das schleichende Outsourcing stoppen. Reinigungskräfte, die im Auftrag der Stadt arbeiten, werden dann wieder nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt und haben ein Recht auf Weihnachtsgeld, betriebliche Altersvorsorge und vieles mehr. Unser Ziel ist es, dass alle Unterhaltsreinigungen von städtischen Mitarbeiter*innen erbracht werden.

Städtische Ausbildung stärken. Wenn in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen, muss die Stadt sich anstrengen, um ausreichend Nachwuchs zu finden. Dabei darf es nicht nur um Werbekampagnen gehen. Wir wollen unsere Städte- und Projektpartnerschaften nutzen, um Karlsruhe auch als potenzielle Arbeitgeberin zu präsentieren. Hier vor Ort wollen wir Projekte zur Integration von Geflüchteten direkt bei der Stadt ausbauen. Positive Erlebnisse und Vorbilder stärken das Bild der Stadt Karlsruhe als internationale und attraktive Arbeitgeberin.

Zu einem modernen Arbeitsplatz gehört die Möglichkeit zur Arbeit in Teilzeit genauso wie im Homeoffice. Wir wollen das Arbeiten in Teilzeit gerade auch in Führungspositionen weiter stärken. Gute Ausbildungsplätze gibt es nur mit guten Ausbilder*innen und gute Ausbilder*innen gibt es nur, wenn wir ihnen genug Zeit für die Ausbildung zur Verfügung stellen.

Digitalisierung in der Stadtverwaltung vorantreiben. Digitalisierung kann sowohl für die Menschen in Karlsruhe als auch für die Mitarbeitenden in der Verwaltung vieles vereinfachen und Arbeitsprozesse verkürzen. Die Umstellungsprozesse der weit über 100 Fachverfahren stellen auch eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Mit dem IT-Amt als zentraler Stelle für diese Aufgabe wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen. Unser Ziel ist es, Ende-zu-Ende-Lösungen zu realisieren, die den gesamten Prozess medienbruchfrei digital durchlaufen. Zwischenlösungen sollen nur zum Einsatz kommen, wenn sie einen konkreten Mehrwert bringen. Wir unterstützen keine Insellösungen. Wir fordern und fördern offene Schnittstellen und Open-Source-Lösungen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin: Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen*
- *Den Anteil an Leiharbeit durch Personalpools reduzieren*
- *Verwaltungsprozesse digitalisieren*

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet die Chance, den Alltag der Menschen und die Öffentlichkeitsbeteiligung zu erleichtern, umweltschonende Alternativen zu schaffen und Arbeitsprozesse zu vereinfachen. Dafür braucht es einen politischen Rahmen, der die Chancen der Technologie nutzt und negative Auswirkungen der Transformation vermeidet. Wir wollen digitale Lösungen verwenden, um Ressourcen klüger einzusetzen, damit mehr Zeit für die Dinge bleibt, die nur analog funktionieren. Die vom Gemeinderat verabschiedete städtische Digitalstrategie ist ein konzeptioneller Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung. Dennoch wollen wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Unsere Forderungen zielen darauf ab, Karlsruhes Position in der digitalen Transformation nicht nur zu bewahren, sondern diese weiter auszubauen und die Stadt als Pionier auf diesem Gebiet voranzubringen.

Open Government und digitale Souveränität. Es hat sich gezeigt, dass beispielsweise das jährlich fortgeschriebene Jugendhilfe-Monitoring oder die datenbasierte Sozialplanung wertvolle Ressourcen für alle am Stadtleben und der Stadtpolitik beteiligten Akteur*innen darstellen. Wir fordern in allen Bereichen des Verwaltungshandelns standardmäßig Daten nach dem Prinzip „open-by-default“ zu veröffentlichen, um die Verfügbarkeit für die Öffentlichkeit zu verbessern.

Im Bereich der digitalen Souveränität sehen wir vor allem den Einsatz von Open-Source-Software als zentralen Baustein. Sie ist nachhaltiger, macht uns unabhängiger, ist langfristig meist günstiger und ermöglicht, dass Softwareprodukte bedarfsgerecht eingesetzt werden. Open-Source und offene Schnittstellen sollten in den Ausschreibungen der Stadt Karlsruhe als Bewertungskriterium genannt werden. Eigenentwicklungen und Auftragsarbeiten sollten grundsätzlich Open-Source sein. Der Übergang zu Open-Source-Software in der Stadtverwaltung wird besonders durch fehlende Schnittstellen zu zahlreichen Fachanwendungen erschwert. Daher sprechen wir uns für ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Kommunen, dem Land sowie dem Dienstleister Komm.ONE aus, um die Bereitstellung der Schnittstellen durch die Dienstleister zu erreichen.

Digitale Bürger*innenservices. Die städtische Homepage ist das zentrale städtische Serviceangebot für Bürger*innen. Wir setzen uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Website ein, um sie noch umfangreicher, intuitiver, barriereärmer und übersichtlicher und für die digitale Beteiligung auszugestalten. So sollen immer mehr Behördengänge online erledigt werden. Dadurch haben

Bürger*innen mehr Lebens- und Familienzeit – gleichzeitig wird im Rathaus mehr Kapazität für Menschen in besonderen Situationen oder mit Unterstützungsbedarf geschaffen. Unter der Benutzer*innenoberfläche müssen digitale Dienste vom Anfang bis Ende konzipiert werden, damit auch die Verwaltung von damit verbundenen Effizienzgewinnen profitiert.

Der Ausbau der Website muss Hand in Hand mit der Weiterentwicklung der Karlsruhe.App gehen. Diesen Prozess werden wir GRÜNE weiterhin kritisch begleiten und darauf hinwirken, dass die App durch die Integration von Anwendungen wie den Bürger*innenservices, einer Bürger*innen- und Jugendbeteiligungs-Plattform sowie einem überarbeiteten Transparenzportal mit erweiterten Kartenfunktionen künftig einen Mehrwert für die Bürger*innen bietet.

Weiterhin setzen wir uns für die Ausweitung der sehr beliebten und im Zoo bereits vielfach genutzten digitalen Möglichkeit zum Ticketkauf auf weitere städtische Institutionen wie Schwimmbäder ein.

Glasfaserausbau vorantreiben. Die Glasfaserinfrastruktur ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und auch wirtschaftlich von hoher Relevanz. Ein großer Anteil der Gewerbesteuererinnahmen geht auf den Digitalbereich zurück. Wir setzen uns dafür ein, dass der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur systematisch, schnell und ressourceneffizient vorangetrieben wird. Zudem werden bald nahezu alle Karlsruher Schulen an das Glasfasernetz angebunden sein. Auf unsere Initiative hin wurden die bislang nicht angeschlossenen Schulen sowie die Kinder- und Jugendhäuser der Stadt übergangsweise mit Breitbandinternet versorgt. Den Ausbau werden wir konsequent weiterverfolgen.

WLAN-Hotspots ausweiten. Wir streben eine deutliche Ausweitung und Verbesserung des bestehenden öffentlichen WLAN-Angebots KA-WLAN und KA-sWLAN an. Hierzu zählen die Verwendung aktueller WLAN-Standards und eine erhöhte Verfügbarkeit, z.B. an allen ÖPNV-Haltestellen, in öffentlichen Gebäuden und auf Spielplätzen sowie die Bereitstellung von schnellem und kostenlosem Internet an allen Standorten. Zu diesen Standorten gehören auch die Gebäude der städtischen Unternehmen, insbesondere das städtische Klinikum. Zudem setzen wir uns für einen Zugang ohne Anmeldung in störenden Captive Portalen ein, um einen zuverlässigen, sicheren und barrierefreien Internetzugang bieten zu können. Gemeinschaftliche Bewegungen wie Freifunk Karlsruhe, welche ehrenamtlich gut 390 freie WLAN-Zugangspunkte bereitstellen, wollen wir unterstützen.

Digitalkompetenz stärken. Wir setzen uns für Angebote der digitalen Grundbildung für alle Generationen ein, indem wir unsere städtische Förderung und Zusammenarbeit mit zentralen Institutionen wie der Volkshochschule oder dem Stadtmedienzentrum intensivieren. Darüber hinaus wollen wir Hackerspaces, Vereine und Veranstaltungen wie die Gulaschprogrammierenacht fördern, um so den Menschen den Zugang zu modernen Lebens- und Arbeitsweisen zu eröffnen und zugleich Präventionsarbeit gegen wachsende IT-Sicherheitsbedrohungen zu leisten.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Ausbau der digitalen Bürger*innenservices*
- *Glasfaserausbau vorantreiben*
- *WLAN-Hotspots ausweiten*

Nachhaltige Beschaffung

Nachhaltige Beschaffung bezieht sich auf den Kauf von Produkten, Dienstleistungen und Bauprojekten für städtische Verwaltungen und Organisationen. Bei diesem Prozess legen wir Wert auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeitskriterien. So können wir negative Auswirkungen auf Umwelt und Klima minimieren, soziale Verantwortung fördern und wirtschaftliche Vorteile erzielen.

Klimaverträgliche Vergabe erweitern. Mit der Beschaffung von Fahrzeugen mit klimaverträglichen Antrieben ist uns hier dank des Klimaschutzkonzepts ein Anfang gelungen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der städtische Fuhrpark auf elektrische Antriebe umgestellt wird. Dass Tariftreue ein Kriterium bei Vergaben sein wird, ist ein großer grüner Erfolg. Die rechtssichere Umsetzung dieses Pilotprojekts ist weiterhin unser Ziel. Bei der Vergabe können bis zu 50 % der Kriterien nicht rein wirtschaftliche sein. Diese Grenze wollen wir – im Sinne mehr sozialer und klimarelevanter Ziele – ausreizen.

Transparente Beschaffungsprozesse ausbauen. Die Stadt Karlsruhe hat bereits einige transparente Beschaffungsprozesse implementiert. Diese ermöglichen es Lieferant*innen, nachhaltige Lösungen vorzuschlagen und fair an Ausschreibungen teilzunehmen. Wir möchten diesen Prozess weiter ausbauen.

Soziale Verantwortung übernehmen. Bei der Beschaffung hat die Stadt auch eine soziale Verantwortung. Beispiele hierfür sind eine faire Bezahlung, die Vermeidung von Kinderarbeit und die Förderung der Geschlechtergleichstellung. Wir informieren uns regelmäßig über die Art und Weise, wie die Stadt diese Verantwortung wahrnimmt. Karlsruhe ist als zertifizierte Fairtrade-Town und mit ihrer regelmäßigen Teilnahme an der Fairen Woche auf einem guten Weg. Sie beschafft Produkte wie Kaffee, Tee, Schokolade, Blumen, Schutzkleidung unter anderem aus fairem Handel. Eine städtische Beschaffungsrichtlinie schließt zudem den Einkauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit aus. Die Palette an ökofairen Beschaffungen durch die Stadtverwaltung wollen wir schrittweise weiter ausbauen, indem Mitarbeiter*innen der städtischen Verwaltung über nachhaltige Beschaffung informiert und geschult werden.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe anwenden*
- *Transparente Beschaffungsprozesse ausweiten*
- *Städtische Mitarbeiter*innen über nachhaltige Beschaffung informieren*

Wirtschaftsförderung

Karlsruhe ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Als Knotenpunkt sowohl im Straßen- als auch Schienenverkehr ist Karlsruhe bestens mit der Region vernetzt. Über den Rheinhafen ist auch der Wasserweg nutzbar. Als Oberzentrum erfüllt Karlsruhe Aufgaben für die ganze Region. Zu den Stärken unserer Stadt gehören die gute Vernetzung nach außen, z.B. mit Frankreich über Netzwerke wie PAMINA und die Technologieregion Karlsruhe, und die Vernetzung nach innen (z.B. über karlsruhe.digital). Die Stadt weist außerdem eine große Vielfalt an wissenschaftlichen Institutionen auf, allen voran das KIT und die Hochschule Karlsruhe, sowie an Unternehmen, insbesondere im digitalen Bereich.

Grüne Wirtschaftsförderung stellt die Menschen in den Mittelpunkt. Das Ziel ist es, attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze in Karlsruhe zu schaffen und zu erhalten, gute und stabile Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen sowie die Verfügbarkeit lokaler Dienstleistungen zu fördern. Den Rahmen dafür – wie für alles andere – liefern die endlichen Ressourcen. Wir streben die nachhaltige Nutzung knapper werdender Flächen an, setzen auf Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Grüne Wirtschaftsförderung unterstützt das mittelständische Handwerk vor Ort, fördert Existenzgründungen, regionale Produkte und die dezentrale Versorgung im Einzelhandel.

Bezahlbare Flächen für Handwerk schaffen. Gerade für das Handwerk sind fehlende bezahlbare Flächen ein Problem. Wir freuen uns, dass für die Eröffnung eines Gründungszentrums Handwerk bei den letzten Doppelhaushaltsberatungen der Grundstein gelegt wurde. Was auf dem Gelände des Alten Schlachthofs für Kreativschaffende gelungen ist, soll an anderer Stelle für Handwerker*innen umgesetzt werden. Dieses Projekt kann nicht ausreichend Fläche für alle zur Verfügung stellen, aber es setzt Impulse und es kann zeigen, wie Gewerbefläche effektiv genutzt werden kann. Durch Synergieeffekte und gemeinsam

genutzte Infrastrukturen sowie gezielte Beratung können Menschen für die Gründung eines eigenen Betriebs gewonnen werden, die davor bisher zurückgeschreckt sind.

Gründungsberatung fortführen. Wirtschaftsförderung hat auch die Aufgabe, neue Talente zu unterstützen und deren Potenzial für unternehmerisches Handeln freizusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die erfolgreiche Gründungsberatung im Bereich der Informationstechnologie und im Kreativbereich fortgeführt und für andere Branchen verstärkt wird. Gerade auch Kleinunternehmen können einen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften leisten. Diese wollen wir stärker unterstützen.

Frauen* fördern. Frauen* gründen anders. Wir wollen spezifische Ansprache und Beratungen weiterführen und uns dafür einsetzen, dass in den Netzwerken Frauen* sichtbarer und damit ansprechbar werden. So wollen wir die Zahl der Frauen*, die gründen, weiter steigern.

Innenstadt transformieren. Vor uns liegt die große Aufgabe der Transformation der Innenstadt. Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht: Weniger Einzelhandel, mehr gastronomische Angebote, mehr Kultur und mehr Aufenthaltsqualität. Die Innenstadt soll nicht nur ein Ort des Einkaufens sein, sondern auch Wohnzimmer und Event-Location werden. Auf diesem Weg wollen wir weiter voranschreiten. Wir wollen eine gute Vernetzung der Wirtschaftsförderung nutzen, um Menschen in der Innenstadt bei Veranstaltungen zusammenzubringen. Mit der Ausweitung der Außengastronomie auf Parkplätzen haben wir in den letzten Jahren für die ganze Stadt einen großen Schritt gewagt, der viele neue Begegnungsorte geschaffen hat. Wir wollen störende Werbeflächen in der Innenstadt reduzieren und stattdessen (digitaler) Kunst mehr Raum bieten.

Güter gehören auf die Schiene. Mit dem Metropolkonzept für den Schienengüterverkehr ermöglichen wir in einer Partnerschaft mit den produzierenden Unternehmen einen Baustein klimafreundlicher Transformation. Den überregionalen Güterverkehr auf der Schiene wollen wir zusätzlich durch urbanen Güterverkehr per Straßenbahn ergänzen. Diese Verlagerung auf die Schiene ermöglicht den Karlsruher Unternehmen ein nachhaltigeres Wirtschaften.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Handwerk fördern und für gute Arbeits- und Ausbildungsplätze sorgen*
- *Gründer*innen beraten und fördern*
- *Innenstadt transformieren und neue Begegnungsräume schaffen*

Arbeitsmarktförderung

Mit der Einführung des Bürgergelds wurde die Situation für Menschen im Leistungsbezug des Jobcenters verbessert. Leistungsminderungen im Sinne von Sanktionen sind aber weiter möglich. Wir möchten eine konsequente Nutzung der neuen Spielräume zugunsten der Empfänger*innen auch hier in Karlsruhe. Die persönlichen Bedarfe und Lebenssituationen sollen weiterhin berücksichtigt werden, um künftig besondere Härten aufgrund von Kürzungen zu verhindern.

Schlichtungsverfahren ermöglichen. In einem Kooperationsplan wird der Ablauf zwischen dem Jobcenter und dem*der Arbeitssuchenden gemeinsam erarbeitet. Sollte es dabei zu Meinungsverschiedenheiten kommen, kann ein Schlichtungsverfahren weiterhelfen. Dieses Angebot wollen wir einführen.

Beratung mit dem Menschen im Mittelpunkt. Wir wollen eine verständliche Kommunikation vor Ort vorantreiben. Eine unabhängige Beratung von Menschen im Leistungsbezug ist aus unserer Sicht eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit, welche auch bei komplizierten rechtlichen Fragen und Konflikten weiterhelfen kann. Die Arbeitswelt ist durch die Digitalisierung und Automatisierung in einem großen Umbruch. Mit entsprechenden Schulungsangeboten durch das Jobcenter wollen wir arbeitslosen

Menschen wieder Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Auch die neu geschaffene Möglichkeit eines Coachings kann eine Rückkehr ins Arbeitsleben erleichtern und so wollen wir dieses Angebot vorantreiben.

Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle ermöglichen. Das Gesamtkonzept „Sozialer Arbeitsmarkt“ ist ein Karlsruher Erfolgsmodell. Wichtig sind hier besonders die Arbeit mit Langzeitarbeitslosen durch erfahrene und innovative Träger*innen, eine Fülle von Einsatzstellen mit für die jeweilige Person passenden, sinnstiftenden und gemeinwohlorientierten Tätigkeiten. Dies kann nur durch eine Vielfalt der Träger*innen gelingen. Daher setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung der bestehenden und auch neuen Träger*innen ein und wollen so innovativen Impulsen Raum geben. Wir machen uns für den Erhalt des „Sozialen Gartens“ in Wolfartsweier stark.

Unterstützung in jedem Alter. Angesichts des demografischen Wandels muss die Anzahl der Plätze für die Aktivierung und Beschäftigung ausgebaut werden. Die Anzahl der Rentner*innen wird steigen. Menschen, die bis zur Rente in Arbeitsgelegenheiten oder KommBe-Stellen (Kommunale Beschäftigung) beschäftigt waren, fehlt durch den Eintritt in die Rente die zuvor bestehende Tagesstrukturierung. So besteht die Gefahr der Vereinsamung oder eines Rückfalls bei Abhängigkeiten. Daher setzen wir uns für entsprechende Angebote ab der Rente ein. Gerade durch die Corona-Zeit wurden junge Menschen, insbesondere mit schwierigerer Ausgangslage, abgehängt. Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt von Programmen für junge Erwachsene, wie „Geht was?!“ und andere Angebote, die an die jeweiligen Lebenssituationen angepasst sind, z.B. der Schulsozialarbeit an Berufsschulen.

Inklusiven Stellenpool aufbauen. Wir wollen die Einrichtung eines zentralen Stellenpools bei der Stadt für Menschen mit Behinderung prüfen. Ziel ist, dass die Stadt Menschen mit Behinderung unabhängig von den ausgeschriebenen Stellen anhand ihrer individuellen Fähigkeiten und Stärken einstellt und die Stellen entsprechend der Anforderungen ausgestalten kann. Damit stärkt die Stadt ihre Vorbildfunktion als inklusive Arbeitgeberin. Auch ihre Tochtergesellschaften sollen die Mindestquote von 5 % von Menschen mit Behinderung unter den Beschäftigten übererfüllen.

Berufliche Integration fördern. Wir wollen die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung fördern. Beim Übergang in den ersten Arbeitsmarkt müssen sie professionell begleitet werden. Wir unterstützen die Schaffung von ausgelagerten Arbeitsplätzen aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Unternehmen des ersten Arbeitsmarkts. Wir möchten auf die Fördermöglichkeit „Budget für Arbeit“ aufmerksam machen und Unternehmen und Verbänden mit Beratung als inklusive Arbeitgeber*innen gewinnen.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Schlichtungsverfahren zwischen Arbeitssuchenden und Jobcenter etablieren*
- *Schulungen und Coachings für Arbeitssuchende anbieten*
- *„Sozialer Arbeitsmarkt“ stärken und Finanzierung der Träger*innen sichern*

Wissenschaft

Die Bedeutung wissenschaftlicher Institutionen ist unter den aktuellen Herausforderungen besonders hervorzuheben. Karlsruhe ist durch neun Hochschulen, mehr als 26 Forschungseinrichtungen und zahlreiche Museen und Bibliotheken ein Wissenschaftsstandort von hoher Bedeutung. Darüber hinaus prägen über 40.000 Studierende das Stadtbild. Wir wollen daher das Profil der Stadt Karlsruhe als Wissenschaftsstadt weiter stärken, die Vernetzung unterschiedlicher Institutionen mit Wirtschaft und Stadtgesellschaft vorantreiben und Karlsruhe als Forschungs- und Studienort attraktiv gestalten.

Studentisches Wohnen ausbauen. Karlsruhe ist der Wohnort von über 40.000 Studierenden aus dem In- und Ausland. Wir wollen die Attraktivität des Hochschulstandorts erhalten und weiterentwickeln. Der Wohnungsmarkt für Studierende und Auszubildende ist jedoch weiterhin angespannt. Wir setzen uns dafür ein, dass studentisches Wohnen bei der Entwicklung neuer Bauprojekte berücksichtigt wird. Besonders die Anzahl an Studierendenwohnheimen ist in Karlsruhe im Vergleich zu anderen Universitätsstädten eher gering. Die Suche nach geeigneten Standorten hat für uns eine hohe Priorität.

Studentisches Leben berücksichtigen. Für eine hohe Qualität der Lebens-, Arbeits- und Studienbedingungen braucht es eine gute Verkehrsinfrastruktur für aktive Mobilität, geeignete Lernplätze, ein gutes Raumangebot für Konferenzen und ein breites Angebot an kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Wünsche und Belange von Studierenden an diesen Stellen berücksichtigt werden.

Vernetzung vorantreiben. Ziel für die Wissenschaftsstadt Karlsruhe sollte es sein, neue Erkenntnisse der Stadtgesellschaft zugänglich zu machen. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist mit seinen Kompetenzen im Bereich der Wissenschaftskommunikation ein wichtiger Partner. Die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Stadtverwaltung, Wirtschaft, Kultur und Stadtgesellschaft soll weiter vorangetrieben werden. Wir setzen uns für mehr wissenschaftsbasierte Reallabore und deren Umsetzung bei Erfolg ein.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Studentisches Wohnen durch städtische Standortsuche ausbauen*
- *Vernetzung von Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Stadtgesellschaft vorantreiben*
- *Wissenschaftliche Reallabore ausweiten*

Tourismus und Stadtmarketing

Karlsruhe wird als touristische Destination immer beliebter. Die Übernachtungszahlen sind wieder angestiegen. Auch die Zahl der Tagestourist*innen nimmt immer weiter zu. Daher begrüßen wir es außerordentlich, dass die Karlsruhe Tourismus GmbH (KTG) sich auf den Weg gemacht hat, die Stadt als nachhaltiges Reiseziel mit dem TourCert-Siegel zertifizieren zu lassen. Doch dies ist nur der erste Schritt. Möglichst viele Betriebe aus dem touristischen Bereich sollen sich der KTG anschließen.

Klimafreundliche Transportmöglichkeiten bewerben. Zu einem nachhaltigen Tourismus gehört für uns auch die An- und Abreise sowie die Fortbewegung vor Ort. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der KTG, sowohl ihre Kund*innen als auch die Kooperationspartner*innen in der Hotellerie und Gastronomie auf klimafreundliche Transportmöglichkeiten zu verweisen, wie Bus und Bahn zur Anreise oder dem ÖPNV und Bike-Sharing vor Ort.

Naturpark-Kooperation ausbauen. Die Kooperation mit dem Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord soll in touristischer Hinsicht weiter ausgebaut werden. Angebote wie der neu eingerichtete Biodiversitätspfad zeigen deutlich, wie sich das Thema Biodiversität mit umweltpädagogischen Aspekten zu einem touristischen Reiseziel verbinden lässt.

Bettensteuer gut gestalten. Viele Investitionen der Stadt Karlsruhe führen dazu, dass indirekt auch Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie profitieren. Ein buntes Kulturprogramm lockt das Publikum nicht nur in die Konzert- und Theatersäle, sondern vorher in die Innenstadt zum Einkaufsbummel oder ins Eiscafé. Eine Messe oder ein Kongress lässt die Hotelübernachtungen steigen und sorgt für gefüllte Restaurants. Durch den Tourismus entstehen der Stadt aber auch zusätzliche Kosten etwa durch die verstärkt erforderliche Stadtreinigung und Abfallentsorgung. Daher setzen wir uns sowohl für die schnelle Einführung einer angemessenen Bettensteuer als auch für eine Abgabe für Einwegverpackungen ein.

Umfang von Großveranstaltungen beibehalten. Kulturelle Feste verbinden die Menschen, bilden weiter, fördern den Zusammenhalt und letztendlich die Demokratie. Veranstaltungen wie „Das Fest“ oder die Schlosslichtspiele sind mittlerweile überregional bekannte Aushängeschilder unserer Stadt. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch sprechen wir uns gegen weitere Vergrößerungen städtischer Großereignisse aus, wenn diese zu Lasten der Umwelt und Natur sowie der Anwohner*innen gehen. Die damit einhergehende Lärmbelastung sowie die tagelange Sperrung von Parkanlagen für den Radverkehr und als Naherholungsort betrachten wir kritisch. Auf Basis objektiv messbarer Kriterien wollen wir hier auch weiterhin für ein gutes Miteinander sorgen.

Großveranstaltungen zu mehr Nachhaltigkeit verpflichten. Von der Stadt geförderte öffentliche Großveranstaltungen müssen zunehmend der Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Wir fordern, dass bei solchen Veranstaltungen nachgewiesen werden muss, dass die Nachhaltigkeitsvorgaben der Stadt eingehalten werden. Diese Vorgaben sollen in regelmäßigen Abständen überprüft sowie angepasst und verschärft werden (z.B. Licht- und Lärmemissionen, Beeinträchtigungen von Anwohner*innen oder der Tierwelt, Energieverbrauch, Abfallmengen, Mitarbeiter*innenschutz).

Alle städtischen Gesellschaften, die für oder mit der Stadt Karlsruhe werben, sollen sich momentan vorrangig auf die drei Kernziele der Stadt fokussieren: Innovation, Recht und Medienkunst. Neben diesen zentralen Themen soll das Thema Nachhaltigkeit in den Vordergrund gerückt werden. Dies soll sich auch auf die Art der Werbung erstrecken (z.B. auf gedruckte Werbemittel weitestgehend verzichten, das digitale Angebot erweitern, kein unnötiges Plastik einsetzen, keine Wegwerfartikel ausgeben etc.). Ressourcenschonung und die Auswahl lokaler Kooperationspartner*innen bzw. Zuliefer*innen sowie die Beachtung fairer Lieferketten gehören für uns ebenso zu einem bewussten Marketing wie die Nutzung gendergerechter Sprache.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Klimafreundliche Transportmöglichkeiten bewerben*
- *Bettensteuer angemessen gestalten*
- *Großveranstaltungen zu Nachhaltigkeit verpflichten*

Regionales und Internationales

Karlsruhe ist eine europäische Stadt, fest verwurzelt Mitten im Herzen Europas. Wir sind außerdem davon überzeugt, dass Frieden, Demokratie und Klimaschutz nur durch Solidarität und Zusammenarbeit gewährleistet werden können. Die aktuelle weltpolitische Lage macht den Austausch und die Kooperation mit europäischen und internationalen Akteur*innen umso wichtiger. Nur so kann durch gegenseitiges Verständnis die Demokratie gestärkt werden und für gemeinsame Ziele gekämpft werden.

Die Stadt Karlsruhe ist vielseitig vernetzt: In Städtepartnerschaften und Projektpartnerschaften, im Regionalverband Mittlerer Oberrhein, in der TechnologieRegion Karlsruhe und in der Europaregion PAMINA. Karlsruhe hat als Rechts-, IT- und Wissenschaftsstadt die besten Voraussetzungen dafür, eine Vorreiterrolle in der regionalen Vernetzung, aber auch im überregionalen (inter-)nationalen Austausch einzunehmen.

Überregionale Mitsprache verstärken. Gerade in der letzten Wahlperiode haben wir dieses Engagement weiter ausgebaut. Wir sind in allen Ausschüssen des RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) vertreten. So können wir unsere Anliegen gegenüber den europäischen Institutionen besser formulieren. Die starke grüne Präsenz in diesen Gremien hat unter anderem bewirkt, dass im deutsch-französischen Ausschuss zum ersten Mal auch eine Frau in das Präsidium gewählt wurde.

Durch die wachsende Delegiertenzahl der GRÜNEN beim deutschen Städtetag konnte erreicht werden, dass das Präsidium nun alle drei Jahre von einer*m grünen Politiker*in besetzt wird. Wir fordern aber auch hier größtmögliche Transparenz: Es sollte offengelegt werden, welche Mittel in diese Kooperationen fließen und welche Mitspracherechte die Stadt Karlsruhe in den Gremien der verschiedenen Kooperationen und Zusammenschlüsse hat.

Städtepartnerschaften stärken. Ein wichtiger Teil der internationalen Vernetzung mit Europa und Kommunen weltweit sind die Karlsruher Städtepartnerschaften. Als neue Stadt konnten wir in der letzten Wahlperiode Winnyzja in der Ukraine in diesem Kreis willkommen heißen. Diese Partnerschaft setzt ein unmissverständliches Zeichen für Zusammenhalt und Solidarität.

Um Karlsruhe künftig international voranzubringen, setzen wir uns neben der traditionellen Städtepartnerschaft verstärkt für projektbezogene Kooperationen mit Städten ein. Hierdurch ist es möglich, sich stärker auf Kernkompetenzen von Partnerschaften zu konzentrieren. Als neue Stadt unter den Partnerstädten konnten wir Suseong in Südkorea gewinnen. Ausgehend von einer Kooperation des dortigen Opernhauses mit dem Badischen Staatstheater hat sich die Verbindung erweitert und gefestigt.

Energie- und Verkehrswende. Wir möchten die regionale Zusammenarbeit im Bereich Ökologie weiter ausbauen. So sollten Projekte der TechnologieRegion Karlsruhe angesichts der Klimakrise einen stärkeren Fokus auf Förderung der Energie- und Verkehrswende legen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass weiterhin Projekte zur Energie- und Verkehrswende im Regionalverband Mittlerer Oberrhein und in der Europaregion PAMINA umgesetzt werden. Aber auch Projekte im Bereich Soziales und Gerechtigkeit begrüßen wir.

Starkes Europa für starke Kommunen. Damit für diese regionalen Zusammenschlüsse ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung gut ausgestattet sind. Denn Kommunen sind der Ort, wo politische Entscheidungen aller Ebenen verwirklicht werden. Sie sind das Fundament der Länder, der Bundesrepublik, der Europäischen Union. Es ist daher richtig und wichtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene getroffen werden. Von diesen Entscheidungen sind rund 70 % durch Vorgaben der Europäischen Union beeinflusst. Wir setzen uns für ein starkes, buntes und demokratisches Europa ein und möchten auch auf EU-Ebene die grünen Ideen voranbringen: Am 9. Juni 2024 finden parallel zu den Kommunalwahlen auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

Unsere zentralen Forderungen und Ideen auf einen Blick:

- *Städtepartnerschaften ausbauen*
- *Überregionale Mitsprache ausweiten*
- *Energie- und Verkehrswende in regionaler Kooperation gestalten*